

M

MENSCHEN MACHEN

E 2814

MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Nr. 6 Juni 2003 Jahrgang 52

ver.di



**FRISCH, FRUCHTIG,
SELBSTGEPRESST**

**JUGENDMEDIEN -
VON DER SCHÜLERZEITUNG
BIS ZUM CAMPUS-WEB**

Allein in freier Wildbahn

Doppelfunktion Mutter und Journalistin nicht nur eine Kleiderfrage

Von Alice Bachmann

Verschwitz, abgehetzt und mit einem Essensfleck auf dem Zeug: In diesem Zustand kommt eine allein erziehende Mutter und Journalistin mitunter bei den Terminen an. Sei es eine Pressekonferenz zur besten Zeit, am Morgen um elf – eine Zeit, die für die Mutter eines Kindergartenkindes fast schon Mittag ist. Sei es ein Abendtermin oder der Gerichtstermin um neun in der Früh.

Vor dem Abendtermin, ein klassisches Konzert, war das Timing so ausgefeilt durchdacht, dass eigentlich noch fünf Minuten zum Umziehen drin wären. Weil aber der Babysitter mit leichter Verspätung kam, ging es im rustikalen Pullover ins Konzert.

Die Gerichtstermine am frühen Morgen sind besonders unerquicklich. „Ja, ja, für die Presse ist neun Uhr viel zu früh“, witzelt ein Verteidiger auf dem Flur, weil die Pressefrau gähnt und im Laufen aus einem Pappbecher heißen Kaffee schlürft. Ein prüfender Blick in des Verteidigers amüsiertes Gesicht zeigt, dass es hoffnungslos wäre, ihm die allmorgendliche Hetze zu erklären und die Tatsache, dass neun Uhr für die Presse vielleicht recht früh, für die Mutter zweier eigensinniger Töchter aber eigentlich längst die Zeit fürs zweite Frühstück ist.

Nun sollte hier nicht der Eindruck entstehen, die Kleiderfrage sei das größte Problem an der Doppelfunktion Mutter und Journalistin, denn dieser wunderbare Beruf impliziert eine gewisse Freiheit in der Frage der Aufmachung. Selbst ein Bürgermeister unterdrückt mit Leichtigkeit seine Missbilligung der knisternden Regenjacke und der verwaschenen Jeans, wenn es darum geht, irgendein neues Konzept zu erläutern, auf dass das Volk aus der Zeitung erfahre, auf was es sich einzustellen habe.

Gemeinsamkeiten vergessen

Nein, ein echtes Ärgernis war der Kollege, der freundlich sagte: „Was willst du denn hier in der Redaktion? Du hast doch zwei Kinder

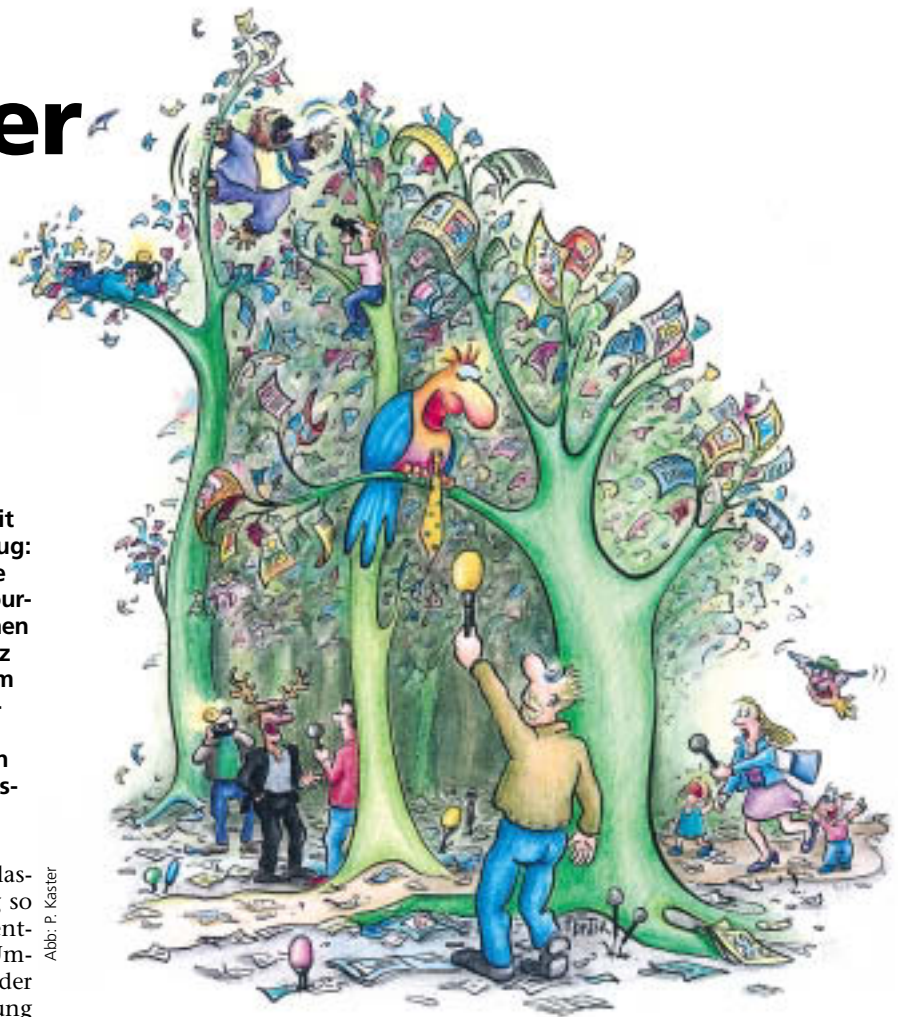


Abb.: P. Käster

zu Hause, um die du dich kümmern musst!“ Als der Kollege noch nicht Mitbewerber um Termine, sondern Kommilitone war, wurde gemeinsam nächstens bei Rotwein der Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter geplant. In der freien Wildbahn des freien Journalismus ist der gemeinsame Kampf für Emanzipation vergessen oder ins Reich schnöder Theorien verbannt. Eine Redaktion ist schließlich keine Uni.

Wenn der Termin zur Nullnummer wird

Der Berufsalltag als Freie ist hart. Bei dem üblichen, recht überschaubaren Honorar gilt es reichlich viel zu arbeiten, um drei Leute zu ernähren. Wobei die Arbeit selbst auch ziemlich teuer sein kann. Sobald eines der Kinder krank ist und nicht zur Schule oder in den Kindergarten darf, stellt sich die Frage gar nicht mehr, ob es sich rechnet, für den gesamten Tag eine individuelle Betreuung zu bezahlen oder die Termine abzusagen. Nur, sind kleine Kinder leider häufig krank. Da wird dann so mancher Termin zur Nullnummer, die aber durchgezogen werden muss, um nicht den Ruf der Zuverlässigkeit und damit Auftraggeber zu verlieren.

Besonders teuer sind die vielen Ferienzeiten der lieben Kleinen, weil die Schließungszeiten der Kinderbe-

treuungseinrichtungen die Urlaubsmöglichkeiten im freien Journalismus – und längst nicht nur da – bei weitem überschreiten.

Da bleibt so manches Mal keine andere Wahl, als das Kind zur Arbeit mitzunehmen. Zum Beispiel zu den Sternsängern im Rathaus: Hunderte Kinder sammeln für einen guten Zweck, sind als Könige verkleidet und singen christliche Lieder. Ein Termin wie geschaffen für den hoffnungsvollen Nachwuchs, der auch lebhaft interessiert zuguckt, zuhört und mitsummt.

Honorar in der Kindertüte

Dann nach einer Weile allerdings lieber jetzt sofort das Rathaus verlassen will, weil unbändiger Hunger und Durst nach der Fastfoodkette schreien, die dummerweise schräg gegenüber eine Filiale betreibt. So wird also ein Teil des noch zu erarbeitenden Honorars in eine Kindertüte mit nutzlosem Plastikspielzeug als Beigabe investiert.

Am späten Abend dann, nach „dem bisschen Haushalt“ und den Zu-Bett-Bring-Ritualen, quält sich die geübte Journalistin nicht mit der Formulierung ein paar lobender Zeilen über das Event im Rathaus, sondern mit der Frage, ob es die Steuerberaterin wohl hinbekommt, die Quittung für die Kindertüte der Fastfoodkette als Betriebskosten abzurechnen. ■

Zeit im Griff

Mit der Balance zwischen Berufs- und Familienarbeit beschäftigt sich unter anderem auch der Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik in ver.di. Es gibt dort z. B. Zeitprojekte, in denen im Dialog zwischen Dienstleistenden aus verschiedenen Branchen Praxismodelle zur Vereinbarkeit von Alltags- und Arbeitszeit entwickelt und erprobt werden.

Weitere Informationen: www.frauen.verdi.de
Kontakt: frauen@verdi.de
Tel. (030) 69 56-11 54

Titelthema: Jugendmedien

- 4 Spaß am Meinungsmachen**
Jugendmedien – von der Schülerzeitung bis zum Campus-Web
- 6 „Frisch, fruchtig, selbstgepresst“**
Mit „politikorange“ begann der gemeinsame Weg der zwei Jugendmedienvverbände
- 8 „Generation Golfkrieg“ oder wie ein Engagement zerredet wird ...**
Kommentar
- 8 Hinterm Horizont geht's weiter**
Junge Leute verschaffen sich weltweit Gehör in den Medien
- 9 Jugendrehscheibe**
Mitmachservice für journalistische Angebote in Print, Web und Radio

Kolumne

- 2 Allein auf freier Wildbahn**
Doppelfunktion Mutter und Journalistin nicht nur eine Kleiderfrage

Print

- 10 Buhlen um Ministererlaubnis**
Holtzbrinck kontra Springer: Medienkonzerne drohen mit Zeitungsterben
- 11 Unbefriedigend**
Gehaltserhöhung für Feste und Freie an Tageszeitungen rückwirkend vereinbart

Medien und Krieg

- 12 „Eingebettet und zensiert“**
Medienkriege: Live-Schaltungen rund um die Uhr und journalistische Angriffsziele
- 12 Zu Tode gekommen im Irak-Krieg**

Freie

- 14 Von der Ich-AG zur Wir-AG**
Freiberuflichkeit und Gewerkschaft – Debatten in Dortmund

Buchrezension

- 15 Nicht ohne Eure Antworten**

Journalismus

- 16 Reform des Urheberrechts verabschiedet**
- 16 Standort für Media School gefunden**
- 16 Eindeutige Identifizierung der Opfer**
„Kölner Express“ und „Bild-Zeitung“ gerügt
- 18 Die ehrliche Haut auf der Stehleiter**
Als ein Foto von Jürgen Henschel die Republik erschütterte
- 19 Schweigen im Walde**
Bundstagsbeschluss zu GATS einfach übergangen
- 20 Montierte Wahrheiten**
Deutsch-polnischer Reportageworkshop in Oswiecim/Auschwitz
- 21 Eigenständigkeit bedroht**
Bremer Rechnungshof für ARD-Finanzreform
- 21 Weiterbildungsschein für Medienmacher**
- 22 Zwischen rechtsextrem und rechts**
Tützinger Medientage: Rechtspopulisten und ihre mediale Inszenierung

Neue Medien

- 23 Internetsperrung**
Ende vom Traum eines freien Kommunikationsnetzes?

Film

- 24 Produzententod an der Cote d'Azur?**
Fernsehmesse in Cannes zog erneut 9000 TV-Manager an
- 26 Aufbruchstimmung**
Eindrücke vom dritten osteuropäischen Filmfestival „goEast“ in Wiesbaden

Medien International

- 27 Journalistenverfolgung im Schatten des Irak-Krieges**
Drakonische Strafen gegen Regierungskritiker in Kuba
- 27 Aktion für Ibrahim Moosa Luthfee**
Lebenslange Haft für Regierungskritik in Internetzeitung auf den Malediven
- 28 Mit Kamera und Mikro gegen die Intoleranz**
Junge Afghaninnen auf dem Weg zu journalistischer Profession
- 29 Unverschleiertes Afghanistan**
Filmfestival Femme Totale mit gelungenem Länder-schwerpunkt
- 30 Seiten heraus gefiltert**
Tunesiens Präsident lässt Online-Journalisten einsperren

Rubriken

- 21 Briefe
- 31 Service/Seminare
- 34 Impressum
- 34 Leute/Preise

Titelbild:
Hermann J. Haubrich

Beispiellose Kündigung eines Betriebsrates

Hausverbot für Helmut Schmidt in Köln

Der langjährige Betriebsratsvorsitzende von bauer druck köln KG (bdk) und bisherige stellvertretende Konzernbetriebsratsvorsitzende Helmut Schmidt erhielt am 11. April seine „betriebsbedingte“ Kündigung, unterschrieben von Heinrich Bauer persönlich. Es folgte eine sofortige Freistellung und ein Hausverbot. Zuvor hatte die Geschäftsleitung von bauer druck köln KG die Rechtmäßigkeit der letzten Betriebsratswahl angefochten, da ihrer Meinung nach Leiharbeiter nicht mitwählen dürfen. Das Arbeitsgericht Köln stimmte der Firma zu, obwohl es seit dem 1. Dezember 2001 für den Wahlurnengang von Leiharbeitern eine Rechtsgundlage gibt. Der Anwalt des Betriebsrates legte Beschwerde gegen das Urteil bei der nächsten Instanz ein. Diese kam jedoch nicht fristgemäß an, obwohl sie rechtzeitig abgeschickt war. Durch diese unseligen Umstände gab es somit quasi keinen Betriebsrat mehr.

Der im vorigen Jahr gewählte Betriebsrat ringt nunmehr darum, dass der zuständige Richter des Landesarbeitsgerichts die Beschwerde akzeptiert und das Verfahren wieder aufnimmt. Diese Entscheidung soll voraussichtlich erst im Juli fallen. Die Geschäftsleitung versuchte derweil, eine von ver.di eingeleitete Neuwahl zu boykottieren. Erst mit Hilfe des Gerichts konnte am 9. April eine Betriebsversammlung einberufen werden. Einstimmig wurde der Wahlvorstand des Vorjahres wieder gewählt. Zwei Tage später erhielt Helmut Schmidt die Kündigung, obwohl die Vertreter von bdk vor Gericht versichert hatten, dass die von ihnen verfügte Übergangsregelung mit Helmut Schmidt als „Verbindungsmann“ im Betriebsratsbüro bis zur Neuwahl Bestand hätte.

Die Empörung war weit über die Grenzen des Kölner Betriebes groß. Helmut Schmidt ist nicht nur 40 Jahre im Betrieb, 30 Jahre im Betriebsrat und 12 Jahre Vorsitzender – er ist auch Vorsitzender der Bundesfachgruppe Druckindustrie und ehrenamtlicher Verhandlungsführer bei den Tarifverhandlungen seit 1984. Ver.di ruft landesweit zur Solidarität mit Helmut Schmidt auf. Die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb sollten Überstunden verweigern, bis die Kündigung zurückgenommen ist. Frank Werneke, Bundesfachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie kündigte den Arbeitgebern an, dieses beispiellose Vorgehen gegen einen Gewerkschafter und Betriebsrat zum Thema in den gegenwärtigen Tarifverhandlungen Druckindustrie zu machen. Ver.di-Chef Frank Bsirske forderte in einem Brief an Verlagsinhaber Heinrich Bauer, die Kündigung „unverzüglich“ zurückzunehmen. Es entstehe der Eindruck, Heinrich Bauer versuche mit allen Mitteln, auch unter Umgehung der Rechtsordnung, „Arbeitnehmerrechte zu beschneiden und Beschäftigungsvertreter persönlich unter Druck zu setzen und zu diskriminieren“, heißt es darin.

Solidaritätserklärungen für Helmut Schmidt können an den ver.di Landesbezirk NRW, Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Z.H. Gabriele Materla, Hohenzollernring 85–87, 50672 Köln gesandt werden.



Fotos: David Auserhofer

Meinungsmachen

Jugendmedien – von der Schülerzeitung bis zum Campus-Web

Von Susanne Stracke-Neumann

Campus-Hörfunkpreis

In Nordrhein-Westfalen wird ein Campus-Hörfunkpreis ausgeschrieben. Mehr Informationen auf Seite 33.

Shell-Studien, Wissenschaftskongresse und Medienberichte versuchen, die Jugend zu erklären. Viele Jugendliche setzen dagegen lieber die eigene Sicht der Dinge und engagieren sich in Jugendmedien. In Schüler- und Studentenzeitungen, in Hochschulradios, beim Studentenfernsehen und in Online-Medien wollen sie „selbstbestimmt statt fremdbespaßt“ – so das Motto der Jugendmedientage - ihre Themen selbst auswählen.

Meinungsfreiheit für die Jugend statt Zensur durch die Erwachsenen, Eigeninitiative statt Konsumverhalten, heißen die Losungen junger europäischer Medienmacher, die in Verbänden wie der „Jugendpresse Deutschland“ oder der „Jeune Presse“ in Frankreich organisiert sind. Jugendmagazine wie der Chemnitzer „Spiesser“, „Monomag“ in Berlin oder „Clash“ in München erreichen ihr Publikum in Schulen, Hochschulen und Cafés, Sportvereinen und Jugendzentren. „Natürlich wollen wir vor allem „junge“ Themen beleuchten, die manches Mal – nicht immer – einen Interessenkonflikt mit der älteren Generation beinhalten“, erklärt Max Hägler, Chefredakteur von „Clash“, das im Jahr 2000 von ihm und Philipp Eder als Schülerzeitung für die Stadt in einem kleinen Keller-raum gegründet wurde. Inzwischen

benutzt die Redaktion gemeinsame Büroräume mit dem Münchner Jugendrat.

Das 24seitige Magazin hat eine Auflage von rund 40.000 Exemplaren, finanziert sich überwiegend durch Anzeigen und wird kostenlos verteilt. „Uns interessiert alles, was in München passiert, was junge Leute betrifft“, sagt der Münchner Student, „Wohnungsnot, Musik, Haushaltskürzungen, Wahlen, Sex, Gewalt und die Sperrstunde. Natürlich keine Titten, kein Dr. Sommer und kein Polizeireport.“ Eine ausgewogene Mischung mit der „notwendigen Prise Service“ wollen sie bieten. „Immer mehr wird uns klar: Unser Anspruch, politische Inhalte zu bringen, braucht gute Unterhaltung als Ausgleich.“

■ Hohe Akzeptanz

Eine kurze Stichwortsuche im Internet zeigt, dass die von Jugendlichen selbst gestalteten Medien potenziell als lukrativ propagiert werden – für Werbekunden. Es lassen sich etliche Agenturen finden, die Jugendmedien als lohnende Anzeigenplätze anpreisen. „Die Akzeptanz der Schüler für „ihre“ Schülerzeitung ist hoch – durchschnittlich bei über 90 Prozent“, wirbt Ambient Media. „Das ungewöhnlich hoch entwickelte Markenbewusstsein der Schüler optimiert natürlich die Werbewirkung“, preist die Agentur und verspricht Kontakte zu bundesweit über 7000 Redaktionen von Schüler- und Studentenzeitungen. „Publicitas für Studis“ titelt eine Schweizer Werbeagentur auf ihrer Homepage und verspricht den Zugang zu rund 120 Schweizer Studentenzei-

tungen mit etwa 110.000 studentischen Leserinnen und Lesern. 273 Studentenzeitungen mit einer Gesamtauflage von über einer Million Exemplaren in den Händen von 19- bis 27jährigen zählt die Agentur Young Media in Deutschland und betont, dass der Jugendmarkt als strategisches Potenzial stetig an Bedeutung wächst – trotz der abnehmenden Zahl junger Menschen. Fast 30 Milliarden Euro Kaufkraft stünden jungen Menschen zwischen elf und 29 Jahren direkt zur Verfügung. Durch ihre Stimme innerhalb der Familie wüchse das von ihnen, „den markenbewussten Kunden von morgen“, bewegte Marktpotenzial auf über 60 Milliarden Euro in Deutschland an. Spricht man mit jungen Medienmachern, so sind es oft nicht die Anzeigenserien hochpreisiger Markenartikel, die ihren Medien das Überleben sichern, sondern der Verzicht auf materiellen Gewinn, der in ihren Augen aufgewogen wird durch den Spaß am Meinungsmachen. Das allerdings soll möglichst unzensuriert und nur den Regeln von Presserecht und Presskodex unterworfen sein. Dass studentische Veröffentlichungen über die tatsächlichen Lehrleistungen an der Hochschule nicht den Beifall von Dozenten finden oder ein Artikel über die schlechte Mensaqualität wenig Wohlwollen beim Studentenwerk erregen, versteht sich. Obwohl studentische Printprodukte eigentlich nur den Landespressesetzen unterworfen sind, muss dies ihre Redaktionen nicht vor Krach in der Hochschule bewahren. Für Schülerzeitungen dagegen gelten die Schulgesetze der Bundesländer. „Nach großen

Auseinandersetzungen Ende der 80er Anfang der 90er Jahre konnte die Jugendpresse fast in allen Bundesländern erreichen, dass die Zensur von Schülerzeitungen aus dem Schulgesetz abgeschafft wurde“, erläutert Björn Richter, Sprecher der Jugendpresse Deutschland.

■ Zensur ist möglich

Noch zwei Problemfälle gebe es, Bayern und Berlin. Schülerzeitungen müssen in Berlin zwar nicht genehmigt, aber drei Tage vor dem Verteilen der Schulleitung vorgelegt werden, die im Notfall „pädagogische Maßnahmen“ bis hin zum Vertriebsverbot ergreifen kann. In Bayern dagegen sind Schülerzeitungen „kein Druckwerk im Sinn des Gesetzes über die Presse“. Zensur durch das Direktorat ist ohne große Diskussion möglich. Deshalb hat der bayerische Landesverband der Jugendpresse Deutschland einen eigenen Zensurbeauftragten, der Fälle krasser Zensur in Pressemitteilungen bekannt macht. Nicht lockerlassen, ist die Devise von Björn Richter: „Unsere Aufgabe als Jugendpresse ist es also, auch diese zwei Länder noch zu knacken. Das sieht in Berlin aufgrund der anstehenden Novellierung des Schulgesetzes ganz gut aus. In Bayern dürften wir uns noch sehr lange den Kopf einrennen!“ Den verschiedenen Landesmediengesetzen und ihren Lizenzvergaben sind die Uniradios unterworfen. Ein Großteil der Hochschulradios ist erst ein Jahrzehnt nach der Einführung des dualen Rundfunks in den 90er Jahren entstanden, doch es gibt vereinzelt auch ältere Initiativen, darunter den „Urahn aller deutschen Campusradios“, radio hsf in Ilmenau. Hsf führt sich auf seiner Homepage stolz zurück bis in das Jahr 1950, als der „Betriebsfunk der Ingenieurschule Ilmenau“ ins Leben gerufen wurde. Die Technische Universität Ilmenau gehört heute zu den Hochschulen, die auch eigenes studentisches Fernsehen aufweisen können. Die Organisation der einzelnen Radioprojekte differiert stark: Manche wurden als Bestandteil der Ausbildung eingerichtet und werden von den Dozenten geleitet, einige sind freiwillige Zusatzangebote der Hochschulen für die Studierenden und wieder andere sind aus studentischer Initiative mit Hilfe von Privatradios und auf deren Frequenz entstanden. Zu den bekanntesten gehört das Leipziger Hochschulradio Mephisto 97,6, das seine Sendungen am 31. Mai 1995 startete. Mephisto teilt sich die Frequenz mit einem anderen Leipziger Lokalprogramm. Während viele studentische Radio-

projekte eher ungünstige Sendezeiten am späten Abend haben, setzt Mephisto schon von 10 bis 12 Uhr in der attraktiven Vormittagszeit zum „Faustschlag“ an, wie das Morgenmagazin betitelt ist. Zwei weitere Sendestunden am Abend bieten Neues aus der Region sowie Spezialsendungen vom Hörspiel bis zum Wochenrückblick. Mephisto hat einen sehr hohen Wortanteil von 40 Prozent, was in der Lizenz, die noch bis 2009 gilt, festgeschrieben ist. „Das bringt den Druck, richtig journalistisch Radio zu machen“, sagt Dr. Margret Lünenborg, lange Ausbilderin bei Mephisto. Die Ergebnisse der studentischen Radioarbeit sind von der Sächsischen Landesmedienanstalt häufig preisgekrönt worden. Im Gegensatz zu vielen anderen Hochschulradios hat sich Mephisto immer als Radio für Leipzig und Umgebung verstanden. Die genehmigte lange Sendezeit führt Margret Lünenborg auf die Aufbruchstimmung zu Beginn der 90er Jahre und den damaligen Wunsch nach einer vielfältigen demokratischen Medienlandschaft zurück. Dass diese vier Sendestunden mit Themen und Musik für junge Leute nicht unumkämpft sind, zeigen die jüngsten Auseinandersetzungen um die Ausschreibung neuer Low-Power-Frequenzen durch die Sächsische Landesmedienanstalt. Man wolle das Hochschulradio Mephisto, bei dem in den acht Jahren seit Bestehen über 500 Studierende das Radiomachen gelernt haben, von der kommerziell interessanten UKW-Frequenz 97,6 verdrängen, vermutet der geschäftsführende Programmdirektor Professor Rüdiger Steinmetz.

■ Helfende Kooperation

Während die studentische Redaktion von Mephisto ihren Ehrgeiz darin hat, die vier Stunden allein mit Programm zu füllen, gibt es auch Hochschulradios, die gerne vom Programm des Deutschlandfunks profitieren. Beim ersten Hochschulradiotag des 1997 im DLF gestarteten Unimagazins „Campus und Karriere“ war Redaktionsleiterin Kate Maleike überrascht, welches Potenzial in den Uniradios vorhanden ist. Daraus entwickelte sich eine Kooperation: Die Hochschulsender können Programmteile des Deutschlandfunks, einem von zwei Programmen des DeutschlandRadio, übernehmen und eigene Berichte der Redaktion von „Campus und Karriere“ in Köln anbieten. „Leider denken die Hochschulradios nicht oft genug an den Deutschlandfunk“, bedauert Kate Maleike. „Sie glauben häufig, dass ihre lokalen Ereignisse

„Hochschulradios in Deutschland“

Der Berichtsband erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Er versucht, das „relativ junge Phänomen“ Hochschulradio in Deutschland nach möglichst gleichen Kriterien zu erfassen. Rund 50 verschiedene Campus-Radios werden geordnet nach einem einheitlichen Fragenkatalog von den Initiativen selbst vorgestellt: Sendezeit und Verbreitungsweg (vielfach per Internet), Geschichte, Programm, Organisation und Kooperation, Ausbildung sowie das Selbstverständnis des Hochschulradios sind die wichtigsten Stichworte.

Der Band „Hochschulradio in Deutschland“ verzeichnet die Campusradios als Beitrag zur Medienvielfalt und zur Vermittlung von Medienkompetenz, eine Analyse der Entwicklung auf diesem Sektor ist im 160 Seiten starken Bändchen nicht beabsichtigt.

Matthias Felling: Hochschulradio in Deutschland.

Verzeichnis der Hochschulradio-Initiativen.

Herausgegeben von der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen. LfM-Materialien Band 30. November 2002.

Zöllhof 2. 40221 Düsseldorf. www.lfm-nrw.de. sus

bundesweit nicht interessant sind.“ Bisher nutzen 15 Hochschulradios zwischen Jadebusen und Thüringen das Angebot des Deutschlandfunks. Sie erfüllen zwei Bedingungen: Sie sind nicht-kommerzielle Hochschulradios ohne Werbung, und die Berichte werden zeitgleich gesendet, erläutert Dr. Wilhelm Wiegrefe in der Berliner Intendanz des DeutschlandRadios. Wiegrefe begründet die Hilfe für Uniradios mit der gesellschaftlichen Verpflichtung des öffentlich-rechtlichen, ebenfalls werbefreien Senders, aber auch mit der Hoffnung, so jüngere Hörerschichten zu gewinnen. Eine inzwischen recht verbreitete Kategorie des Hochschulradios ist allerdings wegen der ungeklärten Rechtslage noch ausgeschlossen von diesem Angebot: das Internet-Radio. Auch für das studentische Web-Radio ist für Wiegrefe aber nur Live-Streaming bei der Programmübernahme denkbar. Wie eine Kooperation mit den studentischen Internet-Radios letztlich aussehen kann, wird zur Zeit erarbeitet. ■



Redaktionskonferenzen statt Frontalunterricht, Sendungen statt Klausuren, Fragen stellen statt abfragen lassen, hieß es für Schülerinnen und Schüler des Städtischen Luisengymnasiums in München im vergangenen Jahr. Das Radioprojekt der Eberhard von Kuenheim Stiftung endete mit einer eigenen Radiosendung im Bayerischen Rundfunk.

„Frisch, fruchtig, selbstgepresst“

Mit „politikorange“ begann der gemeinsame Weg der zwei Jugendmedienverbände

Maximilian Kall (oben) und Björn Richter, beide Vorstandssprecher Jugendpresse Deutschland e. V.



Die Pressemitteilung im Februar begann mit der Anrede „Helau, liebe junge Medienmacher!“ und verkündete den bevorstehenden Zusammenschluss des Bundesverbands Jugendpresse (BVJ) und der Deutschen Jugendpresse (DJP) nach 16 Jahren der Trennung. Nach diesem zum Karneval durchaus passenden, aber doch Misstrauen erzeugenden Auftakt wurde der Text eher biblisch: „Wahrlich ein Grund zur Freude!“ verkündete das erste Telex der Jugendpresse im Jahr 2003 und formulierte einen geradezu historischen Betreff „Ein neues Jugendpressezeitalter beginnt!“



Genug der Ausrufezeichen: Im Februar 1967 trafen sich in Bad Godesberg Mitarbeiter jugendeigener Medien und gründeten die Deutsche Jugendpresse, deren Vorgängerin die Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse war. In diesem Dachverband für die verschiedenen regionalen Zusammenschlüsse begann es in den 80er Jahren wegen der von vielen als zu linkslastig empfundenen Linie des Vorstands zu gären. Vor 16 Jahren kam es zur Abspaltung des Bundesverbands Jugendpresse. Zu Beginn des neuen Jahrtausends fanden die beiden eingetragenen Vereine, die je rund 5000 Mitglieder zählen, wieder zum Miteinander.

■ Bundesweites Netzwerk geschaffen

Als „Startschuss“ für die neue Entwicklung bezeichnen beide Verbände die Berliner Politiktage des Bundesjugendministeriums im März 2002. Gemeinsam bastelten die medienbegeisterten Jugendlichen eine neue Zeitung, die schon während der Jugendveranstaltung erschienen: „politikorange“ war geboren

mitsamt dem Wahlspruch „frisch, fruchtig, selbstgepresst“. Bei dieser einmaligen Zusammenarbeit blieb es nicht. Ein bundesweites Netzwerk entstand und die jeweiligen bundesweiten Events, die Jugendmedientage 2002 in Schwerin (DJP) und die Youth Media Convention auf der Fähre von Kiel nach Oslo (BVJ) wurden gemeinsam geplant. Gemeinsam wurde auch zum ersten Mal der Schülerzeitungswettbewerb SZ-Award ausgeschrieben. Bundesjugendministerin Christine Bergmann und der Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung, Thomas Krüger, überreichten die Preise in Schwerin. Im Juni 2002 feierte der Bundesverband Jugendpresse seinen 15. Geburtstag mit einem Kongress in Berlin. Diskutiert wurde die Zukunft der Jugendmedien. Ebenso überlegte die Deutsche Jugendpresse, wie es weitergehen soll. Wenige Wochen später war der Entschluss in beiden Verbänden, die junge Medienmacher zwischen 14 und 27 Jahren versammeln, gefasst: Ein Kooperationsvertrag sollte unterzeichnet werden.

■ Kooperation und Förderung vom Bund

Als Koordinatoren handelten der Abiturient Maximilian Kall, Vorsitzender des BVJ, und der Student Björn Richter vom Vorstand der DJP, die Maximen der künftigen Zusammenarbeit aus. Die gemeinsame Unterstützung der Landesverbände und die Förderung des anderen Verbandes in den Bundesländern, wo es nur einen Vertreter gibt, wurden am 10. November 2002 in Würzburg verabredet. Der Schlusssatz des Kooperationsvertrags lautete: „Am Ende des Jahres 2003 wollen wir in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der beiden Bundesverbände über die weitere Kooperation und die Möglichkeiten einer Fusion sprechen.“ Doch nun überstürzten sich die Ereignisse, das Bundesfamilienministerium drängte auf einen schnelleren Zeitplan, wollte nur einen An-

sprechpartner für die Förderung haben. Schon am 5. April 2003 kam es in den Nordischen Botschaften in Berlin zur Gründungsversammlung der „Jugendpresse Deutschland – Bundesverband junger Medienmacher“ mit nun 23 Landesverbänden und 10.000 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten. Zu Sprechern des Vorstands wurden Björn Richter (24) und Maximilian Kall (19) gewählt. Nicht mit dabei ist die Junge Presse Nordrhein-Westfalen, die vor zwei Jahren sowohl von der DJP wie auch dem BVJ im Streit geschieden ist. Ein Knackpunkt, die Doppelmitgliedschaft in beiden Bundesverbänden hat sich inzwischen erledigt, Verhandlungen über einen neuen gemeinsamen Jugendpresseausweis sind im Gang. Die weitere Entwicklung zwischen den Gruppierungen bleibt abzuwarten.

■ Gegen Zensur in Schülerzeitungen

Die Ziele der jugendlichen Medienleute haben sich durch die Fusion nicht verändert: Meinungsfreiheit auch für Jugendliche, Gestaltungsmöglichkeiten in eigenen Medien, Ende der Zensur in Schülerzeitungen, frei nach der Devise des vergangenen bundesweiten Jugendmedientags 2002 in Schwerin „Selbstbestimmt statt fremdbespaßt“. „Demokratisch“ war deshalb das Motto der ersten Ausgabe von „politikorange“, die nicht bei einer Veranstaltung, sondern als Beilage der „taz“ am 7. März 2003 erschien. Doch die Medienkrise lässt auch die Jugend nicht unbeeindruckt. Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation für junge Menschen – der Irak-Krieg zeigte uns sehr deutlich, wie wichtig es ist, zu lernen, mit Medien kritisch umzugehen“, sagte Kall bei der Fusionsfeier. Qualität im Journalismus und Glaubwürdigkeit der Berichterstattung nicht nur als moralisches Kapital der Branche sind Themen vieler Grußworte, darunter auch von Manfred Protze, Sprecher der dju, der die jungen Leute zur Mitarbeit für mehr Qualität in den Medien auffordert.

■ Für die Zukunft optimistisch

„Als starke Interessenvertretung für junge Medienmacher bestimmen wir die Zukunft der Medien mit“, zeigt sich die Jugendpresse Deutschland optimistisch und hat ihren nächsten bundesweiten Jugendmedientagen vom 20. bis 22. Juni in Köln den Titel gegeben „Medien in der Krise – Hier geht's raus!“.

Susanne Stracke-Neumann ■



Fotos: Christian v. Polentz / transt

Jugendpresse Deutschland

Projekte

Partner

Termine 2003

www.jugendpresse.de

Das Infoportal für junge Medienmacher in Deutschland mit Tipps zum Medienmachen, zum Journalistenberuf und mit den jeweiligen lokalen Ansprechpartnern.

www.politikorange.de

Unabhängiges Jugendmedienprojekt mit Tagungszeitungen und Beilagen in der „taz“, das sich mit Mitbestimmung von Jugendlichen beschäftigt.

www.jugendmedientage.de

Jährliche bundesweite Großveranstaltung für 400 – 500 junge Medienmacher jeweils mit thematischem Schwerpunkt.

www.jugendpresse.de/kongress Jährlicher Jugendmedienkongress auf der Fähre zwischen Kiel und Oslo, bietet direkten Kontakt zwischen jungen Journalisten und Profis.

www.jugendmediencamp.de Pfingstcamp, das in Mecklenburg-Vorpommern mit 250 und in Niedersachsen mit 80 jungen Medienmachern stattfindet und unter dem Motto „mit der Technik in die Pampa“ steht.

www.spiesser.de

Monatliches Jugendmagazin mit 100.000er Auflage in Sachsen.

www.clash-magazin.de

Monatliches Jugendmagazin mit 35.000er Auflage in München.

www.monomag.de

Monatliches Jugendmagazin mit 80.000er Auflage in Berlin und 35.000er Auflage in Hamburg.

www.yaez.de

Das größte jugendeigene Online-Jugendmagazin in Deutschland mit diversen Themen aus Kultur, Politik und Pop.

www.eunity.org

Onlinemagazin mit selbstrecherchierten Themen zur EU-Osterweiterung.

www.zeitdenken.de

Online-Jugendmagazin im Stil der „ZEIT“

www.narra.de

Online-Jugendmagazin mit Jugendcommunity

www.jugenddrehscheibe.de

Ständig überarbeitetes Serviceangebot der Bundeszentrale für politische Bildung für Jugendbeilagen von Tageszeitungen

Jugendmedientage

20.–22. Juni in Köln

unter dem Motto „Medien in der Krise – hier geht's raus!“.

Infos und Anmeldung unter

www.jugendmedientage.de

Jugendmediencamp Nord-Ost, 6.–10. Juni in Kratzburg

(Mecklenburg-Vorpommern) für junge Medienmacher aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin zum alljährlichen Erfahrungsaustausch, zur Fortbildung und viel Spaß. Infos und Anmeldung unter www.jugendmediencamp.de

Jugendmediencamp Nord-West, 6.–10. Juni in Lstrup

(Niedersachsen). Erwartet werden auf dem Zeltplatz von Lstrup etwa 80 junge Medienmacher, die sich in Workshops fortbilden können. Infos und Anmeldung unter

www.jmc-nw.de

Sächsische Jugendmedientage, Oktober 2003

Bereits zum vierten Mal treffen sich in Dresden mehr als 200 junge Medienmacher. Mehr Infos und der Termin unter www.sjmt.net

YouthMediaConvention, 28.–30. Oktober auf der Fähre zwischen Kiel und Oslo

diskutieren 150 junge Journalisten mit gestandenen Profis über das aktuelle Thema der Kriegsberichterstattung und damit über Ethik und Moral des Journalistenberufes. Infos und Anmeldung unter www.jugendpresse.de/kongress

Kongress zum Wissenschaftsjournalismus, 7.–9. November in Bremen
Im futuristischen ScienceCenter können mehr als 180 junge Journalisten die ersten Gehversuche im Wissenschaftsjournalismus machen und werden dabei von prominenten Medienprofis unterstützt. Mehr Infos unter bueror@jugendpresse.de

„politikorange“

Das Jugendnetzwerk „politikorange“ nimmt mit seinen Tagungszeitungen Großveranstaltungen wie Jugendkongresse, Messen oder Parteitage unter die Lupe und berichtet unabhängig von Jugendlichen für Jugendliche. Nähere Termine unter www.politikorange.de

„Generation Golfkrieg“ oder wie Engagement zerredet wird ...

Nach der Generation Golf, der Generation X und der Generation @ haben deutsche Medien nun die „Generation Golfkrieg“ aus der Taufe gehoben. Als Reaktion auf tausende protestierende Schülerinnen und Schüler auf deutschen Straßen titelte Spiegelonline im April: „Diese Schülergeneration wird eine Zivildienstgeneration“.

Als Vorbilder die 68er – Generation im Auge warten heutige Erwachsene immer noch nostalgisch verklärt darauf, dass wieder eine Generation lautstark durch die Instanzen zieht. Sie analysieren, diskutieren, schreiben ... und sind ent-

täuscht. Diverse Jugendstudien belegen, dass das Engagement von Jugendlichen zurückgeht oder andere Formen annimmt. Dann erfolgt eine Abkehr ins private Leben und Engagement wird oft nur noch zielgenau nach Input-Output-Schema vorgenommen ...

Politik und gesellschaftliche Gruppen haben nur noch wenig realen Einfluss auf unser Leben und werden von Jugendlichen als vermeidbare „Elfenbeintürme“ angesehen. Die Jugend ist pragmatisch geworden und will nicht die „große Revolution“ angehen, sondern konkrete Veränderungen, die

positiven Einfluss auf unser Leben haben. Auch die Haltung, dass Jugendliche sich scheuen in etablierten Strukturen zu arbeiten, ist politische Aussage genug, wenn man genau hinschauen würde ...

Deshalb ist die akademische Wortkreation „Generation Golfkrieg“ zwar lieb gemeint, doch sie führt nicht zu mehr oder weniger Engagement. Sie hat ebenso wenig etwas mit der Realität von Jugendlichen zu tun, wie der Abwehrkampf der 68er Generation, die erkennen muss, dass sich die Protestformen geändert haben. Vielleicht sind es heute Demonstrationen und morgen Flug-

blätter, aber sie zeigen den Protest auch in zeitlichem Engagement für Initiativen, online-Demos, eigenen Jugendmagazinen oder Onlineforen, Globalisierungskritik oder aber in Hilfe zur Selbsthilfe. Vieles ist möglich und wird realisiert – von Jugendlichen für Jugendliche.

Die Jugend vor heute ist zwar nicht die Generation der lautstarken Proteste oder der Gewalt, aber das heißt noch lange nicht, dass sie nichts ändern wird – sie würde nur gerne ihren Weg gehen, ohne dass er gleich einen Namen trägt und das Ziel vorgegeben ist!

Kommentar von Björn Richter ■



Foto: Christian v. Polentz / transit

Hinterm Horizont geht's weiter

Junge Leute verschaffen sich weltweit Gehör in den Medien

Die Jugendpresse hatte im April gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einem internationalen Jugendmedientreffen nach Berlin eingeladen (v.r.n.l.): Bosko Nelkoski (Youth Forum Eye, Mazedonien), dahinter Skaiste Dragunaite (Lijot, Litauen), Bianca Figl (chilli, Österreich), Vanja Hamzic (abraham, Bosnien-Herzegovina), Kirsten Jardine (J Presse, Frankreich)

„Kinder und Jugendliche haben das Recht auf freie Meinungsäußerung und Zugang zu Informationen“, lautet der 13. Artikel der UN-Kinderrechtskonvention, die am 20. November 1989 in Genf verabschiedet wurde. Unzählige Initiativen, die zur Umsetzung der Konvention initiiert wurden, gaben schon nach kurzer Zeit wieder auf, da sie keine oder nur unzureichende Erfolge verzeichnen konnten.

Doch junge Medienmacher haben sich selbst entdeckt! In ganz Europa, aber auch auf anderen Kontinenten nutzen Kinder und Jugendliche Medien, um sich Gehör zu verschaffen. Sei es durch Zeitungsprojekte, Videoproduktionen, Schüllerradios

oder eigene Webpages. Die kleinen und großen Internetfreaks finden sich oftmals besser zwischen Null und Eins zurecht als manch Ausgewachsener. Entgegen der Befürchtungen vieler Eltern und Pädagogen spielen sie nicht nur Counterstrike oder konsumieren ungefiltert Seifenopern, sondern schauen kritisch hinter die Kulissen und bilden sich ihre eigene Meinung. Als einer der begriffen hat, dass die jugendeigene Erstellung von Medien in einer Informationsgesellschaft unerlässlich ist, arbeitet Chris Schuepp beim „Young Peoples Media Network“. Für UNICEF sitzt er seit einigen Monaten in Budapest und arbeitet für die Durchsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Er recherchiert europa- und asien-

weit in 50 Ländern Jugendmediensprojekte aller Art, um sie dann miteinander in Kontakt zu bringen, zu unterstützen und neue Ideen zu fördern. Außerdem bemüht sich UNICEF, das Thema „Kinder und Jugendliche in den Medien“ auch in etablierten Medienstrukturen salonfähig zu machen.

Auf der Webseite www.unicef.org/magic sind viele Aktivitäten und Informationen zum Thema Medien und Kinder zu finden, zum Beispiel erfolgreiche Praxisbeispiele und die Ergebnisse der Konferenz „Oslo Challenge“ zum 10. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention. Eine Mailingliste informiert täglich etwa 200 junge Menschen aus Medienprojekten in über 40 Ländern über News und neue Projekte. Sie dient zugleich dem Erfahrungsaustausch. Auch mit konkreten Aktivitäten und Seminaren werden junge Medienmacher durch das Netzwerk unterstützt. Ende April fand das erste einer Serie von Videoseminaren in Budapest statt. Gelehrt wird die Technik des Videodrehens, von der Konzeption der Idee bis hin zur Produktion und zur Präsentation. Infos zu den one-minute Videos sind unter www.theoneminutejr.org zu finden.

Ein Schwerpunkt der Arbeit ist gerade die Einbeziehung von jungen Menschen, die keinen selbstverständlichen Zugang zu Medien haben. Dabei geht es UNICEF besonders um Kinder und Jugendliche, die in sozialen Brennpunkten leben oder es aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer körperlichen Verfassung schwerer haben, an Projekten teilzunehmen. So gibt es in Georgien ein bemerkenswer-

tes Medienprojekt mit körperlich behinderten Kindern, das große Erfolge in seiner Arbeit aufweist und ermutigen sollte, auch in anderen Ländern ähnliche Projekte zu beginnen. Weitere Informationen über die Arbeit des Netzwerkes sind bei Chris Schuepp unter cschuepp@unicef.org erhältlich.

Doch nicht nur das „Young Peoples Media Network“ ist aktiv in der internationalen Vernetzung und Unterstützung junger Medienmacher. Die neu gegründete Jugendpresse Deutschland ergriff ebenfalls Initiative und lud vom 14. – 18. April dieses Jahres zwanzig Jugendliche aus neun verschiedenen europäischen Ländern ein, um eine Vision

der Zusammenarbeit von Jugendmedien in Europa zu entwickeln. Die Teilnehmer kamen von Jugendmagazinen oder Jugendpresseverbänden und aus Jugendorganisationen. Einigkeit bestand darüber, dass die Projekte, einen intensiven Austausch an Informationen und Arbeitsweisen genutzt werden müssen. Zudem wurde ein großes Bedürfnis an Aus- und Weiterbildung von aktiven jungen Journalisten festgestellt. Um junge Journalisten auf internationaler Ebene auszubilden, ist im nächsten Jahr eine europäische Sommerakademie für 150 Jugendliche aus zehn Ländern geplant. Der erste konkrete Schritt zur Vernetzung wird bis

Ende des Jahres eine Datenbank sein, auf der Artikel und Photos ausgetauscht und in anderen Medien verwendet werden können. Hilfe soll es dabei bei der Übersetzung der Artikel geben, so dass die Übertragung von Informationen leicht und praktikabel gestaltet wird. Weiterhin wird an einem Austauschprogramm gearbeitet, um jungen Journalisten für zwei bis drei Wochen Aufenthalte in Jugendmedienprojekten in anderen Ländern zu ermöglichen.

Katrin Hünemörder ■

Mitglied des Bundesvorstandes der Jugendpresse Deutschland und verantwortlich für internationale Beziehungen und Ausbildung

Mehr Info ...

Weitere Informationen über die internationale Kooperation der Jugendpresse sind unter kaddi@jugendpresse.de erhältlich.

Jugenddrehscheibe

Mitmacherservice für journalistische Angebote in Print, Web und Radio

Die „Drehscheibe“ für Lokaljournalisten der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist in fast allen Redaktionen bekannt und wird gerne und häufig genutzt. Nun hat sie mit der „Jugenddrehscheibe“ einen Ableger bekommen. „M“ sprach mit Berthold M. Flöper, Referent im Fachbereich Programme für besondere Zielgruppen und vor allem zuständig fürs Lokaljournalistenprogramm der bpb über Aufgaben, Ziele und Hoffnungen des neuen Angebotes.

„Ist die Jugenddrehscheibe die Antwort der Bundeszentrale auf den Rückgang von Jugendangeboten in Tageszeitungen, wie wir ihn nicht zuletzt durch die Streichung von „jetzt“ bei der Süddeutschen erlebt haben?“

Berthold M. Flöper: Nein, die Ideen für ein Netzwerk wurden zu einer Zeit geboren, als noch niemand von einer Zeitungskrise sprach. Der Anstoß kam im Gegenteil daher, dass wir in den Zeitungen eine immer größere Zahl interessanter Ansätze und neuer Projekte beobachtet haben. Diese haben selber Formen von Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit entwickelt, wie etwa die täglich erscheinenden Jugendseiten der X-Family. Wenn ein Teil solcher Innovationen im Zeichen der Krise wieder eingestampft wird, spricht das nicht unbedingt für verlegerischen Weitblick.

„Die Jugenddrehscheibe soll eine Plattform für den Austausch zwischen Machern journalistischer Jugendange-

bote sein. Wie wird dieser Austausch umgesetzt?“

Das wichtigste „Produkt“ ist die Internet-Plattform www.jugenddrehscheibe.de. Sie wird redaktionell betreut, d.h. es werden regelmäßig interessante gute Beispiele aus Jugendseiten und -Magazinen eingestellt. Das Kernstück soll aber die „Pinwand“ und die Mailingliste sein, über die alle Teilnehmer der Netzwerke Informationen, Ideen und Texte weitergeben können. Im vergangenen Herbst gab es in Bonn auch einen ersten Workshop zum Kennenlernen und Erfahrungsaustausch.

„Welche Jugendseiten oder Jugendbeilagen der Tageszeitungen sind bei der Kooperation bisher dabei? Kann man einen Trend ablesen?“

Einen besonderen Trend nicht. Es handelt sich ja auch um persönliche Anmeldungen – es sind Kolleginnen und Kollegen von praktisch allen Zeitungen angemeldet, die besondere Anstrengungen in Richtung auf jugendliche Leser unternehmen. Insgesamt aber haben die Zeitungsjournalisten nur eine knappe Mehrheit. Es sind fast genau so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von sonstigen Jugendmedien dabei – von Radio, Fernsehen, Print-Magazinen und sehr vielen Online-Magazinen.

„Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit Jugendangebote in Tageszeitungen eine Chance beim Leser und Produzenten haben?“

Die wichtigste Voraussetzung ist Kontinuität. Heute etwas ausprobieren und es morgen wieder einzustellen – das ist mit Sicherheit kein Weg, sondern verschärft nur den Eindruck junger Leute, dass die Tageszeitung nicht ihr Medium ist. Der zweite wichtige Punkt ist ein Mindestmaß an Experimentierfreiheit. Junge Seiten müssen sich ein Stück weit abheben dürfen vom Einheitsbrei des Tageszeitungsjournalismus. Davon abgesehen gibt es unterschiedliche Wege, die Erfolg versprechen. Es gibt tolle Produkte, die gemeinsam mit jungen Lesern gemacht werden, und solche, in denen junge Profijournalisten sich ihre ersten Sporen verdienen. Und natürlich alles Mögliche dazwischen.

„Welches sind Ihre nächsten Schritte bei der Kooperation in der Jugenddrehscheibe?“

Das Angebot steht, und wir werden uns in den nächsten Monaten darauf konzentrieren, es weiterzuentwickeln und noch bekannter zu machen. Vor allem wollen wir die Kolleginnen und Kollegen dazu motivieren, sich stärker einzubringen. Bisher beobachten wir eine recht konsumorientierte Nutzung – d.h. man ist neugierig, was andere machen, man lässt sich gerne anregen durch die schönen Ideen, die anderswo entwickelt worden sind. Selber aber einen Erfahrungsbericht zu schreiben, eine Idee oder gar Artikel zur Verwertung anzubieten – das passiert noch viel zu selten.

Das Gespräch führte Björn Richter ■



Foto: privat

„Junge Seiten müssen sich ein Stück weit abheben dürfen vom Einheitsbrei des Tageszeitungsjournalismus“, so Berthold M. Flöper, Referent der bpb

Buhlen um Ministererlaubnis



Holtzbrinck kontra Springer: Medienkonzerne drohen mit Zeitungssterben

Noch ein Wort an die Presse: Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (1.v.r.) vor Beginn der Anhörung zur Übernahme des Berliner Verlags (Gruner und Jahr) durch die Holtzbrinck Verlagsgruppe. Daneben Dr. Matthias Schürgers (Ministerialdirektor)

Nachdem das Kartellamt den Kauf des Berliner Verlags untersagt hatte, beantragte Holtzbrinck die Ministererlaubnis. Bei der Anhörung im Bundeswirtschaftsministerium wurde offenbart, dass auch die Renommeeblätter der Verlage künftig keinen Bestandsschutz mehr genießen sollen.

Die Argumente der Beteiligten waren bereits im Vorfeld weitgehend bekannt, als sich die Topmanager der deutschen Verlage zur Anhörung bei Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) trafen. Holtzbrinck versuchte den Minister für die Genehmigung zu gewinnen, die Vertreter der anderen Verlage, ihn davon abzuhalten. Das Publikum aufhorchen ließ Dieter Stolte, Herausgeber der „Welt“ und der „Berliner Morgenpost“. Sollte Clement den Zusammenschluss von „Tagesspiegel“ und „Berliner Zeitung“ erlauben, würden die „Welt“ und die „Berliner Morgenpost“ in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Sie seien dann von der Einstellung bedroht, führte er aus. Auf Nachfrage von Clement gab Dieter Stolte zu, dass die „Welt“ sich bereits seit vielen Jahren in einer defizitären Situation befindet. „Das Vermächtnis Axel Springers gilt nicht mehr“, sagte Stolte. Es gäbe einen Wechsel vom Verleger

zu einer Publikumsgesellschaft. Er erklärte, dass sich 30 Prozent der Axel-Springer-Aktien, die noch aus dem Kirch-Paket stammen, im Besitz der Deutschen Bank befänden und demnächst auf den Markt kommen. Jeder künftige Eigentümer will mit seinen Papieren Geld verdienen. Stolte versicherte, deshalb werde sich kein Vorstandsvorsitzender eine solche Subventionspolitik leisten können. Als Clement nachhakte, ob die „Welt“ dann nicht ohnehin eingestellt würde, sagte Stolte, er sei nicht kompetent, diese Frage zu beantworten.

Synergien als Rettungsanker?

Stefan von Holtzbrinck drohte seinerseits mit der Einstellung des „Tagesspiegels“, sollte die Ministererlaubnis nicht erteilt werden. Er betonte, es gehöre „nicht zu unserer Unternehmenskultur, durch dauerhafte und ausweglose Quersubventionierung einzelner Verlagsobjekte anderen die Entwicklungschancen zu nehmen“.

Holtzbrinck habe sich den „Tagesspiegel“ trotz Verlusten in der Vergangenheit geleistet. Die Zeitung sei nur durch Synergieeffekte im Verlag, im Anzeigenbereich und im Vertrieb mit dem Berliner Verlag zu retten, versicherte er. Das Bundeskartellamt hatte die Fusion aber nicht nur abgelehnt, weil Holtzbrinck dann bei den Abo-Zeitungen in Berlin mehr als 60 Prozent der Marktanteile erlangen würde. Es sei auch nicht ersichtlich, warum nicht drei Verlage auf Dauer bestehen sollten. Auch die anderen Verleger zeigten sich überzeugt, dass der „Tagesspiegel“ allein durchaus wirtschaftlich zu führen sei. Holtzbrinck selbst betonte, dass die Redaktionen der „Berliner Zeitung“ und des „Tagesspiegels“ unabhängig bleiben und keine Artikel untereinander austauschen würden. Eine neue, noch zu gründende Stiftung wurde von ihm als „Wächter“ über die redaktionelle Unabhängigkeit des „Tagesspiegels“ dem Minister angeboten.

Allerdings bezweifeln Juristen, ob die Stiftung als Auflage zulässig ist. Martin Dieckmann, ver.di-Fachgruppenleiter Verlage und Agenturen fasste die Aussagen der Verleger mit einem Bild zusammen: „Verlag, Anzeigen und Vertrieb sollen nach solchen Konzepten agieren wie ein Flugzeugträger: Die Zeitungen sind Flugzeuge, die starten und landen. Von einem Gesamtkonzept im Sinne eines klassischen Verlegers ist da nicht mehr viel zu sehen.“ Eine schlanke Verwaltung, die vielleicht sogar von mehreren Verlagen gemeinsam genutzt wird, ist dann für zahlreiche Zeitungen zuständig - die je nach Marktsituation auch unkomplizierter eingestellt werden können. Für verlegerische Entscheidungen, ein Blatt aus publizistischen Gründen zu erhalten, bleibt dabei kein Platz mehr.

Kündigungswelle bis nach Brandenburg

Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender, wertete die Drohungen der Verleger als unzulässigen Druck auf die politischen Entscheidungsträger. Einen massiven Stellenabbau befürchtet Renate Gensch, Betriebsratsvorsitzende des Berliner Verlags, sollte Clement den Kauf genehmigen: „Mehr als 250 Arbeitsplätze könnten durch die Fusion wegfallen.“ Betroffen wären nicht nur die Verlagsangestellten vom „Tagesspiegel“ und dem Berliner Verlag mit „Berliner Zeitung“ und „Berliner Kurier“. Auch beim Stadtmagazin „tip“ und bei der Anzeigenzeitung „Berliner Abendblatt“ wären Beschäftigte betroffen. Die Kündigungswelle würde bis zur Druckerei und dem Verlag der „Lausitzer Rundschau“ schwappen. Stefan von Holtzbrinck betonte dann auch, dass der Axel-Springer-Verlag mit seinen Produkten den Vorteil von Synergieeffekten habe, die seinem Haus bisher nicht möglich seien.

Damit der Minister die Erlaubnis geben kann, muss es Gründe geben, die dem Gemeinwohl dienen

Smalltalk zwischen Konkurrenten: Dr. Stefan von Holtzbrinck (links, Vorsitzender der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Holtzbrinck) und Prof. Dr. Dieter Stolte (rechts, Herausgeber der „Welt“ und der „Morgenpost“)



Fotos: Chr. v. Polentz / transit

und höhere Priorität haben als die Beschränkung des Wettbewerbs. Holtzbrinck führte deshalb die publizistische Vielfalt ins Feld. Selbige würde leiden, wenn der „Tagesspiegel“ eingestellt würde.

Springer-Geschäftsführer Josef Probst bezweifelte, dass Holtzbrinck so weit gehen werde.

Zeitungsgipfel vorgeschlagen

Schließlich sei gerade ein Vertrag für die kommenden 15 Jahre für den „Tagesspiegel“ mit der Springer-Druckerei abgeschlossen worden, Holtzbrinck habe seine Anteile an der Zeitung erhöht und der Relaunch sei bereits geplant. Unabhängig vom Ausgang kündigte Clement an, sich nach dem Ministerverfahren mit den Verlegern zusammzusetzen und über die Medienkrise zu beraten. „Dazu sollten auch Verlagsbetriebsräte und die Journalistenorganisationen dju und DJV eingeladen werden“, forderte Renate Gensch, Mitglied des dju-Bundesvorstands. Bis Redaktionsschluss hatte der Minister seine Entscheidung noch nicht bekannt gegeben. Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner drohte bereits im Vorfeld mit einer Klage bis zum Bundesverfassungsgericht, sollte Holtzbrinck die Erlaubnis erhalten. In der „Welt“ war am Tag nach der Anhörung zu lesen, dass Clement plane, noch vor der Sommerpause das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zu ändern. Neu geregelt werden solle auch die Ministererlaubnis. Ziel sei, von der Politik genehmigte Fusionen vor Gericht schwerer angreifbar zu machen. Silke Leuckfeld ■

Unbefriedigend

Gehaltserhöhung rückwirkend für Feste und Freie an Tageszeitungen vereinbart

Am 10. April wurde im achten Verhandlungstermin für die etwa 15.000 Redakteurinnen und Redakteure sowie die Freien an Tageszeitungen die Tarifrunde 2002 abgeschlossen. Die Gehälter erhöhen sich damit rückwirkend zum 1. Dezember 2002 um 2,1%. Die Honorare werden ab dem 1. April 2003 um den gleichen Satz angehoben. Die Laufzeit dieses Abschlusses endet frühestens Ende Juli diesen Jahres. Die Kündigungsfrist beträgt einen Monat. Da die Tarifverträge zum August 2002 rückwirkend wieder zu alten Inhalten in Kraft treten, beinhaltet der Tarifabschluss für die Redakteurinnen und Redakteure 4 Nullmonate und für die Freien sogar 8 Nullmonate.

Die Deutsche Journalistinnen und Journalisten Union (dju) in ver.di bewertet dieses Verhandlungsergebnis als unbefriedigend. Denn die Einkommensentwicklung für Journalisten an Zeitungen fällt deutlich geringer aus als für die Verlagsangestellten und die Kollegen in der Technik. Die dju hat diesem Ergebnis dennoch zugestimmt, um angesichts des durch die Verleger gekündigten Manteltarifvertrages wenigstens für den seit August 2002 offenen Gehaltstarifvertrag Sicherheit herzustellen. Damit ist eine weitere Verkürzung der Berufsjahresstaffel vorerst vom Tisch. Denn die Verleger versuchten, die

in immer mehr Verlagen vorhandene Angst um den Erhalt von Arbeitsplätzen zum Abbau von Tarifstandards zu nutzen. Mit Hilfe von vielen Streiks im November letzten Jahres wehrten die Redaktionen solche nachhaltigen Einschnitte im GTV ab.

Kritik an Verlagen

Als eine Antwort auf die wirtschaftliche Situation einiger Verlage und den dort geplanten Personalabbau hatte die dju in ver.di seit dem Sommer letzten Jahres wiederholt den Abschluss eines Beschäftigungssicherungstarifvertrages, wie er für die übrigen Arbeitnehmer in den Zeitungsverlagen bereits besteht, eingefordert. Doch bis heute waren die Verleger nicht dazu bereit. Die Verleger zeigen damit kein ausreichendes Interesse an einem tariflichen Rahmen, in dem zeitlich befristet durch Arbeitszeitreduzierung die Anzahl der Arbeitsplätze in den Redaktionen gesichert werden könnte. Die dju kritisiert diese Haltung der Verleger scharf. Denn sowohl für die Leserinnen und Leser von Tageszeitungen als auch für die Journalistinnen und Journalisten zeichnet sich damit ab: die Verleger nehmen in Zukunft den Verlust publizistischer Qualität in vielen Zeitungen wohl billigend in Kauf. Matthias von Fintel ■



Foto: Jürgen Seidel

„Für'n Appel und 'n Ei“ will keiner mehr arbeiten: Aktion auf dem Düsseldorfer Burgplatz zur Unterstützung der Tarifverhandlungen für Redakteure Ende vergangenen Jahres.

Zu Tode gekommen im Irak-Krieg

22. März: Der Brite **Terry Lloyd** gerät in der Nähe der Stadt Basra zwischen die Fronten und wird bei einem Angriff der US-geführten Truppen getroffen. Der 50-Jährige arbeitete für die Nachrichten des Fernsehsenders ITN. Sein französischer Kameramann **Frédéric Nerac** und der libanesischer Übersetzer **Hussein Othman** sind seitdem vermisst.

22. März: Der australische Fernsehjournalist **Paul Moran** (39) wird bei einem Selbstmordattentat im nordirakischen Gerdigo getötet. Ein Taxi explodiert direkt neben ihm.

30. März: Der Brite **Gaby Rado** (48) wird tot vor seinem Hotel im nordirakischen Suleimaniyah aufgefunden. Offenbar ist der ITS-Reporter unabhängig von militärischen Handlungen vom Dach des Hotels gefallen.

2. April: Der Iraner **Kaveh Golestan** (52), der seit drei Jahren als Kameramann für die BBC arbeitet, tritt in Kifri im Norden des Irak auf eine Mine.

4. April: **Michael Kelly** (46) von der „Washington Post“ stirbt auf dem Weg nach Bagdad. Als bei der 3. Infanteriedivision „eingebetteter“ Journalist gerät der US-Amerikaner in irakischen Beschuss. Der Fahrer des Armeefahrzeugs versucht auszuweichen und stürzt in einen Kanal.

6. April: Der für NBC arbeitende Fernsehjournalist **David Bloom** (39) stirbt an den Folgen einer Lungenembolie.

6. April: Kamaran **Abdurazaq Muhamed**, ein für die BBC arbeitender kurdischer Übersetzer, wird bei einem Bombenangriff im Nordirak tödlich getroffen. John Simpson und einige andere BBC-Reporter werden verletzt.

7. April: Focus-Redakteur **Christian Liebig** (35) und sein spanischer Kollege **Julio Anguita Parrado** (32), der für die Tageszeitung „El Mundo“ arbeitet, sterben als „eingebettete“ Journalisten bei einem Raketenangriff auf eine amerikanische Stellung bei Bagdad.

8. April: Bei einem Raketenanschlag im Al Jazeera-Gebäude in Bagdad stirbt Korrespondent **Tarek Ajoub** (34) aus Jordanien.

8. April: Der Ukrainer **Taras Protsyuk** (35) und der Spanier **José Couso** (37) kommen bei einem amerikanischen Panzerbeschuss des Hotels Palestine in Bagdad, dem Sitz der meisten ausländischen Journalisten, ums Leben. Drei weitere Männer werden verletzt.

12. April: Drei malaysische Journalisten werden in Bagdad von bewaffneten Männern entführt, ihr **irakischer Übersetzer**, dessen Name nicht bekannt ist, wird getötet. Die drei Malaysier kommen zwei Tage später wieder frei.

14. April: Bei einem Autounfall 80 Kilometer vor Bagdad stirbt der argentinische Reporter **Mario Podesta** (51). Angeblich war kurz zuvor Gewehrfeuer zu hören. Die Kamerafrau **Veronica Cabrera**, ebenfalls aus Argentinien, erliegt tags drauf ihren Verletzungen. ■

„Eingebettet“ und zensiert

Medienkriege: Live-Schaltungen rund um die Uhr und journalistische Angriffsziele

Kriege im 21. Jahrhundert sind mehr denn je Medienkriege: Stundenlange Live-Schaltungen simulieren Objektivität, Hunderte von Journalisten werden in militärische Konvois „eingebettet“, ihre Berichterstattung ist aber eingeschränkt. Zahllose Fernsehstationen berichten von Raketenanschlägen und umgekehrt landen auch Bomben auf Gebäuden von Sendern. Propaganda von mehreren Seiten bestimmte auch den Irak-Krieg. Viele Journalisten suchten die Wahrheit hinter den Verlautbarungen der militärischen Pressestellen und einige zahlten einen hohen Preis. Mindestens 13 Journalisten sowie zwei Übersetzer starben im März und April im Irak, neun Reporter unmittelbar bei der Ausübung ihres Berufs.

„Der US-Panzer nimmt sich Zeit. Langsam richtet er seine Kanone auf, nimmt das mit ausländischen Journalisten vollgepackte Hotel Palestine ins Visier und wartet gut zwei Minuten. Dann blitzt das Mündungsfeuer.“ So schildert der Korrespondent der Nachrichtenagentur AFP die Sekunden vor dem Einschlag am 8. April: Der Schuss des Panzers trifft den 15. Stock des Hotels Palestine in Bagdad. Der für Reuters arbeitende ukrainische Kameramann Taras Protsyuk wird tödlich getroffen. Sein spanischer Kollege José Couso vom Fernsehsender Telecinco erliegt wenige Stunden später seinen Verletzungen.

gen. Drei andere Reuters-Kollegen werden verletzt. Heftige Kritik lässt nicht lange auf sich warten.

Wenig glaubwürdig

Medien und Journalistenverbände aus aller Welt kritisieren den tödlichen Angriff auf die Pressevertreter, manche, wie der Internationale Journalistenverband IFJ, sprechen von einem Kriegsverbrechen. Korrespondenten wie der ZDF-Mann Ulrich Tilgner, der ebenfalls im Hotel wohnte, sind fassungslos über den „Skandal“, das offenbar absichtlich oder zumindest gedankenlos auf Journalisten gezielt wurde. Die spanischen Kriegsberichterstatte im Irak werfen den USA „Mord“ an ihrem Kollegen José Couso vor und kündigen eine Klage vor einem Gericht in Madrid an. Die USA geraten unter Rechtfertigungsdruck, Generäle deuten hilflos an, aus dem Hotelfoyer sei auf Soldaten geschossen worden. Nur kann das keiner der zahlreichen im Hotel Palestine wohnenden Journalisten bestätigen. „Die US-Version eines Verteidigungsschusses ist wenig glaubwürdig“, kritisiert umgehend der Generalsekretär der Reporter ohne Grenzen, Robert Ménard. Unisono beteuern schließlich US-Botschafter in aller Welt, der Vorfall werde gründlich untersucht. Man schieße nicht absichtlich auf Journalisten, sieht sich US-Vizepräsident Dick Cheney genötigt zu betonen, und er ergänzt: Wer das behauptete, müsse ein „Idiot“ sein.

Wenige Stunden vorher hatte ein anderer Angriff jedoch bewiesen, dass Journalisten in diesem Krieg längst zu Zielen geworden sind. In Bagdad zerstörten US-Bomben das Gebäude des arabischen Fernsehsenders Al Jazeera. Der jordanische Kameramann Tarek Ayoub kam ums Leben. Auch das Büro von Abu Dhabi-TV wurde getroffen. Es gab Verletzte, erheblichen Sachschaden und die offenbar gewünschte Erkenntnis der arabischen Journalisten, dass sie in Bagdad nicht mehr sicher arbeiten können. „Die Angriffe auf das Hotel und die Büros der Fernsehsender“, so klagte der verbitterte libanesischer Informationsminister Ghazi Aridi, „zielt darauf ab, die Medien aus dem Irak zu vertreiben,



Foto: dpa

US-Soldaten durchsuchen am 15. April in Bagdad vor dem Hotel Palestine Journalisten. Hunderte Iraker protestierten vor dem Palestine gegen die amerikanische Besatzung ihres Landes und gegen jede Teilung des Landes zwischen sunnitischen und schiitischen Arabern.

damit die Amerikaner ihre Massaker verüben können“. Auch wenn wenige Stunden später nahezu alle irakischen Kämpfer und Offiziellen aus der Hauptstadt verschwunden waren und die Amerikaner auch ohne „Massaker“ die Kontrolle über Bagdad übernehmen konnten, ist der Angriff skandalös. Denn die Indizien dafür, dass es ein absichtlicher Beschuss war, sind erdrückend: Das Haus der Abu-Dhabi-Kollegen war auf dem Dach mit einem deutlich sichtbaren Logo des Senders gekennzeichnet. Und die Verantwortlichen von Al Jazeera hatten dem Pentagon nach eigenen Angaben bereits am 24. Februar einen genauen Lageplan ihres Büros zukommen lassen, um einen Beschuss zu verhindern. Und Al Jazeera wurde nicht das erste Mal getroffen: Schon das Kabuler Büro des in Katar stationierten Senders war 2001 beim Feldzug in Afghanistan von einer US-Rakete zerstört worden. Al Jazeera war den US-Militärs wegen ihrer kritikreichen Berichte ein Dorn im Auge. Statt militärische Erfolge der USA in Szene zu setzen, zeigten sie vor allem zivile Opfer des Krieges. Für die US-Führung war der Sender oft nur ein verlängerter Arm der irakischen Propaganda. „Ganz offenkundig dehnt die US-Führung ihren Grundsatz ‚Wer nicht für uns ist, ist gegen uns‘, mittlerweile auch auf missliebige Medien aus“, stellte Michael Rediske, Vorstandssprecher von Reporter ohne Grenzen, fest. Korrespondenten berichteten aus Kuwait und Katar, die US-Militärs hätten Journalisten aus Ländern der „Koalition der Willigen“ besser mit Informationen versorgt als jene aus Ländern mit kritikreichen Regierungen. Dass – wie schon vor einigen Jahren in Belgrad – auch in diesem Krieg der staatliche irakische Fernsehsender ein militärisches Ziel von US-Angriffen war, hat kaum noch jemanden aufgeregt. Dennoch verbietet die Genfer Konvention solche Angriffe ausdrücklich. Medien sind zivile Einrichtungen und deshalb durch internationales Recht geschützt auf dem Papier.

Simulierte Offenheit

Die US-geführten Streitkräfte arbeiteten bevorzugt mit ausgewählten Journalisten zusammen. Das Konzept der „eingebetteten“ Reporter – im Irak-Krieg waren es rund 600 Kollegen, die unmittelbar Soldaten begleiteten – simulierte Offenheit. Allerdings wurden die Möglichkeiten der Berichterstattung beschnitten: Erstens bekamen sie nur einen selektiven Blick auf die Kriegswirklichkeit, weil sie bei einer Kriegspartei „eingebettet“ waren. Zweitens

mussten sie ihre Aufnahmen von den Militärs kontrollieren lassen. Die neue Perspektive für „eingebettete“ Journalisten, die zweifellos gegeben sein kann, ist also die eine Seite. Eine breite Kontrolle der Kriegsberichterstattung durch US-Militärs ist die andere. Auch wenn „eingebettet“ sich kuschelig und beschützt anhört, ist die Begleitung von Armeen für die Journalisten ein gefährlicher Job. Focus-Redakteur Christian Liebig und der Spanier Julio Anguita Parrado wurden am 7. April im „Schutz“ des Militärs von einer Rakete tödlich getroffen. Drei Tage vorher war auch schon der Amerikaner Michael Kelly trotz „Einbettung“ getötet worden. Gerade Christian Liebig wird von Kollegen als Kontrapunkt zum in Kriegsgebieten auch oft anzutreffenden „Draufgänger“ geschildert. Er war gut auf seinen Einsatz vorbereitet, war bewusst nicht mit US-Soldaten bei einem risikoreichen Einsatz nach Bagdad vorgeprescht, sondern blieb zurück. Diese Vorsicht kostete ihm tragischerweise das Leben. Andere Journalisten starben bei Gefechten, im so genannten „friendly fire“ oder auch bei Unfällen, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem Krieg zu sehen sind (siehe Kasten).

Zum Auftakt des Krieges hatte die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) zu Sorgfalt und Wahrhaftigkeit aufgerufen. Erfreulicherweise war in vielen Berichten die Distanz zu den Informationen der Kriegsparteien sichtbar. Dennoch wurde auch die Propaganda beider Seiten immer wieder deutlich. Die Hafenstadt Umm Kasr beispielsweise wurde angeblich bereits nach wenigen Tagen eingenommen, denn ein schneller militärischer Sieg, über die Medien transportiert, sollte die Akzeptanz für den Waffengang erhöhen helfen. Bis Umm Kasr wirklich unter britischer Kontrolle war, sollte es allerdings noch dauern. Für die lange umkämpfte süd-irakische Stadt Basra galt dasselbe. Die Nachrichten über den Krieg stimmten auch diesmal nicht immer mit den Ereignissen des Krieges überein. Und vieles blieb im Dunkeln, die Zahl der zivilen Opfer zum Beispiel.

Umgekehrt schwadronierte der irakische Informationsminister Mohammed Said el-Sahhaf – gewohnt offenbar nur im Umgang mit Medien, für die Pressefreiheit ein Fremdwort ist – noch davon, dass die amerikanischen Truppen vernichtend geschlagen und aus Bagdad vertrieben worden seien, als hinter ihm schon US-Panzer zu sehen waren. Es sollte der letzte Auftritt von Desinformationsminister el-Sahhaf vor der Weltpresse sein.

Harald Gesterkamp ■



Foto: dpa

Journalisten tragen am 8. April einen verletzten Kollegen aus dem Hotel Palestine in Bagdad. Das „Palestine“ wurde von einer US-Panzergranate getroffen. Bei dem Angriff auf das Hotel, in dem fast alle ausländischen Journalisten untergebracht waren, starben der Kameramann Taras Protsyuk von Reuters und der Spanier José Couso. Drei weitere Medienvertreter wurden verletzt.

Zum Tod des Reuters-Kameramanns Taras Protsyuk in Bagdad

Die Kolleginnen und Kollegen der Reuters AG in Deutschland sind tief betroffen über den Tod des Kollegen Taras Protsyuk in Bagdad. Einmal mehr zeigt sich, dass die Brutalität des Krieges, über die wir täglich berichten, auch vor denjenigen nicht halt macht, die als Chronisten der Wahrheit vor Ort ein Teil unserer Hoffnung auf mehr Menschlichkeit sind.

Wir erwarten von der Chefredaktion und dem Management in London nachhaltigen Einsatz für die restlose Aufklärung der Umstände, die zum Tod unseres Kameramanns Taras Protsyuk geführt haben, und die Bestrafung des oder der Verantwortlichen.

Für den Betriebsrat Editorial
Hanns Rinke
Betriebsratsvorsitzender
(Berlin)

Für den Betriebsrat I
Karin Happ-Wilkening
Betriebsratsvorsitzende
(Frankfurt)

Für den Gesamtbetriebsrat
Gerald Pursche
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
(München)



Foto: Reuters

Von der Ich-AG zur Wir-AG

Freiberuflichkeit und Gewerkschaft – Debatten in Dortmund

Ratschläge und Tipps

Beratung können freie Medienschaffende bei mediafon erhalten unter 01805-75 44 44 (12 Cent pro Minute)
E-Mail: info@mediafon.net
www.mediafon.net

Ratschläge und Tipps auch unter
www.ratgeber-freie.de

Ansprechpartner für Kolleginnen und Kollegen in Medienberufen sind die zuständigen ver.di Mediensekretäre des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie in den Landesbezirken. (Adressen in M 5/2003, hintere Umschlagseite).

Julitta Münch
(stehend), Moderatorin

Wenn freie Journalisten, Schriftsteller, Schauspieler, Bildhauer, Volkshochschuldozenten, Artisten und andere Kulturschaffende sich in ver.di für eine gemeinschaftliche Gewerkschaftsarbeit zusammenraufen, ist das eine spannende Angelegenheit. Bei der ersten Bundeskonferenz der „Freien, Selbständigen und nicht Betriebsgebundenen“ am 10. und 11. April in Dortmund formulierten die Selbständigen getreu dem Motto der Veranstaltung „Von der Ich-AG zur Wir-AG“ klare Ansprüche an die Gewerkschaft.

Einerseits wollen sie die schönen Künste hochleben lassen, ihre individuelle Schaffenskraft und -freude ausleben. Wichtig sei es, den Stellenwert unabhängiger kreativer Köpfe für den Erhalt des „Kultur- und Bildungsstandorts Deutschland“ hervorzuheben, so wurde betont. Andererseits geht es den rund 60 Delegierten, die aus allen Teilen der Republik nach Dortmund gereist waren, darum, gemeinsame Ansätze für eine kollektive Gegenwehr gegen sich zunehmend verschlechternde und im Extremfall existenzgefährdende Arbeitsbedingungen zu finden.

„Jeder zweite Herzschlag ist Kultur“, lautete ein Slogan der DDR. Jetzt finde sie ihn wieder richtig gut, befand die Schauspielerinnen Madeleine Lierck-Wien aus Ost-Berlin. Man könne allerhand kritisieren – aber die Gefahr der Verarmung habe es für Künstler in der DDR nie

gegeben. Ein Volkshochschuldozent aus Köln schilderte die Arbeitsbedingungen der Freien im Bildungsbereich am eigenen Beispiel: Mit einem Honorar von rund 1000 Euro monatlich, wovon er, als Selbstversicherer, 300 Euro in die Renten- und Sozialversicherung abführe, sei er zugleich Geringstverdiener und Träger des Sozialsystems. Die freie Journalistin Christiane Reymann fasste die Misere branchenübergreifend zusammen: „Das Schlimme ist, dass wir Selbständigen nicht nur die Zukunft von ver.di sind, wie man in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft stets betone, sondern vor allem wohl auch die Zukunft der Gesellschaft“. Deshalb sei es zu diesem Zeitpunkt, in dem eine gesamtgesellschaftliche Verunsicherung stattfindet und nur noch eine Elite von Festangestellten versuche, Besitzstände zu wahren, wichtig, sich in der Gewerkschaft auch mit Freiberuflern zu beschäftigen.

Wie schlecht bezahlte Tagelöhner

Vor allem über eines war man sich einig: Man verstehe sich nicht als Unternehmer. Und man wolle auch innerhalb von ver.di nicht immer wieder so eingeordnet, verkannt und missverstanden werden. Die tatsächliche Situation der Freiberufler sei eine ganz andere, so wurde quer durch alle Branchen bilanziert: Preis-Dumping und die Herabwürdigung selbständiger Kulturschaffender als schlecht bezahlte Tagelöhner sei derzeit an der Tagesordnung. Dies sei künstlerischer Qualität nicht eben förderlich. Das Resultat könne sich demzufolge auch nicht unbedingt immer sehen lassen. Die Bestandsaufnahme der Journalisten sah in diesem Punkt nicht viel rosiger aus als die der Schauspieler. Unpräzise recherchierte Artikel oder mangelhaft geprobte Theaterstücke – das Pisa-Desaster droht auch nach der Schule. Auch die Erfahrung, was gemeinhin demjenigen blüht, der sich nicht bereit zeigt, sich im Preis drücken zu lassen, war weitgehend übereinstimmend: Studenten, die noch unter dem Dach der Eltern lebten und durch preisgünstiges Mensa-Essen profitierten, seien gern als kostensparende Alternative zu

professionellen und erfahrenen Kolleginnen und Kollegen gesehen.

In einigen Dingen unterscheiden sich Branchen voneinander: Schauspielerinnen haben wegen kurzzeitig befristeter Arbeitsverträge auf der Lohnsteuerkarte das Problem, sich nicht kontinuierlich sozial- und rentenversichern zu können. Altersarmut ist programmiert. In diesem Punkt sind freie Journalisten besser gestellt. Aufgrund ihrer zumeist freien Honorar-Tätigkeiten haben sie die Möglichkeit, sich in der Künstlersozialkasse zu versichern. Sie sind somit in ein paritätisch finanziertes Sozialversicherungsmodell integriert, in dem der Arbeitgeber-Anteil getragen wird. Die Schauspielerin Sylvia Nentwig regte an, dieses bewährte Modell auszuweiten. Für Selbständige aller Branchen müsse ein einheitliches Sozialversicherungssystem entwickelt werden. Manko der derzeitigen Regelung der Künstlersozialkasse sei allerdings die fehlende Arbeitslosenversicherung.

Freie Journalistinnen und Journalisten haben indes ein anderes Problem: Auf viel Verständnis stoße man bei den festangestellten Kolleginnen und Kollegen häufig nicht. Damit rekurrierten sie auf ein Ärgernis, das Kurt Tucholsky bereits 1932 in seinem geistreichen und bissigen Essay mit dem Titel „Redakteure“ beklagte: Das Verhältnis vom Angestellten zum nicht Angestellten sei ein einziger Skandal, geprägt von Unkollegialität und Mangel an Solidarität. Redakteure sähen sich als geistig überlegen, weil sie fest angestellt seien, argumentierte er. Wirtschaftliche Zusammenhänge auch nur wahrzunehmen, verweigere man in den Redaktionen oft. Der kritische Denker vergangener Tage beschrieb den Redakteur in seiner Polemik als Verwalter kümmerlicher Honorare, als Billettknipser an den Schranken der Öffentlichkeit, der seine Machtlosigkeit gegenüber dem Verleger mit Machtprotzerei gegenüber dem Mitarbeiter ausgleiche.

Gemeinsam am Runden Tisch

Damals war die wirtschaftliche Situation der Branche der heutigen gar nicht so unähnlich: „In unserem Beruf steht das Angebot in einem grotesken Gegensatz zur



Fotos: Angelika Osthuus



Mehr Lobbyarbeit für Freie, versichert ver.di-Chef Frank Bsirske (3.v.l.)

Nachfrage“, schrieb Tucholsky einst. Die Presse arbeite wie Behörden, könne dies aber nur, weil und solange man ihnen gehorche, schimpfte der Schriftsteller. Aus solchen und ähnlichen Überlegungen resultiert die Forderung der freien Journalistinnen und Journalisten, dass der Bestandsschutz und die Honorierung von Freien thematisiert werden müsse. ver.di solle vermittelnd eingreifen. Festangestellte, Betriebsräte und Freie müssten in Zeitungen und Sendern jeweils am runden Tisch diese Themen diskutieren – moderiert von ver.di-Hauptamtlichen, so eine der Forderungen. Denn die Theorie, dass eine billige Ersatzarmee von Freien anders als angemessen honorierte freie Mitarbeiter, Verleger anreizen könne, Festangestellte zu ersetzen, hat sich in der Branche offenbar noch nicht herumgesprochen.

Attraktivität für Freie muß erhöht werden

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske versprach, in mehreren Schritten an das Thema heranzugehen. Er versicherte, dass es in seinem Interesse liege, „die Attraktivität und Strahlkraft der Gewerkschaft für Selbständige zu erhöhen“. Zunächst wolle er „im politischen Raum sondieren, welche Bereitschaft es gibt, sich mit der sozialen Absicherung der Selbständigen zu beschäftigen“. Man werde eine Kampagne starten, um die Anliegen von Freiberuflern in ver.di zu thematisieren. Der Forderung der Selbständigen, verstärkt sowohl innergewerkschaftliche als auch nach außen gerichtete Lobbyarbeit zu leisten, werde man nachkommen, so Bsirske. Bildungsarbeit solle künftig für Festangestellte und Freie gemeinsam veranstaltet wer-

den. Betriebsräte wolle man ebenso für das Thema sensibilisieren.

Trotz weitgehender Übereinstimmung gab es auch Kritik: Warum man bei der Einführung der Ich-AG seitens ver.di eigentlich nicht daran gedacht habe, diese sozial abzusichern? Zudem seien die Selbständigen nicht gefragt worden, bevor ver.di die Einführung der Gewerbesteuer für selbständige Kulturschaffende öffentlich befürwortete. Die Bundeskonferenz lehnte eine Gewerbesteuer für Künstler mehrheitlich ab. Selbst wenn sie, wie geplant, erst ab 24 000 Euro Jahresverdienst fällig werden sollte – für Freiberufler bedeute dies eine zusätzliche Nachweis-Pflicht und damit erneuten Bürokratie-Aufwand.

Die Konferenz votierte dafür, die „Bundekommission Freie und Selbständige“ (BKS) solle ver.di auffordern, andere Schritte zu unternehmen, um eine gerechte Lösung für die Finanzierung der Kommunen und Gemeinden zu finden. Zudem wurde Bsirske aufgefordert, Personal umzuschichten, damit Selbständige stärker unterstützt würden. Dies lehnte der ver.di-Vorsitzende jedoch ab. Denn es gelte, jetzt sowieso ein Fünftel des Personals zu reduzieren.

Das Resultat der ersten Bundeskonferenz der „Freien“ in ver.di war eindeutig: Die Selbständigen sind fest entschlossen, ihren Platz in ver.di einzunehmen. Dies war vor allem an der Begeisterung zu ermesen, als Frank Bsirske vorschlug, die nächste Konferenz nicht, wie üblich, in vier, sondern bereits in zwei Jahren zu veranstalten. Und noch ein Anliegen wurde laut: Die Zeitschrift „M“ solle ausgeweitet werden, und sich künftig an alle Kulturschaffenden in ver.di wenden. Gitta Düperthal ■

Nicht ohne Eure Antworten

Nein, liebe Kollegen, etwas mehr hätten wir Euch schon zuge-
traut. 20 Jahre Rheinisches JournalistInnenbüro – das heißt doch
auch, sich mit seiner eigenen Geschichte auseinander zu setzen.
Das darf auch gern ein bisschen kritisch sein, die Zeitläufe
reflektieren und das eigene Handeln hinterfragen. Zu lesen ist
davon bei Euch allerdings nicht viel.

Ich möchte Euch gern sagen, warum ich so zickig bin. Ich bin
Mitte 30, ein politischer Mensch, linken Ideen zugewandt und
bestimmt ein kritischer Kopf. Ihr seid im Schnitt 20 Jahre älter
und tragt die gleichen Insignien. Aber leider kann man das Eu-
ren „Widerworten“, die Ihr zum Anlass Eures 20-jährigen Be-
stehens publiziert, nicht anmerken. Sicherlich: Den Texten sehr –
investigative, unerbittliche und selbst ironische Journalisten seid
Ihr immer gewesen. Bis heute: Euer Stück „Christen als Moslems“
kann gerade jetzt in Zeiten des Bush-Krieges aktueller kaum
sein, und es ist auch gerade erst zwei Jahre alt. Ein Glanzstück
deutscher Mediengeschichte!

Aber man kann in Eurem Buch noch nicht mal erkennen, wer
welchen Text geschrieben hat. Und Ihr habt sogar noch eine
Begründung dafür. Gibt es bei Euch keine Individuen mehr?
Natürlich bin ich begierig, ein Buch über ein Journalistenkollektiv
zu lesen, das seit zwanzig Jahren gemeinsam politische Hör-
funk-Features produziert – und das auch noch erfolgreich! Fünf
Journalisten, die jeden Text, der rausgeht, gemeinsam Korrektur
lesen. Die sich das Geld teilen, egal, wie viel der Einzelne ver-
dient. Ihr lebt ein Kollektiv, das längst wieder ausgestorben ist.
Ihr lebt eine Utopie. Und ich, der gern wüsste, wie so ein Kollektiv
über 20 lange Jahre funktioniert, werde enttäuscht. Ihr schreibt
nichts über Eure Schwierigkeiten: Keine privaten, keine
sonstigen Krisen und auch keine Entwicklung scheint es bei
Euch gegeben zu haben. Ihr wart vor 20 Jahren anscheinend
schon so, wie Ihr heute seid – schade eigentlich.

Wer diese Erwartungen nicht hat, dem sei dieses Buch aus-
drücklich empfohlen. Wir sehen darin, wie Standhaftigkeit funk-
tionieren kann. Wir lernen, dass Journalisten nicht alles machen
müssen. Zum Beispiel funktioniert es, sich als Moderator im
WDR zu weigern, Kriegsberichte anzuzugewandern ohne rauszufliegen.
Wir lesen Texte, die wir rundherum unterschreiben könnten.
Brillante politische Analysen und Kommentare zu zeitgenös-
sischen Fragen rund um den Kontinent: aus Kurdistan, den Phi-
lippinen und Glücksburg. Wir lesen, wie spannend Journalismus,
der sich dem Verhältnis zwischen erster und so genannter dritter
Welt widmet, auch über einen langen Zeitraum sein kann. Wir
konstatieren echte Anständigkeit und aufrechten Gang.

Glückwunsch an Euch: In diesen düsteren Zeiten für Freie, für
politisch denkende kritische Journalisten habt Ihr bis heute über-
lebt – und Ihr habt gut gelebt. Und vielleicht habt Ihr ja recht mit
Eurer klandestinen Herangehensweise an dieses wahrhaft seltene
Jubiläum einer zwanzigjähri-
gen Kollektivgeschichte im
Journalismus: Wer mag sich
heutzutage schon gern noch
auf den medialen Operations-
tisch legen – und dann auch
noch als linkes Journalisten-
kollektiv? Jörn Breinholz ■

Rheinisches
JournalistInnenbüro:

Widerworte -
Journalismus im Kollektiv,

Verlag Assoziation A,
Berlin Hamburg 2003,
160 Seiten,
12 Euro,
ISBN 3-935936-20-6



Foto: Heby Sachs / version

Reform des Urheberrechts verabschiedet

Der Bundestag hat am 11. April mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU/CSU und PDS gegen die FDP eine Novellierung des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) beschlossen. Mit dem „Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ werden die Urheberrecht-Richtlinie der Europäischen Union und zwei internationale Verträge der UN-Organisation für geistiges Eigentum WIPO in deutsches Recht umgesetzt (M9/2002).

Zuletzt hatte sich die Auseinandersetzung auf den neuen Paragraphen 52a UrhG konzentriert, mit dem das „Recht der öffentlichen Zugänglichmachung“ (z.B. in Intranets) von Werken in Unterricht und Forschung genehmigungsfrei – gegen Zahlung von Urhebervergütungen an Verwertungsgesellschaften – ermöglicht wird. Hiergegen hatten Wissenschaftsverlage eine Lobby- und Anzeigenkampagne entfacht. Im Ergebnis wurde dieses Recht stark eingeschränkt und bis Ende 2006 befristet. Der Börsenverein hat trotzdem eine Klage angekündigt.

Der eigentliche Kernkonflikt der Novellierung war in den letzten Monaten vor der Verabschiedung in den Hintergrund getreten. Dabei geht es um das Recht auf private Kopien. Dieses Recht wird durch die Gesetzesnovelle – von der IT-Industrie heftig kritisiert – auch auf digital verbreitete Inhalte ausgeweitet. Gleichzeitig können allerdings Produzenten digitaler Trägermedien die Ausübung dieses Rechts durch technische Schutzmaßnahmen – wie nun ebenfalls durch das Gesetz geregelt – stark begrenzen.

lü ■

Standort für Media School gefunden

Die Hamburg Media School (HMS) – eine public private Partnership aus Stadt und Medienwirtschaft – zieht in die Finkenau (siehe auch M5/2003). Dies geht aus einer Entscheidung des Hamburger Senates hervor, nach der die ehemalige Frauenklinik mit rund 14.000 Quadratmetern Nutzfläche in einem bundesweit einmaligen Projekt zu einem Medien- und Kunstcampus ausgebaut werden soll. „Die Finkenau bietet einfach großartige Perspektiven. Wie kaum ein anderes Gebäude ist sie architektonisch und geografisch der ideale Standort für den Aufbau unserer interdisziplinären Aufbaustudiengänge aus allen Bereichen der audiovisuellen Medien“, so HMS-Geschäftsführer Jan Henne De Dijn.

Der Start des ersten Studienganges an der HMS erfolgt voraussichtlich im Herbst 2003. Weitere Studiengänge, so etwa im Bereich „Film“ und „Nachrichten und Dokumentation“ sollen das Ausbildungsangebot noch 2004 erweitern. Voraussetzungen sind: Abgeschlossenes Hochschulstudium, Nachweis englischer Sprachkenntnisse (TOEFL-Test), Vollständig ausgefüllte Bewerbungsunterlagen (ab Mai 2003 über www.hamburgmediaschool.com abrufbar). Berufserfahrung mit medialem Bezug ist von Vorteil. Die Bewerbungsfrist beginnt am 1. Mai 2003 und endet voraussichtlich am 15. Juli 2003. Unter den Bewerbern werden insgesamt 100 Plätze für die Teilnahme an weiteren Eignungstests vergeben. 20 Kandidaten werden dann den ersten Studienjahrgang „Medienmanagement“ an der HMS darstellen.

Hamburg Media School
c/o Axel-Springer Haus
Axel Springer Platz 1, D-20350 Hamburg
www.hamburgmediaschool.com

Eindeutige Identifizierung der Opfer

„Kölner Express“ und „Bild-Zeitung“ für Bericht über Nachbarschaftskonflikt gerügt

Der Presserat rügte am 3. April die identifizierende Berichterstattung in zwei Fällen.

So hatte der „Kölner Express“ in einem Bericht über einen Nachbarschaftsstreit ein Foto veröffentlicht, auf dem ein beteiligtes Ehepaar trotz teilweiser Anonymisierung zumindest für die unmittelbare Nachbarschaft erkennbar blieb. Neben den Personen waren auch die Hausnummer und Teile ihres Hauses deutlich zu erkennen. Hierin sah der Beschwerdeausschuss eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts (Pressekodex Ziffer 8 in Verbindung mit Richtlinie 8.1) und rügte den „Kölner Express“ öffentlich. Die Überschrift des gerügten Berichts „Kölns gemeinste Nachbarn“ verletzte auch die Ehre der Betroffenen (Ziffer 9 des Pressekodex). Beanstandet wurden in dem Artikel außerdem Verletzungen der Sorgfaltspflichten (Ziffer 2 des Pressekodex).

Die „Bild-Zeitung“ erhielt eine nicht-öffentliche Rüge, da sie in zwei Berichten über den weitgehend aufgeklärten Mord an einem Rentner das Foto sowie den Vornamen und den abgekürzten Nachnamen des Opfers veröffentlicht hatte. Es gab jedoch aus Sicht des Beschwerdeausschusses keine ausreichende Begründung für die Identifizierung des Opfers. Mit der auf Aussagen des Täters gestützten Frage unter dem Foto des Opfers „War er zu sexgierig?“ verletzte die Veröffentlichung den Schutzanspruch des Betroffenen ein zweites Mal, noch dazu da sich der Betroffene gegen die Unterstellungen nicht mehr wehren kann.

Missbilligung für Schleichwerbung

Gegen zwei Zeitungen bzw. Zeitschriften sprach der Beschwerdeausschuss eine Missbilligung aus, weil sie den Grundsatz verletzt hatten, Werbung und redaktionelle Berichterstattung strikt zu trennen (Ziffer 7, Richtlinie 7.1 des Pressekodex). So hatte eine Zeitschrift eine redaktionell gestaltete Anzeige



Deutscher Presserat
E-Mail: info@presserat.de
www.presserat.de

nicht als solche kenntlich gemacht und somit eine Irreführung ihrer Leser in Kauf genommen. In dem zweiten Fall wurde in einem ausführlichen Bericht über alternative medizinische Heilmethoden an Stelle einer Marktinformation nur ein einziges Produkt genannt. Es fehlten jegliche Hinweise auf andere Hersteller und ihre Produkte. Damit lag Schleichwerbung (Richtlinie 7.2) vor.

Entlastendes weggelassen

Eine weitere Missbilligung erging gegen eine Tageszeitung, die über die geplante Neubesetzung eines Vorstandspostens in einer Aktiengesellschaft berichtet hatte. Bezüglich eines Kandidaten teilte die Zeitung mit, der Chefbuchhalter seines jetzigen Unternehmens habe den Kandidaten des Betrugs und der Veruntreuung beschuldigt. Daraufhin habe der Aufsichtsrat des Beschuldigten eine Untersuchung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und durch einen zweiten Experten angeordnet. Die Ergebnisse entlasteten den Betroffenen. In der Berichterstattung wurden sie jedoch nicht erwähnt. Mit dem Weglassen eines wichtigen Sachverhalts verletzte die Redaktion die journalistischen Sorgfaltspflichten nach Ziffer 2 des Pressekodex.

Neben den zwei Rügen sprach der Beschwerdeausschuss sieben Missbilligungen und neun Hinweise aus. Sieben Beschwerden wurden als unbegründet abgelehnt, in einem Fall wurde das Verfahren eingestellt. ■

Die ehrliche Haut mit der Stehleiter

Als ein Foto von Jürgen Henschel die Republik erschütterte

Der Tod von Benno Ohnesorg, der am 2. Juni 1967 durch die Kugel des Polizisten Karl-Heinz Kurras am Rande einer Demonstration gegen den Besuch des Schah

von Persien in West-Berlin starb, war der Funke, der die Studentenrevolte entfachte. Das Foto des sterbenden Studenten, aufgenommen von Jürgen Henschel, wurde unzählige Male veröffentlicht.

In seiner Wirkung auf die Protestbewegung in der Bundesrepublik war das Foto durchaus vergleichbar mit den rund zweieinhalb Jahre später veröffentlichten Bildern von Ronald Haerberle über das Massaker der US-Marines im Dorf My Lai in Vietnam, wo die USA mit chemischen Massenvernichtungswaffen erklärtermaßen ein ganzes Volk in die Steinzeit zurück bomben wollten. Ebenso bekannt wie das Foto von Jürgen Henschel sind inzwischen die Geschichten von Friederike Dollinger, die auf dem Foto den Kopf von Benno Ohnesorg hält und von Helga Haas, die, auf derselben Demonstration von einem Polizisten blutig geschlagen, auf einem anderen Bild von Jürgen Henschel zu sehen ist. Doch wer ist Jürgen Henschel?

Instinktiv abgedrückt

In dem von Guido Knopp 1994 herausgegebenen Buch: „Die großen Fotos des Jahrhunderts – Bilder, die Geschichte machten“, sieht man ein paar Seiten nach dem berühmten Ohnesorg-Bild, Jürgen Henschel in Aktion, eingehüllt von Rauchschwaden, während des Straßenkampfes am Vormittag des 2. Juni 1967 vor dem Rathaus Schöneberg. Dass ihm gegen 20.30 Uhr des selben Tages neben der Deutschen Oper das bekannte Foto gelang, hat natürlich viel mit dem Zufall zu tun, zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zu sein. „Ich wusste in dem Moment gar nicht, was da passiert war. Ich habe instinktiv abgedrückt. Erst am nächsten Morgen hörte ich in den Nachrichten, dass es einen Toten gegeben hat“, erinnert sich der heute 79-jährige Henschel. Zwei Tage später erschien das

Foto dann zum ersten Mal in der „Wahrheit“, die zu dieser Zeit nur vier Mal in der Woche heraus kam.

Geboren wurde Jürgen Henschel 1923 in Berlin. Nach Einsätzen im Zweiten Weltkrieg in Griechenland und der Ukraine verbrachte der gelernte Landwirt vier Jahre in sowjetischer Gefangenschaft, wo ihn Antifa-Schulungen zum Sozialisten machten. Als Henschel 1949 nach Berlin zurück kam, fand er bald bei der DDR-eigenen Reichsbahn in West-Berlin eine Anstellung als Hilfsschlosser. Durch sein Hobby, die Fotografie, kam er schließlich im Frühjahr 1967 zur Parteizeitung des West-Berliner SED-Ablegers SED/W, später SEW, „Die Wahrheit“, deren fest angestellter Fotograf er bis zu seiner Rente im Jahre 1988 blieb. Daneben hat Jürgen Henschel, der 1950 in die ÖTV eintrat und 1967 zur dju wechselte, immer wieder für Gewerkschaftsmedien fotografiert, vor allem für die von DPG, ÖTV, HBV und IG Metall. Dass er Fotos auch an die Gewerkschaften verkauft habe, sei der Verlagsleitung anfänglich gar nicht recht gewesen, erinnert sich Henschel. Mit dem Hinweis auf das „Wahrheit“-Minigehalt, das in etwa mit dem Entgelt der „taz“ vergleichbar war, habe er sich aber gegen die Verlagsleitung, die seinen Nebenverdienst einkassieren wollte, durchgesetzt.

Besonders im West-Berlin der siebziger und achtziger Jahre, die geprägt waren durch die Blockkon-

frontation des Kalten Krieges, war Jürgen Henschel in doppeltem Sinne ein herausragender Fotograf. Stadtbekannt wurde er durch seine große Stehleiter, die er zu jeder der zahlreichen Demonstrationen jener Zeit mitschleppte, um sich eine günstige Perspektive zu verschaffen. Paul Glaser (62), seit über 25 Jahren als freier Fotoreporter in Berlin unterwegs und dort heute einer der bekanntesten seiner Zunft, sagt, auch ihm habe die Leiter damals hin und wieder wertvolle Dienste geleistet.

Was Besonderes

Ideologische Differenzen, so Glaser, der viel für die SPD und ihr nahe stehende Medien arbeitet, hätten unter Fotografen nie eine Rolle gespielt. Er habe auch keine Probleme gehabt, der „Wahrheit“ Fotos zu liefern. Als „ehrlische Haut und bodenständigen, sauberen Handwerker, der sich wohlthuend abhob vom dubiosen Dunstkreis der damaligen Fotojournalisten“ hat Michael Ruetz Jürgen Henschel erlebt. „Jürgen war verheiratet und lebte mit Frau und Kindern zusammen. Das war in Studentenkreisen damals nicht üblich und was Besonderes.“ Der ehemalige Sinologie-Student Ruetz, der wie Henschel und Glaser als Quereinsteiger zur Fotografie kam und direkt von der Uni weg als Fotograf zum „Stern“ ging, ist heute Professor für Fotografie an der Hochschule für Bildende Künste in



Foto: Mathias Thurm / transit

Jürgen Henschel damals und heute. Die Schwarz-Weiß-Aufnahme, ein Geschenk von Michael Ruetz, zeigt den Fotografen Ende der sechziger Jahre mit seiner Exa, mit der auch das Ohnesorg-Foto entstanden ist.

2. Juni 1967 Benno Ohnesorg brach von einer Kugel getroffen zusammen. Friederike Dollinger versucht zu helfen. Der Todesschütze Karl-Heinz Kurras wurde in einem Gerichtsprozess freigesprochen.



Foto: Jürgen Henschel

Braunschweig. Er machte sich vor allem durch Fotos der Studentenbewegung einen Namen.

Henschel suchte seine Themen dagegen mehr in der Arbeitswelt. Da er als „Wahrheit“-Fotograf bekannt war, ließen die Betriebe den „Klassenfeind“ jedoch oft abblitzen. So nutzte er schon mal einen Tag der offenen Tür, um Menschen am Arbeitsplatz abzulichten oder suchte sich seine Motive auf der Straße.

Und wo andere auf die offizielle Einladung der Pressestelle warteten, profitierte Henschel von seinem kurzen Draht zu Betriebs- und Personalräten. Als am 6. November 1980 bei Schering im Wedding

durch eine Explosion zwei Arbeiter ums Leben kamen, war er mit seiner Kamera zur Stelle, als die Toten auf der Bahre abtransportiert wurden. Noch heute zieht Jürgen Henschel gelegentlich mit einer Kamera los, auch wenn die schwere Nikon F 3, bei der inzwischen mehr blankes Metall, als schwarze Farbe zu sehen ist, dabei meist zu Hause bleibt. Pflichttermine sind für ihn immer noch der 1. Mai und die Gedenkfeiern zur Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, jedes Jahr im Januar: „Warum ich fotografiere? Ich weiß es nicht, ich muss es einfach tun.“

Mathias Thurm ■



Helga Haas,
blutig geschlagen von
Polizeiknüppeln

Schweigen im Walde

Bundestagsbeschluss zu GATS einfach übergegangen

Nicht nur im Zusammenhang mit Kriegen bleibt die Wahrheit immer wieder auf der Strecke. Beim Krieg gegen den Irak war es schwer und häufig unmöglich, ein objektives Bild zu zeichnen: Ein Bericht über einen vergleichsweise einfachen Vorgang wie einen Bundestagsbeschluss, möchte man annehmen, sei gewährleistet. Keineswegs immer, wie sich unlängst zeigte.

Der Bundestag faßte im März einen Beschluss zu einem höchst brisanten und extrem weitreichenden internationalen Handelsabkommen. Das Parlament zog sozusagen die Notbremse, als es seine Beschlussfassung zu den Vorschlägen der EU-Kommission (Initial Draft Offer) zum Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement and Trade in Services) zurückstellte. Erst, so der Beschluss, müßten eine Reihe „schwerwiegender Bedenken“ und Unklarheiten – u.a. durch Anhörung von Sachverständigen – ausgeräumt werden. Das GATS strebt für die WTO-Mitgliedstaaten Marktöffnungen in zahlreichen Dienstleistungsbereichen an, darunter Wasserversorgung, Energie, Hochschulbildung, Tourismus, Versicherungen und Banken. Befürchtet wird u.a., dass durch das Fehlen einer Definition der öffentlichen Daseinsvorsorge die Sicherung dieser Vorsorge nach den Vorstellungen des Bundestags gefährdet wird und dass ausländische Dienstleistungsunternehmen eigenes Personal in Deutschland arbeiten lassen könnten.

Zeitungsleser erfuhren von dem Parlamentsbeschluss und den ihm zugrundeliegenden „schweren Be-

denken“ aus den Zeitungen erstaunlicherweise erst einmal gar nichts: Weder „Süddeutsche Zeitung“ noch „FAZ“, „Frankfurter Rundschau“, „Handelsblatt“ oder auch das „Neue Deutschland“ verloren auch nur eine Silbe darüber. Nehmen überregionale Tageszeitungen nicht eigentlich in Anspruch, eine Chronistenpflicht für ihre Leser zu erfüllen?

Die erste Zeitung, die später in einem Dreispalter auf den Inhalt des Beschlusses einging, war die Berliner „taz“. Wenngleich sie schamvoll verschwieg, dass der Beschluss zwölf Tage zurücklag. Erst danach erwähnten einige andere, u.a. die „Frankfurter Rundschau“ und das „Neue Deutschland“, den Beschluss kurz.

Nachrichtenagentur für Auswahl verantwortlich

Dass die Berichterstattung über eine Angelegenheit solcher Tragweite so überaus dürftig ausfiel – inzwischen ist bei einem Bundestags-Hearing die Brisanz noch deutlicher zu Tage getreten – lässt sich zu einem Teil mit technischen Gründen erklären. Die Abstimmung im Parlament fand erst abends nach 21 Uhr statt, als die meisten Journalisten nicht mehr anwesend waren (auch wenn der Tagesordnungspunkt morgens bekanntgegeben worden war). Von umso größerer Bedeutung ist in solchen Situationen die Rolle der Nachrichtenagenturen. In diesem Fall berichteten jedoch weder die Deutsche Presse Agentur noch Associated Press, Reuters oder ddp. Dadurch erfuhren Zeitungsredak-

tionen auch nachträglich am nächsten Morgen nichts von dem Parlamentsbeschluss und konnten so auch nicht eigene Korrespondenten nachhaken lassen.

Höchst erstaunlich ist, dass dpa das Weglassen der Bundestagsentscheidung auch nachträglich nicht als einen Fehler betrachtet. Ihr stellvertretender Chefredakteur Harold Bojunga erklärte, er halte das Auslassen an diesem Tag auch nachträglich „für völlig richtig“. Gegenüber dem „Kritischen Tagebuch“ des WDR begründete er dies mit einer besonderen Themenfülle an jenem Tag. Man müsse nun einmal Prioritäten setzen, und da seien die GATS-Verhandlungen dann doch „relativ weit weg“.

Ganz anders die Beurteilung der dju. Für Renée Möhler, Sprecherin des dju-Bundesvorstandes, ist die fehlende Berichterstattung über den GATS-Beschluss nicht nachzuvollziehen. „Solche Unterlassungssünden sorgen letztendlich dafür, dass der breiten Öffentlichkeit wichtige, sie betreffende Themen, nicht zugänglich gemacht werden.“ In den meisten Fällen seien zeitliche Engpässe, fehlendes Personal und Programmentscheidungen für solche „zensurartigen Eingriffe“ verantwortlich. Den Nachrichtenagenturen kommt nach Ansicht von Renée Möhler beim sorgfältigen Umgang bei der Nachrichtenauswahl eine besondere Rolle zu, weil sie eine Vorselektierung für Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen träfen. Diese seien damit jedoch nicht aus ihrer eigenverantwortlichen Auswahl entlassen.

Rolf-Henning Hintze ■

Montierte Wahrheiten

Deutsch-polnischer Reportageworkshop in Oswiecim / Auschwitz

„Arbeit macht frei“ – der Eingang ins Konzentrationslager

In der Stadt, die seit dem 2. Weltkrieg ein Synonym für Gräueltaten ist, treffen sich im Frühjahr 2003 zehn deutsche und zehn polnische junge Journalisten und Studenten, um in den Archiven zu recherchieren. Um zu „montieren“. Die Warschauer Universität und die Internationale Jugendbegegnungsstätte haben ein Pilotprojekt gestartet. Ein Reportageworkshop in Oswiecim, zu deutsch: Auschwitz.

In den Archiven des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau in Oswiecim gibt es bunte Schnellhefter, die in vielen Stapeln auf den Tisch gelegt werden. Darin sind Berichte und Zeugenaussagen von ehemaligen Lagerhäftlingen von Auschwitz. Ziel der Workshopteil-



nehmer ist, eine Chronik über Geschehnisse in dem Konzentrationslager zu erstellen. Die Methode dazu bringt der Journalist und Dozent der Warschauer Universität, Marek Miller, in die 48 000 Seelen Stadt Oswiecim mit. Mit Hilfe der Montagetechnik soll das heikle Thema der Schicksale in den Konzentrationslagern Auschwitz-Birkenau und im Stammlager behandelt werden. „Die experimentelle und neue Erzählweise und Dramaturgie verursacht, dass das Ergebnis die Merkmale einer epischen Erzäh-

lung besitzt und gleichzeitig als historisches Dokument aufzufassen ist“, sagt Marek Miller und erklärt weiter: „Wir suchen Aussagen von verschiedensten Leuten und verschiedenen Standpunkten zu einem speziellen Thema und bringen diese in eine chronologisch und inhaltlich richtige Reihenfolge. Aus den verschiedenen Zitaten ergibt sich dann wie ein Puzzle das gesamte Bild. Die einzelnen Berichte der Insassen werden aneinandergereiht und weder von einer Einführung noch von einem Kommentarwort begleitet. „Das Ergebnis des Workshops wird eine deutsch-polnische Reportage-Chronik.

Beispiel für die Montagetechnik

Kindergarten im Familienlager der Sinti und Roma in Auschwitz

Helena Kubica: „Etwas für die Verhältnisse von Auschwitz-Birkenau völlig Außergewöhnliches waren der im Familienlager eingerichtete Kindergarten und die Schule für ältere Kinder. Die Kleinsten lernten Lieder oder Gedichte und spielten mit Spielsachen während die Sechs- bis Zehnjährigen in drei Arbeitsgruppen unterteilt, dem Lehrplan entsprechend unterrichtet wurden.“

Lucie Adelsberger: „Wie es sich fuer einen Spielplatz gehört, hatte er ein Schaukelkarussell und allerhand Turnergeräte, Ringe, Barren und einen Holzsaun ohne Stacheldraht. Grundsätzlich hat sich der Kinderblock im Zigeunerlager von den anderen nicht unterschieden. Der Anblick der kleinen Häftlinge drückte ans Herz. Die Kinder, so wie Erwachsene, sahen wie Skelette aus, ohne Muskeln und Fett, nur eine wie Pergament dünne Haut bedeckte das Knochen skelett, oft entzündet von faulenden Wunden.“

Alfred Friedrich: „Ich habe die tote Schwester hingelegt und wollte weggehen. Da kam einer und hat ihr noch einen Tritt gegeben (...) Und in dem Schuppen ein Berg von Leichen, vor allem Kinderleichen, und dazwischen Ratten.“

Samij Mudianow: „Wir Kinder mussten in Gruppen von 15–20 Mann arbeiten. Wir zogen beladene Wagen – meist brachten wir Leichen in einen besonderen Block, von dem aus sie in Krematorium abgeholt wurden. (...)“

Lucie Adelsberger: „Vor Hunger und Durst, Kälte und Schmerzen kamen die Kinder auch nachts nicht zur Ruhe. Ihr Stöhnen schwoll orkanartig an und hallte im ganzen Block wieder, bis sie erschöpft nachließen und nach kurzer Pause zu neuem Crescendo ansetzten.“

Elisabeth Schneck: „Meine jüngere Schwester Renate Schneck verhungerte im Familienlager von Birkenau.“

Elisabeth Guttenberger: „Zuerst starben die Kinder. Tag und Nacht weinten sie nach Brot; bald waren sie alle verhungert ... Auch die Kinder, die in Auschwitz zur Welt gebracht wurden, haben nicht lange gelebt.“

Helena Kubica: „Wie aus einer Analyse der Angaben in den erhaltenen, in diesem Lager geführten Karteien hervorgeht, gab s unter den nahezu 21 000 registrierten Zigeunern über 11 000 Kinder und Jugendliche, darunter mehr als 9 430 Kinder bis zu 14 Jahren. Unter letzteren wurden 378 im Lager geboren. Nach Ablauf des von den Behörden des Dritten Reiches festgelegten Zeitraums, als das Familienlager seine verschleiernde und propagandistische Rolle erfüllt hatte, wurde es im Juli 1944 aufgelöst; und die meisten Häftlinge, darunter die Kinder, brachte man in den Gaskammern um.“

Ein mulmiges Gefühl

Die Montagetechnik ist in den achtziger Jahren in der Reportagewerkstatt der Warschauer Universität entstanden. Marek Miller sieht sie als eine Art journalistisches Labor, in der die Teilnehmer neue, experimentelle Wege in journalistischen Techniken erproben.

Der neuntägige Workshop beginnt mit ausführlichen Führungen durch die beiden Konzentrationslager, das Stammlager und Auschwitz-Birkenau. In Block 24 des ehemaligen Stammlagers sind heute die Archive, die Verwaltung und zum Teil die Bibliothek untergebracht. Ein mulmiges Gefühl bemächtigt sich der Gruppe, die sich vorstellt in den nächsten Tagen dort zu arbeiten, wo damals ... Aber erst werden die Wege abgegangen, über die die Menschen in den Tod getrieben wurden und die Baracken angesehen, in denen bis zu 1 000 Menschen geschlafen haben. „Vorher war Auschwitz und die 1,6 Millionen getöteten Menschen nur eine schreckliche Zahl. Jetzt fange ich an, das Gesamtbild zu begreifen“, sagt Steffi aus Köln.

Für die Führungen durch die Lager wird die Gruppe getrennt – in eine polnische und eine deutsche Gruppe. Bei der reinen Archivarbeit bleibt das auch so, aus praktischen

Gründen – die Archive sind nach Sprachen sortiert. Das ist übrigens einer der wenigen Punkte, die nach Ende des Workshops als verbesserungswürdig gesehen werden. Die Gruppen hätten lieber gemischt gearbeitet, mit je einem polnischen und einem deutschen Teilnehmer zu einem Thema.

Gemeinsame Lieder in der jeweiligen Sprache

Berührungsgängste innerhalb der Gruppe gibt es kaum. Bei dem ersten gemeinsamen Mittagessen hört man abwechselnd auf polnisch, deutsch oder englisch: „Wie heißt Du?“. Und als beim abendlichen

Kneipenbesuch die polnischen Teilnehmer das Bier für die Deutschen bestellen, werden die ersten Kontakte vertieft.

Viel Freizeit gibt es nicht bei einem Programm, das morgens um acht mit Frühstück startet und abends oft bis 22 Uhr geht. Vormittags Archivarbeit, nachmittags Gespräche zu den einzelnen Themen, Gruppendiskussionen oder individuelle Forschungen, abends Zeitzeugengespräche oder das Vorbereiten der Montagetexte. Trotzdem sind die Abende die ungekrönten Höhepunkte des Reportageworkshops. Lieder können bald gemeinsam in der jeweiligen Sprache gesungen werden.

Am letzten Tag steht Krakau auf dem Plan. Eine Stadtführung durch das jüdische Viertel Kazimierz, die Universität, das Wawel Schloss und den berühmten Marktplatz mit den Tuchhallen zeigt, wie schön das „Florenz des Ostens“ ist. Der traurige Beigeschmack kommt von dem nahenden Abschied der Gruppe. E-Mail-Adressen und Telefonnummern werden getauscht, dann müssen die ersten zum Zug. Aber alle sind sich sicher: Wir sehen uns wieder, spätestens im kommenden November, wenn in München „unsere“ Chronik „Europa nach Auschwitz“ präsentiert wird.

Jennifer Bligh ■

Eigenständigkeit bedroht

Bremer Rechnungshof für ARD-Finanzreform

Der Bremer Landesrechnungshof fordert eine „grundlegende Reform“ des ARD-internen Finanzausgleichs. Anderenfalls wäre „die Eigenständigkeit Radio Bremens (RB) ernsthaft bedroht“, schreiben die Rechnungsprüfer in einem Sonderprüfbericht über die Finanzlage des kleinsten ARD-Senders.

Bekanntlich hatte die Ministerpräsidentenkonferenz 1999 beschlossen, den ARD-Finanzausgleich bis Ende 2005 schrittweise zu halbieren. RB verliert dadurch gut ein Viertel seiner Einnahmen. Die Anstalt rationalisiert deshalb „weit über dem Durchschnitt aller übrigen Landesrundfunkanstalten“, wie der Rechnungshof feststellt.

Dennoch werde die Finanzsituation auch nach Abschluss des internen Spar- und Umstrukturierungs-

programms im Jahr 2006 „besorgniserregend“ sein, meint die Behörde. Obwohl der Sender für die rationelle Zusammenlegung seiner beiden Standorte eine ARD-Strukturhilfe erhalte, drohe ihm 2006 eine Deckungslücke von acht Millionen und 2008 bereits von 13 Millionen Euro. Zugleich werde er bis dahin alle Finanzreserven verbraucht haben.

Angesichts dieser Lage hilft nach Ansicht des Rechnungshofes nur noch eine grundlegende Finanzreform, die den von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) anerkannten Finanzbedarf der kleineren Anstalten sichert. Die größeren Sender müssten also mehr an RB (und auch an den Saarländischen Rundfunk) abführen. Bisher verdie-

nen sie laut Prüfbericht am Finanzausgleich: Die KEF habe für 2001 bis 2004 bei RB einen „gebührenfähigen Aufwand“ von 364 Millionen Euro anerkannt und in die Berechnung der Rundfunkgebühren einfließen lassen. Der kleine Sender nehme in seiner Region aber nur 157 Millionen Euro an Gebühren ein. Die restlichen ihm eigentlich zustehenden 207 Gebühren-Millionen würden zunächst von den anderen Anstalten einkassiert und über den Finanzausgleich an RB abgeführt – aber seit der Reduzierung nur noch in Höhe von 135 Millionen Euro, so dass die anderen Sender in der laufenden Gebührenperiode 72 Millionen Euro für sich behielten.

Eckhard Stengel ■

Was ist ein Beschluss wert?

„Resignation und Jammern nutzen nichts“ in M 4/2003

Tarifabschlüsse für Feste sollen erst dann unterschrieben werden, „wenn auch gleichzeitig angemessene Tarifanpassungen für Freie ausgehandelt wurden“, hat die Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen, wie im o.g. Beitrag zu entnehmen ist.

Doch was „angemessen“ ist, darüber ließe sich vortrefflich streiten. Meines Erachtens sind 2,1 Prozent mehr Gehalt für Feste für Freie lange nicht angemessen. Wenn nun aber – wie im jüngsten Abschluß – Feste ab 1. Dezember 2002 mehr Gehalt bekommen und Freie den gleichen Prozentsatz auf das sowie schon lächerliche Honorar erst vier Monate später, dann treibt mir das die Zornesröte ins Gesicht! Wenn wir es nicht schaffen, unsere Kolleginnen und Kollegen für anständige Tarifabschlüsse zu mobilisieren, dann sollten wir uns auch den Unfug mit Beschlüssen sparen. Mobilisierung lässt sich nicht über

„die Beschlußlage“ herstellen! Wie wir aber diese Mobilisierung – das Herzstück einer jeden Gewerkschaft – herstellen, darüber lese ich in der Berichterstattung über die Bundesdelegiertenkonferenz nur Platitüten: „Mehr Unterstützung anderer Fachgruppen oder sogar der ganzen Gewerkschaft“ sind ein frommer Wunsch. Solange wir – die Journalistinnen und Journalisten, ob Feste oder Freie – es nicht schaffen, Solidarität im Berufsstand herzustellen, kann der große Vorsitzende noch so hektisch mit der roten Fahne winken und die Faust ballen, es wird nichts nutzen. ...

Günter Frech, Berlin

Institut für Journalismusforschung gegründet

Leipzig. Die Qualitätssicherung in der schreibenden Zunft hat sich das bundesweit erste Institut für Praktische Journalismusforschung in Leipzig zur Aufgabe gemacht. Träger sind die Universität Leipzig und die Medienstiftung der Leipziger Sparkasse. „Vordringlich wollen wir den Zeitungsredaktionen praktisch nutzbare Erkenntnisse zur Verfügung stellen“, erklärte Institutsleiter Prof. Michael Haller am Donnerstag in der Messestadt. Er ist auch Inhaber des Lehrstuhls für Journalistik an der Universität Leipzig.

Wir freuen uns über Briefe. Vor allem über kurze. Wir wollen möglichst viele zu möglichst vielen Themen. Deswegen müssen wir manchmal Leserbriefe kürzen. Wir bitten um Verständnis.

E-Mail:
Karin.Wenk@verdi.de
Fax: 030 / 69 56 36 76

Anschrift der Redaktion:
siehe Impressum
Seite 34



Foto: Jens Schicke

Zwischen rechtsextrem und rechts

Tutzinger Medientage: Rechtspopulisten und ihre mediale Inszenierung

Abschlusskundgebung der Partei Rechtsstaatliche Offensive, mit dem Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg, Ronald B. Schill, in Berlin, Alexanderplatz, am 20. September 2002

Rechtspopulisten sind erfolgreich. Silvio Berlusconi in Italien, Jörg Haider mit seiner FPÖ. Dass Le Pen in Frankreich nicht Präsident wurde, verdankt er nur einem breiten politischen Bündnis, das seine Wahl verhinderte. Pim Fortuyn schaffte es auf Anhieb, so populär wie kein anderer Politiker in den Niederlanden zu werden. Möllemanns oder Schills politische Erfolge in Deutschland nehmen sich vergleichsweise bescheiden aus. Aber auch ihnen, vor allem Möllemann, gelang es, in den Medien Themen zu setzen.

Wer sind diese „neuen Verführer“? Wie agieren sie politisch? Worauf beruhen ihre Erfolge und welche Rolle spielen hierbei die Medien? Das sind Fragen, auf die auch auf den diesjährigen Tutzinger Medientagen im April Antworten gesucht wurden.

Antidemokratisch, rassistisch, antisemitisch: das sind Begriffe, die sich nahtlos mit dem Begriff ‚rechtsextremistisch‘ verbinden. ‚Rechtspopulismus‘ lässt sich weniger leicht einordnen, zumal seine Protagonisten durchaus unterschied-

lich auftreten. Dennoch sieht ihn der Politologe Lars Peter Rensmann, lediglich als „eine salonfähigere Spielart des Rechtsextremismus“. Er „steht und fällt mit dem Guru an der Spitze“. Rechtspopulisten mobilisieren in der Bevölkerung latent vorhandene Ressentiments, sie bekämpfen ‚das Establishment‘, geben sich als ‚Tabubrecher‘ und sagen, was das Volk in Wirklichkeit denkt‘. Hierbei sind sie sehr wohl in der Lage, auf unterschiedliche Bedürfnisse und Problemlagen einzugehen. Sie nötigen nicht zum radikalen Bruch mit dem politischen System, sondern demonstrieren sich als „echte Demokraten“. So gelingt es ihnen, sich differenzierter und flexibler zu geben als in ihre Ideologie verbissene Rechtsextreme.

Nationalpopuläres Themen-Gemisch

Medien dienen ihnen zur Selbstinszenierung und als Plattform ihrer Politik, die sie auch wirksam verkaufen können, wenn es ihnen gelingt, sich als Medienopfer darzustellen. Rechtspopulisten sind Produkte von Medienmacht, die ihnen im ‚Idealfall‘ selbst gehört.

Berlusconi zum Beispiel beherrscht den italienischen Medienmarkt. Ihm gehören nahezu alle privat-kommerziellen Fernsehsender, wichtige Zeitungen, die größte Werbeagentur, die größte Kinokette. Seine Regierung vereinigt die rechtsten Kräfte Italiens, einschließlich der Neofaschisten. In seiner Doppelfunktion: Ministerpräsident und Medienmogul, ist er inzwischen dabei, sich die Justiz gefügig zu machen, demokratische Rechte einzuschränken und das

öffentliche Fernsehen, RAI, nach seinen Vorstellungen umzustrukturieren. „Entpolitisierung“, so die Journalistin Birgit Schönau „ist das entscheidende Stichwort zu Italien und seinen Medien“. Berlusconis Rechtspopulismus setzt nicht auf Ausgrenzung, sondern auf gesellschaftlichen Konsens. Er regiert Italien wie ein charismatischer Chef seine Firma, medial abgesichert durch Personenkult und Hofberichterstattung. Rechtsextremismus und andere gesellschaftliche Probleme werden vom Fernsehen weitgehend ignoriert, Berlusconis Missachtung demokratischer Institutionen, insbesondere der Justiz, dagegen latent gestützt. Fundierte politische Berichterstattung ist einem nationalpopulären Themen-Gemisch gewichen, das vor allem in den täglichen Talkshows seine entpolitisierende Wirkung entfalten kann.

Rechtspopulisten setzen unterschiedliche Schwerpunkte, sie alle aber bereiten den Boden, auf dem rechtsextremistisches Gedankengut gedeihen kann. Pim Fortuyn, der schwule Dandy mit Nadelstreifenanzug und Schosshündchen, hetzte gegen den Islam und forderte Umerziehungslager für ausländische Kriminelle. Möllemann gibt sich als Anwalt der Palästinenser und reaktiviert zugleich antisemitische Vorurteile. Haider verharmlost die NS-Vergangenheit, unter die ‚endlich‘ ein Schlussstrich zu ziehen sei.

Nach gängigem Muster

Durch medial gestützte Selbstinszenierung und agenda setting gelingt es Rechtspopulisten weit mehr als nach gängigem Muster auftretenden Rechtsextremisten, Diskursgrenzen neu zu bestimmen und politisch Einfluss zu nehmen – so wird der Begriff ‚Sozialschmarotzer‘ schon in seriösen Medien verwendet. Es gelingt, das demokratische Parteiengefüge aufzuweichen (Regierungskoalitionen mit Rechtspopulisten sind kein Tabu mehr), Nationalismus (‚stolz sein, ein Deutscher zu sein‘) und Xenophobie (‚es gibt zu viele Ausländer‘) als ‚normal‘ zu etablieren. Sie schaffen es, in anderen Parteien die Bereitschaft zu fördern, rechtsextremistische Themen lieber selbst aufzugreifen wie im Falle Roland Kochs Wahlkampf-Umfrage gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und die politische Kultur mit antidemokratischen Begriffen wie „Leitkultur“ auszuhöhlen. Rechtspopulisten treten anders auf als Rechtsextremisten. Sie sind flexibler, wirken moderner, interessanter, vielleicht sogar sympathischer. Weniger gefährlich sind sie nicht.

Christina Oberst-Hundt ■

Internetsperrung

Ende vom Traum eines freien Kommunikationsnetzes?

Das Vorgehen des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Jürgen Büssow (SPD), die Internet-Zugangsanbieter in Nordrhein-Westfalen zu verpflichten, Seite mit rechtsextremen Inhalten zu sperren, erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Nach dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) hat sich jetzt auch Bundespräsident Johannes Rau dafür ausgesprochen, das Modell auch in anderen Bundesländern anzuwenden.

Büssow beruft sich auf den Mediendienste-Staatsvertrag, für dessen Überwachung in Nordrhein-Westfalen die Bezirksregierung Düsseldorf zuständig ist. Seine „Sperrverfügung“ richtet sich gegen zwei rechtsextreme Seiten, die in den USA ins Netz gestellt sind, stormfront.org und nazi-lauck-nsdapao.com. In Nordrhein-Westfalen sollen die Seiten in Zukunft nicht mehr einsehbar sein, Ausnahmen gelten für Hochschulen „zu Zwecken der Wissenschaft, Forschung oder Lehre“, wobei auch hier die Nutzungsmöglichkeiten „durch geeignete technische Maßnahmen zeitlich und räumlich“ begrenzt werden müssten.

Nur ein Vorwand

Von den angeschriebenen 76 Providern haben allerdings nicht alle die Anordnung befolgt. 16 zogen vor Gericht. Auch Computeraktivisten und Bürgerrechtler sind empört, da sie befürchten, dass Rechtsextremismus „nur Vorwand“ für Internet-Zensur sein könnte. „Letztendlich wäre dies das Ende des Internets wie wir es kennen, das Ende vom Traum eines freien Kommunikationsnetzes“, befürchtet die „Initiative für ein freies Internet. Plattform zur Veranstaltung von Online-Demonstrationen“ (ODEM). „Ein grundsätzlich gefiltertes Internet für alle Bürger war bisher nur in diktatorischen Staaten üblich“, kritisiert der Chaos Computer Club (CCC). Die Kritiker verweisen auf Länder wie Saudi-Arabien, wo – übrigens mit technischer Hilfe aus Deutschland – Seiten gesperrt werden, die den Machthabern in Riad nicht genehm sind.

ODEM sieht das Internet eher als Kommunikationsmittel denn als Medium, vergleichbar eher mit Post und Telefon als mit Rundfunk oder Fernsehen. „Mit Filtersystemen wird nicht gegen die Urheber illega-

ler Inhalte vorgegangen, sondern unmittelbar in die neutrale technische Infrastruktur der Kommunikation selbst eingegriffen.“ Zudem stellen providerseitige Filtersysteme nach Ansicht von ODEM „unangemessene Eingriffe“ in das Grundrecht auf Informationsfreiheit dar. Die Kritiker verweisen auf Art. 5, Abs. 1 des Grundgesetzes (GG), wonach jeder das Recht hat, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“.

Staat muss Flagge zeigen

Von zulässiger Einschränkung der Informationsfreiheit nach Art. 5 Abs. 2 GG, aus dem der Mediendienste-Staatsvertrag begründet wird, spricht dagegen die Bezirksregierung. „Es gibt keinen Anspruch der Nutzer auf Empfang unzulässiger Angebote“, heißt es in der Sperrverfügung. Jörg Schütte von der Bezirksregierung Düsseldorf weist deshalb auch den Vorwurf der Zensur zurück. „Eine Meinungsäußerung im Internet ist nicht von unserer Genehmigung abhängig“, sagt er. Es gehe nur darum, rechtsextreme Inhalte, die ja auch in Zeitungen oder Büchern verboten seien, auch nicht im Internet zu erlauben.

Ob sich das Internet allerdings so einfach unter Kontrolle bringen lässt wie der Büchermarkt, ist fraglich. Gesperrte Inhalte lassen sich schnell auf anderen Seiten unterbringen, so dass das Sperren schnell zu einem Kampf gegen Windmühlen werden könnte. Doch das stört die Bezirksregierung nicht. „Der Staat muss Flagge zeigen“, sagt Schütte. Die Polizei verfolge ja auch Straftaten, obwohl sie wisse, dass morgen wieder welche begangen würden. Im Gegensatz zu den Kritikern sieht die Bezirksregierung das Internet als „Mediendienst“ an. „Die Angebote sind Angebote an die Allgemeinheit“, bekräftigt Schütte.

Billigung durch Gerichte

Das Vorgehen der Bezirksregierung wird auch von immer mehr Gerichten gebilligt. Zuletzt hat das höchste Gericht des Landes, das Oberverwaltungsgericht Münster, Ende März die Sperrverfügung als verhältnismäßig und „Schritt in die richtige Richtung“ gebilligt. „Ein entscheidender Schritt“, sagt Schütte. Denn das Gericht hat festgestellt, dass die Anwendung des Mediendienste-Staatsvertrag als Rechts-

grundlage für die Sperrverfügung korrekt und die Inhalte der zu sperrenden Internetseiten strafbar seien.

„Wir hoffen, dass jetzt auch andere Länder nachziehen“, sagt Schütte. Der Verband der deutschen Internetwirtschaft, das Electronic Commerce Forum (eco), warnte dagegen davor, den Beschluss des OVG Münster „als politische Bestätigung der umstrittenen Vorgehensweise der Düsseldorfer Bezirksregierung“ zu sehen. Der eco-Verband kündigte an, dass die Internetwirtschaft die Rechtmäßigkeit der Sperrung „wegen seiner grundlegenden Bedeutung höchst richterlich“ geklärt sehen will.

Dirk Eckert ■

Schadenersatz wegen Verletzung von Urheberrechten

Extra Honorar für Archiv-CD-ROM

In einem rechtskräftigen Urteil des Landgerichts Köln (Az 28 O 637/01) wurde die taz Verlags- und Vertriebs GmbH und die Firma contrapress media GmbH zu Schadenersatz an einen Journalisten wegen der Verletzung von Urheberrechten verpflichtet. Die „taz“ muss 728,97 Euro zahlen für sieben Artikel, darunter zwei ganzseitige Reportagen, die der Kläger zwischen 1988 und 1990 für das Blatt verfasst hatte und die auf CD archiviert wurden. Allerdings geschah das ohne Absprache mit den Urhebern über die Rechteinräumung. Erst im Jahre 2001 entdeckte der Kläger durch den Hinweis eines Bekannten seine Arbeiten auf der bewussten CD, die im Laufe der Jahre mehrfach aktualisiert wurde.

Die Rechtsanwälte der „taz“ argumentierten, dass die Archiv-CD seit 1994 massiv in der eigenen Zeitung beworben werde. Das hätte dem Kläger bekannt sein müssen. Dies war jedoch für das Gericht unerheblich. Auch der Einwand der taz-Anwälte, es handele sich nicht um urheberrechtlich geschützte Beiträge, da die Texte, „keine für ein Urheberrecht ausreichende Gestaltungshöhe aufweisen“, zog nicht. Das Kölner Landgericht beurteilte die Sachlage anders: Bei den Artikeln handele es sich selbstverständlich um „urheberrechtlich geschützte Sprachwerke gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 UrhG.“ Der Anwalt des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in ver.di Christoph Domernicht führte aus: „Die Nutzung (...) auf einer Archiv-CD-ROM stellt eine gänzlich neue Verwertungsform dar“. Eine solche CD „entspricht einem Nachschlagewerk“. Das Gericht legte einen Schadenersatzanspruch von 0,75 DM pro Zeile zugrunde. Dabei stützte es sich auf das von Domernicht zitierte BGH-Urteil zur Spiegel-CD-ROM vom 5. Juli 2001. Danach sei im Einzelfall zu beurteilen, ob ein Urheber „der einem Zeitschriftenverlag Nutzungsrechte einräumt, dabei auch eine CD-ROM-Nutzung vergibt“. Ein solcher Automatismus sei jedenfalls bei der taz-Archiv-CD nicht gegeben.



Foto: Irene Heil

Produzententod an der Cote d'Azur?

Fernsehmesse in Cannes zog erneut 9000 TV-Manager an

Vor dem Eingang des Kongresszentrums der MipTV war der ideale Treffpunkt für Gespräche zwischen Käufern und Produktionspartner

Das globale TV-Business ist trotz Rezession und Werbeflaute nach wie vor ein Multimilliarden-Dollar Geschäft. Deshalb zog es jetzt wieder 9000 Fernsehmanager aus der ganzen Welt zur MipTV an die Cote d'Azur. Doch der Champagner sprudelt in diesem Frühjahr nicht mehr so üppig wie sonst. Die „Haifische“ der Branche wie Murdoch, Sony, Disney oder AOL Time Warner leiden darunter, dass kleinere Fische vom Aussterben bedroht sind. Nun beginnt die Jagd nach dem „Killerformat“ und nach neuen „Ködern“ für das globale Publikum.

„Es ist einfacher im Lotto zu gewinnen, als Geld für Dokumentationen zu bekommen,“ meint ein US-Produzent frustriert, für den ein Film über Pearl Harbor beinahe zum persönlichen Desaster wurde. Da Fernsehen für die meisten Investoren in erste Linie ein Geschäft ist, bleiben immer mehr Produzenten, die vor allen Dingen aus Liebe zum Film und mit einer Vision arbeiten, auf der Strecke. Doch auch ein knallhart kalkulierter Businessplan und rein kommerzielle Ziele, schützen in diesen Tagen häufig nicht vor der Pleite, im Gegenteil.

„Kleine und mittelgroße Produktionsfirmen haben eine schwere Zeit“, beobachtet der UFA Chef Wolf Bauer: „Wir erwarten, dass dieses Jahr jede dritte deutsche Produktionsfirma Konkurs anmeldet. Das ist ein Horror!“ Im Jahr 2000 seien noch 300 Fernsehfilme in Auftrag gegeben worden, beobach-

tet Bauer: „Letztes Jahr waren es nur noch 200.“ Besonders hart treffe es die Produzenten, die sich auf fiktionale Produktionen spezialisiert hätten, ergänzt Konrad Peschen, der Geschäftsführer des Kölner Produzentenverbandes VFFVmedia: „Über 10 Jahre haben wir Zuwachsraten verzeichnet. Jetzt hat es uns auch erwischt!“

EU-Geld für Filme

Mit einem Budget von jährlich etwa 80 Millionen Euro, mit denen europäische Produktionen gefördert werden, will die EU in Brüssel gegensteuern. „Kommen Sie mit Ihren Anträgen zu uns“, meint Cornelia Hammelmann vom Media Desk Deutschland in Hamburg, die gerne bei den Formalitäten hilft.

„Mit dem ‚Media‘ Programm der EU wollen wir einen Gegenpool zu Hollywood schaffen“, meint Hammelmann optimistisch. Doch bis dahin, ist es trotz des Erfolges vom „Schuh des Manitu“ oder von „Good Bye Lenin!“ noch ein weiter Weg. Um zu überleben, sei es wichtig, dass die Produzenten mit DvD, Merchandising und Buchrechten zusätzliche Einnahmequellen erschließen, empfiehlt Jacques Delmoly, der Chef des EU-Medienprogramms.

Im Canner Hafen, am Kongresszentrum, lag gleich neben den Luxusyachten aus Australien, Großbritannien und der Türkei, auch ein Boot mit einer riesigen, grün-roten Flagge des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen vor Anker. Als „Steuerfrau“ in Sachen Medien, Europä-

ische und Internationale Angelegenheit, zog Professorin Miriam Meckel auch in Cannes alle Register, um die deutsche Medienwirtschaft zu fördern – und möglichst viele Investoren ins „NRW-Boot“ zu holen.

Die Kulturstatssekretärin Christina Weiss kämpft in Berlin derzeit an der „Gesetzesfront“. Mit einem neuen Entwurf will Weiss die deutsche Filmförderung reformieren. Das Volumen der Filmförderung soll gesteigert, Drehbuchautoren und Nachwuchstalente sollen gefördert werden. Als Erfolg verbuchte es die Kulturstatssekretärin, dass öffentlich-rechtliche und private deutsche Sender ihre Beiträge für die Filmförderung auf 22,4 Millionen Euro verdoppeln wollen.

Georgia Tornow, die Generalsekretärin der Produzentenvereinigung „film20“ begrüßt die zusätzlichen Mittel, verlangt aber mehr: „Wir wollen, dass der Filmwirtschaft das gesamte Bouquet an Finanzierungsmaßnahmen zur Verfügung steht – Förderung, Fonds und Steuermodelle müssen zusammenspielen können, um Wachstum zu ermöglichen und die Eigenkapitalbasis des Produzenten zu stärken.“ Tornow will deshalb den Politikern ein Angebot machen das „knallaktiv und schwer abzulehnen“ sei. „Wir schaffen Wachstum und Beschäftigung, wenn die Politik für Rechtssicherheit und international gleichwertige Rahmenbedingungen sorgt.“ Nach der Sommerpause soll zunächst der neue Gesetzesentwurf für die Filmförderung vom Parlament verabschiedet werden.

DvD Goldfieber

Knapper wird das Geld auch bei den Fernsehsendern, die erst 2004 eine Erholung des Werbemarktes erwarten und deshalb auch nach neuen Einnahmequellen suchen. Da die Medien zudem durch die neue Technik immer mehr verschmelzen, wurde erstmalig zeitgleich mit der MipTV in Cannes die Internet-Messe Milia veranstaltet. Im Internet finden immer mehr Programme und Live-Sendungen, die früher nur im Fernsehen oder im Kino zu sehen waren, Verbreitung. Auch die DvD-Technik, die mit Milliardenumsätzen längst zu einer Goldmine wurde, revolutioniert die Branche. Neue Absatzmöglichkeiten bieten die UMTS-Technik und Mobilfunk-Giganten wie Vodafone, die Millionen in Entertainment investieren, um ihre Handy-Kunden bei Laune zu halten.

Das blaue Notiz-Buch der Berliner Produzentin Caroline Elias, die in Cannes für Mitglieder der Ar-

Informationsbüro der Europäischen Union

Media Desk
Deutschland
Cornelia
Hammelmann
Friedensallee 14–16
D - 22765 Hamburg

Tel. (040) 390 65 85
Fax (040) 390 86 32

E-Mail
Info@mediadesk.de
Internet
www.mediadesk.de

beitsgemeinschaft Dokumentarfilm (a.g.dok.) Käufer und Produktionspartner suchte, ist nach vier Messtagen zwar bis zum Rand gefüllt, doch bis die ersten Honorare fließen, ist es noch ein langer Weg. Elias begrüßt die EU-Initiative, fordert jedoch eine vereinfachte Abwicklung der Formalitäten, mehr Rechte für Autoren und Produzenten und vor allen Dingen: mehr Produktionen! So habe ausgerechnet der Nachrichten- und Dokumentationskanal Phönix nach Angaben der a.g.dok überhaupt kein Budget für dokumentarische Neuproduktionen. Erschwerend komme hinzu, dass immer mehr Banken aufgrund von Basel II, der neuen Kreditvergabeordnung der Banken, den „Hahn zudrehen“. So wären einige Produzenten sogar gezwungen hart erkämpfte Aufträge an die Sender zurückzugeben, weil sie nicht finanziert werden können, berichtet Elias.

Der Verband kritisiert, dass von deutschen Sendern zwar astronomische Summen für Sport, Unterhaltung und Megaproduktionen wie die neue Augustus-Verfilmung ausgegeben werden, die Autoren und kleineren Produzenten jedoch zunehmend leer ausgehen. Immer mehr Produzenten, die nicht über genügend Reserven verfügen, bleibt bald nur noch der Weg zum Sozialamt.

Gier schädigt Geschäft

„Die Gier hat das globale TV-Geschäft kaputt gemacht,“ beobachtet Frank Agrama, der Gründer der Harmony Gold Group, der schon seit 20 Jahren zur MipTV nach Cannes kommt. „Früher haben wir versucht Qualität zu produzieren, aber heute geht es ja nur noch um Profit.“ Das habe viele Produktionsfirmen und Sender ruiniert. Doch auch den Haifischen der Branche wie Murdoch, Disney und AOL Time Warner, die jahrelang auf Kosten von kleineren Firmen und von „Kreativen“ satte siebenstelligen Millionen Gewinne erwirtschafteten, steht das Wasser bis zum Hals. Während die großen Medienkonzerne Milliardenverluste verbuchen müssen und die deutsche Fernsehbranche noch immer unter der Kirch-Pleite leidet, beweist „aunty“, wie die BBC auch genannt wird, jenseits des Ärmelkanals, dass sich Qualität doch auszahlt. BBC Worldwide, der kommerzielle Arm der BBC, verzeichnete letztes Jahr einen Umsatz von 660 Millionen

Pfund. Davon flossen 106 Millionen Pfund Gewinn zurück in die Kassen der British Broadcasting Corporation. Grund genug für die Emmy Kommission, den BBC Generaldirektor Greg Dyke im Herbst mit der begehrten, engelsgleichen Fernsehtröphäe auszuzeichnen.

Dokus boomen

Die BBC ist schon lange weltweit führend im Bereich Dokumentarfilm. Seit dem 11. September boomt das Dokumentations-Genre. Besonders häufig wurde bei der Mipdoc, die Ende März kurz vor der MipTV im Martinez Hotel in Cannes abgehalten wurde, eine Dokumentation über den „geheimen Krieg“ der CIA nachgefragt. Für viele der Sender, die immer mehr das Risiko teurer fiktionaler Produktionen scheuen, sind die relativ preiswerten Dokus ideal.

Doch obwohl der Film „Bowling for Columbine“, der die Obsession der Amerikaner für Schusswaffen dokumentiert, jetzt sogar mit dem Oscar ausgezeichnet wurde und Einzug in die Kinos hielt, wird auch in diesem Bereich die Finanzierung immer schwieriger. Das Interesse der Zuschauer an der „Realität“ und an Programmen, die dabei helfen, zu verstehen, was vor sich geht, ist größer denn je. Die Programmeinkäufer sind jedoch stark verunsichert und greifen angesichts der Dauerberieselung mit Kriegsbildern lieber auf alt bewährte „Opiate“ wie Herz-Schmerz-Seifenoperen zurück. Auch Formate wie „Deutschland sucht den Superstar“, das mit einem Marktanteil von etwa 40 Prozent sensationelle Quotenerfolge feierte, stehen ganz oben auf der Einkaufsliste. Doch leider verglühen die hoch emotionalisierten „Container und Retortenstars“ zu schnell. Also geht an der Cote d'Azur die Suche nach dem „Killerformat“, das mit hohen Quoten jede Konkurrenz schlägt, weiter.

Vielleicht wurde es schon gefunden. Eine amerikanische Fernsehagentin stellt in einer Diskussionsrunde über Formate ein bemerkenswertes, neues Reality-TV-Konzept vor: In der Show „Run for American President“, können sich bald Fernsehzuschauer für das Amt des US-Präsidenten qualifizieren. Ob das angesichts der jetzigen US-Regierung nicht doch ein zu großes Risiko sei, will „M“ von der Agentin wissen: „Schlimmer kann es kaum werden“.

Irene Hell ■

Aufbruchstimmung

Eindrücke vom dritten osteuropäischen Filmfestival „goEast“ in Wiesbaden

Im Osten tut sich was. Zwar kommen nur wenige Produktionen aus den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern ins deutsche Kino, aber unter den Filmschaffenden herrscht Aufbruchstimmung. Um davon etwas mitzubekommen, lohnt sich die Reise zu einem kleineren Filmfestival nach Wiesbaden. Allein die Zahl von Filmen, die zum Wettbewerb des dritten „goEast“ eingereicht wurden, haben sich im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht.

ten „alten“ und „neuen Europa“, zu deren Überwindung „goEast“ einen kleinen Beitrag leisten will.

Serben bezogen Position

Nur die Serben bezogen vehement gegen die amerikanische Außenpolitik Position und verglichen den Irak-Krieg mit den Bombardements auf Belgrad 1999. Nicht zufällig spielt der Film des serbischen Regisseurs Dusan Milic in einem amerikanischen Geschäft, auch wenn es in Belgrad noch gar

bruchstimmung: Unter rund 60 jährlichen Produktionen finden sich neuerdings auch wieder verstärkt Filme, die einem künstlerischen Anspruch gerecht werden, freut sich die Produzentin Jelena Jazura.

In vielen Beiträgen suchen „Nachtwandler“, Emigranten, Streuner, Looser und Kleinganoven wie in Andreas Dresens „Nachtgestalten“ nach einem noch unbekanntem Ziel mit Aussicht auf ein wenig Glück. Zufällig laufen sie sich über den Weg und werfen eine Gesellschaft, die sich erst noch konsolidieren muss.

Filmsequenz aus dem bulgarischen Streifen „Brot über den Zaun“
Regie:
Stephan Komandarev



Foto: Verleih

Dass sich ausgerechnet in der wohlhabenden hessischen Landeshauptstadt ein zweites osteuropäisches Filmfestival neben dem älteren in Cottbus etabliert, hat einen guten Grund: Schon in der Vergangenheit war Wiesbaden, wo einst Dichter wie Fjodor Dostojewski und Maler wie Alexej Jawlensky lebten, ein Ort der Begegnung zwischen Ost und West. Eben dieser Austausch, vor allem die Möglichkeit zu Gesprächen und Diskussionen mit Filmschaffenden im nostalgisch schicken Festivalzentrum der Villa Clementine macht das kleine Festival so überaus attraktiv. Auch wenn sich dabei einmal ganz gegenteilige Eindrücke zu den großen A-Festivals und unbequeme Fragen aufdrängen. So einige etwa wie viele Hollywood-Stars, die ihre Auftritte bei der Berlinale zu kritischen Äußerungen gegen den Irak-Krieg nutzten, waren sich bulgarische und polnische Regisseure in einer Diskussion über die aktuelle weltpolitische Lage nicht. Einige verteidigten ihre Regierungen, die sich im Irak-Krieg an die Seite der Amerikaner stellten. Eben da taten sich die Gräben und Risse zwischen West und Ost auf, dem sogenann-

keines gibt. Im ehemaligen Jugoslawien ist „Jagoda im Supermarkt“, von Milics berühmtem Landsmann Emir Kusturica produziert, längst ein Kassenschlager. Die absurde Komödie über einen serbischen ehemaligen Soldaten, der die unfreundliche Behandlung seiner Großmutter im Supermarkt rächt, wirft einen kritischen Blick auf die amerikanische Konsumgesellschaft und die politischen Umbrüche im Land.

Tadschikisches Meisterwerk

Wirtschaftliche Not und die harte Lebenswirklichkeit der Menschen im Osten spiegelten sich am drastischsten in dem kleinen tadschikischen Meisterwerk „Ein Engel auf der rechten Schulter“ von Dzamsed Usmonov wider, dem man nur wünschen kann, dass es einen deutschen Verleih findet: Damit ihr Sohn ihr Haus verkaufen, mit dem Erlös die hohen Schulden tilgen und wieder ein unbelastetes Leben führen kann, sieht eine alte verzweifelte Mutter keinen anderen Ausweg, als freiwillig zu sterben. Überhaupt herrscht vor allem in der ehemaligen Sowjetunion Auf-

Mehr Filme aus Ungarn

Nachdem in manchen osteuropäischen Ländern, wie vor allem Ungarn und Bulgarien, die Filmindustrie in den vergangenen 20 Jahren nahezu brach lag, ist es vielleicht nicht verwunderlich, dass sich junge Filmemacher noch nicht mit ihrer sozialistischen Vergangenheit auseinandersetzen, wie der tschechische Regisseur Ivan Vojnar bedauert. Gleichwohl ist es bemerkenswert, dass vor allem in Ungarn mittlerweile rund 25 Filme pro Jahr produziert werden. Zudem hoffen die Ungarn wie die Bulgaren auf ein neues staatliches Förderungsgesetz, das mehr Geld zur Verfügung stellt. Desolater scheint die Lage in Tschechien: Nicht zufällig inszeniert Jiri Menzel, einer der bekanntesten tschechischen Filmemacher, seit der Wende nur noch am Theater. Nach der Privatisierung des bedeutenden nationalen Filmstudios, grenze es an ein „Wunder“, dass junge Filmemacher überhaupt noch Projekte auf die Beine stellen, sagte der Juryvorsitzende.

Die „Goldenen Lilie“ für den besten Film erhielt Martin Sulik für seine lakonische Dokumentation „Der Schlüssel um Zwerge zu definieren“. Die Hommage an den slowakischen Nouvelle-Vague-Filmer Pavel Juracek (1935-1989), unternimmt einen Streifzug durch die tschechische 68er Bewegung.

Demokratie sei nicht immer durch Diplomatie erreichbar, gab der polnische Drehbuchautor Maciej Karpinsky zu bedenken. Der bulgarische Dokumentarfilm „Brot über den Zaun“, ein wunderbares Plädoyer für Nachbarschaftshilfe und Toleranz unter Christen und Muslimen, stellte eine solch pessimistische Behauptung zum Glück infrage. Kirsten Liese ■

Journalistenverfolgung im Schatten des Irak-Kriegs

Drakonische Strafen gegen Regierungskritiker in Kuba

Während die Angriffe der US-Kampfflugzeuge auf Bagdad die Schlagzeilen bestimmten, wurden in Kuba fast 80 Regierungskritiker festgenommen. Und noch bevor die Saddam-Husein-Statuen in den irakischen Städten von den Sockeln gekippt wurden, waren in Havanna die meisten Urteile bereits gefällt. Langjährige Gefängnisstrafen zwischen zehn und knapp dreißig Jahren trafen die Dissidenten, unter ihnen zahlreiche Journalisten. Mit ihrem Vorgehen wollte die Regierung Fidel Castros offenbar die Gunst der Stunde nutzen, und sich im Schatten des Krieges am Golf weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit von ihren schärfsten Kritikern befreien.

Das gelang nur zum Teil. Zwar bestimmten die Prozesse nicht die Schlagzeilen der Weltpresse, dafür fielen die Bewertungen der drakonischen Strafen wenig schmeichelhaft für Kubas Machthaber aus. Von einem „empörenden Angriff auf unabhängigen Journalismus“ sprach etwa die Internationale Journalistenvereinigung IFJ, eine „Parodie der Justiz“ erkannten „Reporter ohne Grenzen“ und fühlten sich sogar an „stalinistische Prozesse“ erinnert. Auch die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Claudia Roth, kritisierte einen eklatanten Verstoß gegen die Menschenrechte und rechtsstaatliche Mindestanforderungen. Einen riesigen Rückschritt bescheinigte amnesty international der kubanischen Führung und forderte wie auch „Human Rights Watch“ die Freilassung der Verurteilten.

Die betroffenen Journalisten passen kaum in das üblicherweise gezeichnete Bild von angeblichen Reaktionären, die ständig auf die Führung in Havanna eindreschen und von den Exil-Kubanern in Miami ferngesteuert sein sollen. Unter den jetzt für Jahre Gebannten ist beispielsweise der Schriftsteller und Leiter des unabhängigen Informationsdienstes Cuba Press, Raul Rivero. Er muss für 20 Jahre hinter Gitter. Sein Ziel war eine freie Diskussion über die Zukunft Kubas. Dabei distanziert er sich von der Politik Fidel Castros genauso wie von den Hardlinern im US-Exil. Für seine Positionen wirbt er auch als Autor in linksliberalen europäischen Zeitungen wie „El País“ oder „Le Monde“.

Stimmen wie die von Raul Rivero sollen mundtot gemacht werden durch Urteile, die im Schnellverfahren und unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefällt wurden. Auch Rechtsanwälte hatten die Angeklagten nicht. Unter den fast 80 Inhaftierten sind nach Angaben der UNESCO mindestens 24 Journalisten. Das härteste Urteil traf Omar Rodriguez: Er wurde zu 27 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Die Medienschaffenden wurden inhaftiert, weil sie das machten, was Journalisten machen sollen: Unabhängig recherchieren und frei ihre Meinung äußern – auch wenn sie der Regie-

rung nicht passt. Diese hingegen nutzte ein noch junges Gesetz von 1999, um die Anklagen durchzuboxen.

Das extrem dehnbare „Gesetz zur Verteidigung der Nationalen Unabhängigkeit und der Wirtschaft Kubas“ bestraft unter anderem die Verbreitung „falscher Informationen“ und „subversive Tätigkeiten“. Auch die Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Regierungsvertretern steht ausdrücklich unter Strafe. Mehrere der Verurteilten standen mit dem Vertreter der USA in Havanna, James Cason, in Kontakt.

Harald Gesterkamp ■

Aktion für Ibrahim Moosa Luthfee

Lebenslange Haft für Regierungskritik in Internetzeitung im Urlaubsparadies Malediven

Der Richterspruch vom Juli 2002 war auch für maledivische Verhältnisse hart: Gemeinsam mit seinen Kollegen Mohamed Zaki und Ahmed Ibrahim Didi wurde der Online-Journalist Ibrahim Moosa Luthfee zu lebenslanger Haft verurteilt. Seine Sekretärin Fathimath Nisreen erhielt eine zehnjährige Freiheitsstrafe. Die Häftlinge befinden sich auf der Insel Mafushi, wo die Bedingungen sehr schlecht sein sollen. Offenbar befinden sie sich in kleinen Zellen in Einzelhaft. Besuche von Angehörigen werden ihnen verwehrt.

Die Internetzeitschrift „Sandhaanu“ ist den Machthabern des südasiatischen Inselstaates ein Dorn im Auge. In der elektronischen Publikation werden regelmäßig regierungskritische Artikel veröffentlicht. In einem Land, in dem alle politischen Parteien seit Jahren einem Betätigungsverbot unterworfen sind, ist das riskant. So erfolgte die Festnahme von Ibrahim Moosa Luthfee und seinen Mitstreitern im Januar und Februar 2002 fast zwangsläufig. Die Anklage und ein unfairer Prozess folgten. Die drei Männer und die Frau wurden zunächst zur Polizeizentrale

in der Hauptstadt Malé gebracht. Ende Mai vergangenen Jahres wurde dann Anklage wegen „Verleumdung“ und „regierungsfeindlicher Handlungen“ erhoben. Eine Anhörung vor Gericht fand im Juni statt. War die Anklage schon willkürlich, entpuppte sich der Prozess als Farce: Während des gesamten Gerichtsverfahrens verwehrt man den Angeklagten den Zugang zu einem Rechtsanwalt. Eine Verteidigung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen war unmöglich, das drakonische Urteil die Folge.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den Staatspräsidenten der Malediven und fordern Sie die sofortige und bedingungslose Freilassung von Ibrahim Moosa Luthfee, Mohamed Zaki, Ahmed Ibrahim Didi und Fathimath Nisreen. Machen Sie deutlich, dass die Inhaftierten lediglich von ihrem Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit Gebrauch gemacht haben und dass der gegen sie geführte Prozess unfair war, weil ihnen der Zugang zu einem Rechtsbeistand verwehrt wurde.



Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:

President Maumoon Abdul Gayoom
The President's Palace
Maafannu Theemuge
Malé 2002
MALEDIVEN

Telefax:
00 960 – 32 55 00

Senden Sie eine Kopie an:

Botschaft der Republik Malediven
Herrn Honorargeneralkonsul
Gottfried Mücke
Immanuel-Kant-Straße 16
61350 Bad Homburg

Telefax:
06172 – 858 33





Mit stoischer Ruhe fängt die junge Afghanin Mharia Azize den Alltag mit ihrer Kamera ein

Foto: Stefan Hippe

Mit Kamera und Mikro gegen die Intoleranz

Junge Afghaninnen auf dem Weg zu journalistischer Profession

Stromausfall, kein Wasser, Kopftuch tragen – alles kein Problem mehr für Brigitte Brault nach einem Jahr in Afghanistan. Aber das hätte nicht passieren dürfen: Nervös blitzen die blauen Augen aus dem sonst so fröhlichen runden Gesicht der Französin hervor und wandern immer häufiger zu der dichten Mensentraube, die sich binnen weniger Minuten an einer belebten Straßenkreuzung in Kabul gebildet hat. „Das ist die Situation, vor der ich Angst habe“, murmelt sie und versucht einen Blick auf Mharia Azize zu erhaschen, die mit stoischer Ruhe in der Mitte der Menschenmenge ihre Arbeit erledigt.

Unberührt von dem Aufruhr, den sie verursacht, hat die junge Afghanin einen Schuhputzer, der auf seinem Schemel am Straßenrand sitzt, in den Sucher ihrer digitalen Fernsehkamera genommen. Menschen, die Tag für Tag auf den Straßen Kabuls ihr Leben verdienen müssen, ist das Reportagethema der jungen Journalistin, die versunken in ihre Arbeit die immer dichter an sie heranrückende Menschenmasse längst vergessen hat.

Eine Frau, die ohne die Burka in aller Öffentlichkeit ihrem Beruf nachgeht, ist für die meisten Afghanen ein gutes Jahr nach der Vertreibung

der Taliban noch immer ein verstörender Anblick. 14 junge Afghaninnen hat Brigitte Brault unter ihre Fittiche genommen, um sie im Auftrag der französischen Medienhilfsorganisation Aina zu den ersten Kamerafrauen und Journalistinnen ihres Landes auszubilden. Ein Jahr dauert der Kurs, doch die Angst, die engen Toleranzgrenzen der afghanischen Gesellschaft zu überschreiten, ist bei Brault auch neun Monate nach dem Start des ungewöhnlichen Projektes noch nicht verschwunden.

Schulverbot, kein Kino und kein Fernsehen

Sind das wirklich alles nur Neugierige, die sich für Mharia Azizes Arbeit interessieren? Oder ist vielleicht doch ein religiöser Eiferer unter den Zuschauern, der gleich ein Messer zieht und auf die kleine Afghanin los geht? „Ich habe den Familien meiner Schülerinnen versprochen, auf sie aufzupassen“, gibt sich Brault einen Ruck und weist einen männlichen afghanischen Begleiter an, das Publikum auf Abstand zu halten.

Verwirrt, als erwache sie aus einem Traum, blickt Mharia Azize hoch. Kein Grund zur Panik, sagen ihre lächelnden schwarzen Augen, die Bilder sind im Kasten, ab in den

Schneideraum des Aina Medienzentrums, nur einige Ecken entfernt. „Es war tatsächlich ein Traum für mich, Journalistin zu werden“, erzählt sie, während die Bilder vom Schuhputzer über die Monitore flimmern. Fünf Jahre lang, während der Schreckensherrschaft der Taliban, durfte die 20-Jährige nicht zur Schule gehen, das Haus ihres Vaters nur in Burka und Begleitung eines männlichen Familienangehörigen verlassen. Und Kino und Fernsehen waren sowieso verboten.

Dennoch eroberte sie sich den Weg zurück in die Freiheit mit der Kamera in der Hand. Einen Monat dauerte es, bis Brigitte Brault wagte, die Gruppe aus dem von hohen Mauern umgebenen Garten des Medienzentrums zum Drehen auf die Straße zu schicken.

„Mit jedem Mal habe ich mich freier gefühlt“, berichtet Azize mit strahlenden Augen. Die Burka, mit der sie und ihre Mitschülerinnen früher zum Unterricht kamen, fasst heute kaum noch eine der jungen Frauen an – dafür Nagellack, Lippenstift, schicke Schuhe und Kleider.

Krähengewand abgelegt

Kathreen Wada hat das blaue Krähengewand ebenfalls abgelegt. Auch wenn es vielleicht sicherer

wäre, die Burka zu tragen, wenn sie sich kurz vor Sonnenuntergang auf der wenig vertrauenserweckenden Landstraße vom Feldlager der deutschen Bundeswehr auf den Weg nach Hause macht. Zusammen mit neun weiteren afghanischen Kollegen produziert die 29-jährige Journalistin im Auftrag der internationalen Schutztruppe ISAF „Stimme der Freiheit“ – ein Radiosender und eine Zeitung, mit der die Uno-Soldaten die Menschen in Kabul in den Landessprachen Pashtu und Dari informieren.

„Früher war es ganz normal, dass Frauen als Moderatorinnen beim Rundfunk gearbeitet haben“, erinnert sich Wada an die Zeit vor den Taliban, während ein Techniker der Bundeswehr ihren Beitrag über den Schulbeginn schneidet. Langsam kehren die Frauen zwar an ihre alten Arbeitsplätze zurück und moderieren beispielsweise wieder die

Kinder- und Jugendprogramme beim Fernsehsender Kabul TV. „Aber an Journalistinnen, die auch harte Themen machen, haben die kein Interesse“, ärgert sich Mharia Azize.

Ein großes Abenteuer

„Wir verlangen von den Afghanen viel“, versucht Brigitte Brault den Aufbruch ihrer Schülerinnen ein wenig zu bremsen, „und wir müssen ständig darauf bedacht sein, keinen Ärger mit den Mullahs zu bekommen.“ Also bleiben die Frauen vorsichtig. Erst recht, wenn es in die noch wesentlich traditionellen afghanischen Provinzen geht, wo die jungen Kamerafrauen ihren ersten großen Dokumentarfilm mit dem beziehungsreichen Titel „Afghanistan entschleiern“ drehten. Mharia Azize durfte den Film in Paris und in Dortmund beim Festival „Femme total“ vorstellen – ein

großes Abenteuer für jemanden, der bis vor kurzem Kabul noch nie verlassen hatte.

„Unsere Schülerinnen sollen den afghanischen Frauen eine Stimme geben, denn sie kennen ihre Situation am besten“, beschreibt Brault die Idee, die hinter dem Kurs steckt. Wie lange noch? Die Ausbildung ist bald beendet, und bislang hat Kabul TV noch kein großes Interesse an einer Übernahme der Nachwuchskräfte gezeigt.

Und manchmal macht sich Mharia Azize noch ganz andere Sorgen: Was passiert mit den Frauen, die sich so weit von ihrer traditionellen Rolle entfernt haben, wenn die Taliban zurückkehren? „Dann werden sie mich vielleicht töten“, befürchtet die Journalistin, „und wohl auch meinen Vater, weil er seiner Tochter das erlaubt hat“.

Armin Jelenik ■



Brigitte Brault, 43, gab ihr Wissen überameratechnik und Filmschnitt sowie Journalistische Grundlagen weiter.

Unverschleiertes Afghanistan

Frauenfilmfestival Femme Totale mit gelungenem Länderschwerpunkt

Beim 9. Frauenfilmfestival Femme Totale in Dortmund entwickelte sich in diesem Jahr das Sonderprogramm über Afghanistan und seine Gäste zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und des Medieninteresses. Dabei fügte sich der Länderschwerpunkt besser in das Hauptthema des Festivals ein, als in früheren Jahren. Denn mit seiner traditionellen Familienstruktur und den Problemen von jahrelanger Vertreibung, Flucht und Migration konnte Afghanistan wichtige Aspekte zur Frage der aktuellen Bedeutung von Begriffen wie Zuhause und Heimat beitragen.

Normalerweise wird der Länderschwerpunkt bei der Femme Totale rein von Regisseurinnen des ausgesuchten Landes bestritten. Da Af-

ghanistan, als eines von wenigen Ländern auf der Welt, erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts die ersten Filmemacherinnen hervor gebracht hat, stützte sich die Organisatorin der Reihe, Betty Schiel, zunächst auf die Blicke von europäischen Frauen auf dieses schwer zugängliche Land. So portraitierte die Schweizer Reiseschriftstellerin Ella Maillart schon Ende der Dreißiger Jahre das Leben der Nomadenfamilien und die deutsche Dokumentarfilmerin Elke Jonigkeit stellte 1988 die Situation von Frauen unter der sowjetischen Besatzung dem Leben der Frauen in den Flüchtlingslagern der Mudschahedin gegenüber. Elke Jonigkeit hätte gerne auch die weitere Entwicklung dieser Frauen in den Neunziger Jahren mit der Kamera verfolgt, aber nach dem Abzug der Sowjets tendierte das Interesse der deutschen Fernsehredaktionen an Afghanistan gegen Null und sie konnte nur einen Aktenordner voll Absagen ansammeln.

Veränderte Bedingungen

Den Höhepunkt der Filmreihe stellte die deutsche Erstausführung von „Afghanistan Unverschleiert“ dar, des ersten Langfilms junger afghanischer Kamerafrauen. Obwohl sie die Kameraarbeit erst seit Juli 2002 in einem französischen Bildungsprojekt in Kabul erlernen, konnten sie ein beeindruckendes

Werk über die wenig veränderten Lebensbedingungen von Frauen in den Provinzstädten und auf den Dörfern fern ab von Kabul erstellen.

Zwar war es für die Filmemacherinnen als Frauen einfacher, Kontakt zu Frauen zu bekommen und von ihnen Videoaufnahmen zu machen, aber immer wieder gab es Fälle, in denen die Familienoberhäupter Einspruch einlegten oder gar einschritten. Da sie immer mit zwei Kameras aufnahmen, konnten die Frauen diese Szenen ebenso dokumentieren, wie Situationen, wenn sie auf der Straße wegen ihrer zu leichten Verschleierung angesprochen wurden.

Selbstbewusstsein gestärkt

Aber die Möglichkeit, selber zu arbeiten und das erstmalige eigenständige Reisen stärkten das Selbstbewusstsein der Filmemacherinnen. So berichtete die jüngste Kamerafrau Shekiba Adil (18): „Je länger wir drehten und mit der Kamera aus dem Haus gingen, desto größer war unser Mut, dabei immer kleinere Schleier zu tragen.“

In Afghanistan selber kann der Film nicht öffentlich gezeigt werden, da eine der Interviewten, wenn sie von den Schwierigkeiten der Nahrungsbeschaffung und ihrer Unterernährung erzählt, zum Beweis einen Teil ihres dünnen Unterschenkels entblößt.

Georg Immich ■

Die Erste

Als erste afghanische Filmemacherin muss die in Kanada lebende Journalistin Nelofer Pazira gelten, die seit 1996 eigene TV-Dokumentationen dreht, ihre Bekanntheit aber der Hauptrolle in dem Film „Reise nach Kandahar“ verdankt. Sie besuchte im letzten Jahr ihre Heimat und drehte mit „Deadly Remnants“ ein Feature im CNN-Stil über die Überbleibsel der Kriegsjahre in Form von Landminen und den noch gefährlicheren Blindgängern der amerikanischen Streubomben.

Ein Schuhputzer am Straßenrand – Filmsequenzen für den Bericht aus der afghanischen Hauptstadt



Fotos: Stefan Hippel

Seiten heraus gefiltert

Tunesiens Präsident Ben Ali lässt Online-Journalisten einsperren

Wenn Tunesiens Präsident Zine el Abedine Ben Ali im Internet surft, versteht er keinen Spaß. Das musste Zouhair Yahyaoui am eigenen Körper erfahren. Der Webmaster des tunesischen Internet-satiremagazins www.TUNeZINE.com wurde zu zwei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt.

Yahyaoui habe sich unter anderem der „Verbreitung falscher Tatsachen“ und des „Raubes und der betrügerischen Nutzung von Kommunikationstechnik“ strafbar gemacht, so die Richter. Der Cyber-satiriker traute sich einen offenen Brief seines Onkels Mokhtar Yahyaoui, ein hoher tunesischer Richter, abzudrucken, in dem dieser sich über die fehlende Unabhängigkeit der Justiz beklagt (M 5/2003).

Gegen die Meinungsfreiheit

„Die relativ freie Kommunikation im World Wide Web erweist sich als Schlüssel für die Demokratisierung“, beschreibt die tunesische Journalistin Sihem Bensedrine, warum das Regime in letzter Zeit vor allem gegen das Internet vorgeht. Menschenrechtsorganisationen beschuldigen Ben Ali immer mehr Verstöße gegen die Meinungsfreiheit. Wer immer sich gegen das Regime stellt, bekommt es mit der Polizei zu tun. Mehr als Tausend politische Gefangene sitzen ein.

Taoufik Ben Brik, Korrespondent französischer Medien, wurde der Reisepass entzogen. Erst nach monatelangem Hungerstreik bekam er ihn zurück. Der Menschenrechtler und Gründer des CNLT, Moncef Marzouki, wurde wegen „Verbreitung falscher Tatsachen“ zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Hamadi Jebali, Herausgeber der islamistischen Zeitung Al Fajr, sitzt seit Jahren hinter Gitter. „Aggression und Versuch, die Natur des Staates zu ändern“, heißt sein Vergehen. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Unter dieser Repression ist das Internet der einzige Zugang der Tunesier zu kritischen Nachrichten. Vor allem Diskussionsforen der Opposition im Exil erfreuen sich größter Beliebtheit.

Bensedrine, die zur Zeit mit einem Stipendium der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte in Deutschland lebt, ist Herausgeberin der beliebtesten tunesischen Zeitschrift Kalima. Auch dieses Magazin gibt es nur im Web. Bensedrine erhielt von den Behörden keine Druckgenehmigung, die elektronische Verbreitung war somit der einzige Weg zu den Lesern zu gelangen. 40.000 mal wird die www.kalimatunisie.com im Monat angeklickt. Keine schlechte Leistung in einem Land mit nicht einmal zehn Millionen Einwohnern, in dem bei weitem nicht jeder Zugang zu einem Computer hat. Zu lesen gibt es Artikel über die autoritäre Amtsführung von Präsident Zine el Abedine Ben Ali, über Menschenrechtsverletzungen oder Aufrufe zum Boykott eines Verfassungsreferendums, das dem Staatschef eine weitere Amtszeit genehmigte. Eine erfrischenden Mischung für die Tunesier, die am Kiosk nur Gleichgeschaltetes zu kaufen bekommen.

Krankenhausreif geschlagen

Auch Bensedrine bekam mehrmals Schwierigkeiten. 2001, nach einer längeren Auslandsreise, erwartete sie die Polizei am Flughafen. Die Journalistin wurde wegen „Diffamierung des Landes“ in Untersuchungshaft gesteckt. Ihr Vergehen: Sie hatte auf mehreren Veranstaltungen zum Thema Menschenrechte in ihrer Heimat gesprochen. Nach internationalen Protesten

wurde Bensedrine, die im vergangenen Jahr von der britischen Sektion von Amnesty International mit dem Menschenrechtspreis für bedrohte Journalisten bedacht wurde, schließlich wieder freigelassen. Doch das Regime beließ es nicht dabei. Auf dem Nachhause-Weg wurde sie von maskierten Männern überfallen und krankenhausreif geschlagen. Auch die Homepage von Kalima wurde sofort nach dem Erscheinen der Nummer 1 gesperrt. Mittlerweile stellt Bensedrine, wie viele andere Oppositionelle auch, ihre Publikation im Ausland ins Netz.

Mails heimlich mitgelesen

Bleibt nur die Kontrolle des Netzes selbst. Ben Ali lässt unliebsame Seiten zentral herausfiltern. Dieser Politik fallen vor allem tunesische und französische webs von Menschenrechtsorganisationen und kritischen Zeitschriften zum Opfer. Mails werden heimlich mitgelesen. Die Internetcafes, die überall im Lande entstehen, werden streng überwacht. Immer wieder wird ihnen die Lizenz entzogen. Kunden werden belästigt, wenn sie die falschen Seiten anklicken.

Selbst vor Massenverhaftungen schreckt Ben Alis Justiz nicht zurück. So wurden im Februar in Zarzis im Süden des Landes 16 Gymnasiasten verhaftet und an einen unbekanntem Ort verschleppt, die dadurch auffielen, dass sie gerne Cybercafes und die Moschee besuchten. Ihnen wurden „subversive Tätigkeiten im Internet“ vorgeworfen. Reiner Wandler ■

Radio dva sendet vorerst weiter

Die Mitarbeiter des slowenischen Minderheitensenders „Radio dva“ in Klagenfurt haben einen im März begonnenen Hungerstreik wieder beendet. Mit der Protestaktion wollte die Redakteure den Erhalt des Senders erzwingen, dem Ende 2002 sämtliche Zuschüsse gestrichen worden waren. Ein einwöchiger Hungerstreik hatte im Februar eine internationale Welle der Solidarität ausgelöst (M 4/2003). Wie der Sender Ende März mitteilte, habe es klare Signale aus Politik und vom öffentlich-rechtlichen ORF gegeben, wonach es auch weiterhin Unterstützung für einen ganztägigen slowenischsprachigen Sender geben solle. „Radio dva“ und der auf derselben Frequenz beheimatete Bürgerfunk „Radio Agora“ werden ihren Betrieb vorerst bis Ende April aufrechterhalten. Mat ■

Edward Terso Lado freigelassen

Der sudanesischer Journalist Edward Terso Lado ist wieder auf freiem Fuß. Nach internationalen Protesten und einem Appell des Herausgebers der Zeitung „Khartoum Monitor“ konnte Lado einige Wochen nach seiner Festnahme das Gefängnis wieder verlassen. Er wurde weder angeklagt noch vor Gericht gestellt. In der Haft hatten Sicherheitskräfte ihn ausführlich nach der Arbeit und den Strukturen des „Khartoum Monitor“, deren Redakteur Lado ist, befragt. Man drohte ihm außerdem mit „ernsthaften Konsequenzen“, sollte er weiter Artikel veröffentlichen, die als „Aufhetzung zu Rassenhass“ verstanden werden könnten. Grund für Lados Festnahme im März war ein Text über die frühe Geschichte des Islam gewesen. Bedingung für die Freilassung waren eine Abmahnung durch das englischsprachige Blatt sowie eine Suspendierung für 14 Tage, in denen der Journalist auch kein Gehalt bezog. ver.di hatte sich gemeinsam mit amnesty international in einer Aktion für die Freilassung des Journalisten eingesetzt (M, 5/2003). Im nordostafrikanischen Staat Sudan ist die Pressefreiheit stark eingeschränkt, die Medien unterliegen faktisch staatlicher Kontrolle. hg ■

Seminare/Tagungen

Journalismus aktuell

ABP, München. 18. bis 29. August: Learning by earning – Seminar für Seiteneinsteiger.

EMA, Berlin. 28. Juli bis 8. August: Orientierungskurs praktischer Journalismus.

FES, Bonn. 1. bis 26. September: Blick hinter die Kulissen der Politik – Praktika bei Bundestagsabgeordneten.

JA, München. 27./28. Juni in Nürnberg: Verlage und Internet-Anbieter sparen: Wie verändern sich Journalismus und Internet?

Journalistische Themen

ABP, München. 23. bis 25. Juni: Landtagswahlen im Lokalen.

BKB, Wolfenbüttel. 22. bis 24. August: James Bond oder die Lizenz zum Schreiben – Werkstatt zu einer Ikone der Pop-Kultur/für Journalisten und Autoren (auch ohne Vorkenntnisse).

DM, München. 29. Juni bis 2. Juli: Naturwissenschaft und Technik populär vermitteln: Ein Ziel, viele Wege/für Journalisten, Öffentlichkeitsarbeiter und Museumsleute in den ersten Berufsjahren.

Journalistische Formen

ABP, München. 7. bis 11. Juli: Kreatives Schreiben für Tageszeitungen. 14. bis 18. Juli: Psychologie der Interviewführung. 16. bis 18. Juli: Musikjournalismus. 6. bis 8. August: Kreatives Schreiben für Fachzeitschriften. 25. August: Boulevard im Lokalen/für Ressortleiter.

ABZV, Bonn. 21./22. Juli in Blaubeyern: Kreatives Schreiben.

AFP, Hamburg. 14. bis 17. Juli: Schreibwerkstatt. 25. Juli: Die Kunst der kleinen Texte. 11. bis 13. August: Kreatives Schreiben. 14./15. August: Gesprächsführung und Moderation/für Journalisten aller Medien.

18. bis 20. August: Das Porträt.

JA, München. 5./6. August: Kreatives Schreiben – Themen und Geschichten erfinden.

JHB, Hagen. 7. bis 10. Juli: Recherche. 21. bis 25. Juli: Interview-Training. 28. bis 30. Juli: Redigieren.

JSR, Essen. 26./27. August in Erfurt: Sport und Sprache. 28./29. August in Erfurt: Recherche.

HNS, Berlin. 17. bis 19. Juli: Redigieren. 28. Juli/1. August: Interview.

Journalismus online

ABP, München. 14. bis 18. Juli: Gestaltung von Websites.

11. bis 14. August: Online-Texten.

AFP, Hamburg. 25. bis 27. August: Texte mit Folgen – Die kleinen On-

line-Tricks für die große Wirkung.

JA, München. 21. bis 25. Juli: Flash – Spezielle Effekte fürs Web.

JHB, Hagen. 28. Juli bis 8. August: Aufbau-seminar Onlinejournalismus.

MAK, Köln. 14. bis 16. Juli: Online-Redaktion II.

Layout / Infografik

JA, München. 14. bis 16. Juli: Layout mit Quark Xpress.

HNS, Berlin. 30. Juni bis 4. Juli: Layout.

Hörfunk

AFP, Hamburg. 8. bis 20. Juli: Radio intensiv – Comedy Schule. 29. bis 31. August: Radio intensiv – Formatradio.

DHA, Dortmund. 1./2. Juli: Kritik und Feedback journalistischer Produkte. 7./8. Juli: Interview-Training – Personenzentrierte Interviews.

EMA, Berlin. 27. bis 29. August: Anstiftung zum Hören.

Selbst- und Medienmanagement

EMA, Berlin. 2. bis 4. Juli: Marketing für Freie.

HNS, Berlin. 24. bis 26. Juli: Praktische Rhetorik. 28./29. Juli: Ziel- und Zeitmanagement. 30./31. Juli: Menschenkenntnis im Beruf.

JHB, Hagen. 4. bis 16. Juli: Krisenkommunikation.

MAK, Köln. 7./8. Juli: Projektmanagement I.

Film & TV

ABP, München. 4. bis 8. August: Fernsehen – Voll das Leben.

DWH, Hamburg. 11. bis 13. Juli: Drehbuch-Grundkurs.

FFFZ, Düsseldorf. 7. Juli: TV-Moderation: Coaching.

HNS, Berlin. 7. bis 9. Juli: Dramaturgie eines TV-Magazinbeitrags. 10./11. Juli: TV – Vom Konzept bis zur Abnahme.

KFH, Köln. 8. bis 11. Juli: Produktion von Kurzfilmen. 14. bis 18. Juli: Dokumentarfilm.

LAG BY, Gerolzhofen. 4. bis 6. Juli: BJF-Seminar zum Kinderfilmfest München. 18./19. Juli: Praxisseminar – Erlebnis Kinderkino.

LAG NiSa, Walsrode. 12. bis 19. Juli: Sommercamp der Jungen Medienszene.

LFD, Mainz. 3. bis 10. August: Cheap Video – Was taugen billige Schnittprogramme für PC?

MUK, Hamburg. Drehbuch – 18. bis 20. Juli: Einführung in das Drehbuchschreiben. 19./20. Juli in Berlin: Weiterentwicklung eines Treatment. 20. bis 22. Juli: Dreh-

buch Grundkurs. 5. und 19. Juli: Dokumentarfilm-Projektentwicklung.

UM, Mainz. 10. bis 14. Juni: Der Videoreporter in Theorie und Praxis/ Interviewkurs am Journalistischen Seminar.

WF, Berlin. 3. bis 10. August: Pixelation – Digitaler Videoschnitt und DVD-Produktion.

Film- & TV-Technik

BBM, Ludwigshafen. 28. Juli: Filmkamera-Seminar.

KFH, Köln. 5./6. Juli: Premiere II (Advanced). 11. bis 13. Juli: AVID Media Composer Basic.

JA, München. 11. bis 13. August: Digitaler Video-Schnitt am PC.

Film & TV-Management

ADB, München. 9. Juli: Rechtsfragen der Filmproduktion.

COP, Köln. 1./2. Juli: Erfolg durch mentale Navigation – Coaching in Kommunikation, Selfmanagement und -marketing/für Kommunikations- und Medienschaffende.

3. Juli, 28./29. Juli, 11. August, 6. Oktober und 3. November in der TÜV Akademie Rheinland: Mehrteiliges Coaching-Seminar „Führen“/für mittleres Management.

KFH, Köln. 30. Juni bis 4. Juli: Filmproduktion Modul III.

MSD, Berlin. 8. bis 11. Juli: Produktionsmanagement Fiction.

Public Relations

ABP, München. 16. bis 18. Juni: Gestaltung Kundenzeitschrift. 21. Juli bis 1. August: Grundkurs PR. 21. bis 25. Juli: PR-Texte, Presseerklärungen, PR-Strategie.

AFP, Hamburg. 21. bis 23. Juli: Kundenmagazine. Spezialangebot PR – Pressemitteilungen, Reden, Internetauftritt.

FAZ, Frankfurt. 2. bis 5. Juli bzw. 20. bis 23. August: 4-tägiger PR-Textworkshop Grundlagen des journalistischen Schreibens.

JHB, Hagen. 1. bis 4. Juli: Mitarbeiterzeitschrift. 4. bis 7. August: Pressestellenjournalismus – Rhetorik des Schreibens.

MFG, Stuttgart. 16. Juli: Erfolgreich mit Agenturen zusammenarbeiten.

MultiMedia

AH, Braunschweig. 7. bis 9. Juli in Hannover: E-Learning-Management.

MFG, Stuttgart. 2. Juli in Berlin: Deutscher Multi Media Kongress DMMK 2003 – Forum Digitale Wirtschaft mit Verleihung des Deutschen Multimedia Awards. 2./3. Juli in Baden-Baden: 8. Baden-Badener Sommerakademie „E-Learning in Praxis und Wissenschaft“. 8. Juli: IT Security – Krisen durch Sicherheitsmanagement vermeiden.

Fotografen und Stimmübertragung

Die VG Bild-Kunst
Mitglieder-Jahreshauptversammlung
findet am 19. Juli 2003 in Berlin
(im SORAT Hotel – Spreebogen) statt.

In der dritten Juniwoche werden allen Wahrnehmungsberechtigten der VG Bild-Kunst wieder die Stimmübertragungskarten für die Mitgliederversammlung, die am 19. Juli in Berlin stattfindet, zugeschickt. **Bitte macht Euch die kleine Mühe und tragt die dju in ver.di als Stimmberechtigten ein, unterschreibt und werft die Karte in den Postkasten.** Eure Urheberinteressen werden dann von Rainer Hachfeld und Günter Zint vertreten.

Von der stimmberechtigten Mitgliederzahl sind wir wohl der stärkste Verband. Leider hat sich das in den letzten Jahren nicht in der Stimmzahl niedergeschlagen. **Wir können für Euch nur etwas erreichen wenn wir genügend Stimmen vorweisen können.** Also: Diesmal unbedingt an die Stimmübertragung denken.

Ihr könnt dies auch formlos mit einer eigenen Postkarte an die VG Bild-Kunst Weberstr.61, 53113 Bonn machen. Mitgliedsnummer, Stimmempfänger und Datum plus Unterschrift genügen! **Die Karte muß bis zum 14. Juli dort eingegangen sein.**

Adressen/Seminare

ABP: Akademie der Bayerischen Presse, Rosenheimer Straße 145c, 81671 München, Telefon 089/49 99 92-0, Telefax 089/49 99 92-22, Internet www.akademie-bayerische-presse.de, E-Mail abp-muenchen@t-online.de.

ABZV: Akademie Berufliche Bildung der deutschen Zeitungsverlage e.V., In der Wehrhecke 1, 53125 Bonn, Telefon 0228/259 00-0, Telefax 0228/259 00-26, Internet www.abzv.de, E-Mail info@abzv.de.

ADB: Akademie des Deutschen Buchhandels GbR, Literaturhaus München, Salvatorplatz 1, 80333 München, Telefon 089/29 19 53-0, Telefax 089/29 19 53-69, Internet www.buchakademie.de. E-mail info@buchakademie.de.

AFP: Akademie für Publizistik, Warburgstraße 8-10, 20354 Hamburg, Telefon 040/41 47 96-0, Telefax 040/41 47 96-90, Internet www.akademie-fuer-publizistik.de, E-mail info@akademie-fuer-publizistik.de.

AH: AH Coaching & Medienproduktion, Am Lagholz 20, 38173 Sickinge/Braunschweig, Telefon 05305/90 18 90, Telefax 05205/90 18 80, www.hirschhorn-web.de, E-Mail hirschhorn@web.de.

BBM: Bildungszentrum BürgerMedien, Turmstraße 8, 67059 Ludwigshafen, Telefon 0621/52 22 47, Telefax 0621/520 22 43, E-Mail hans-uwe.daumann@lpr-online.de.

BKB: Bundesakademie für kulturelle Bildung, Postfach 1140, 38281 Wolfenbüttel, Telefon 05331/808-0, Telefax 05331/808-413, Internet www.bundesakademie.de.

COP: COP – Praxis für Coaching, Organisation und PR, Birgitt E. Morrien, Krüthstraße 27, 50733

Köln, Telefon 0221/739 32 62, Telefax 0221/739 17 69, E-mail contact@cop-morrien.de, Internet www.cop-morrien.de.

DHA: Deutsche Hörfunk Akademie, Nollendorfplatz 2, 44339 Dortmund, Telefon 0231/98 89 00, Telefax 0231/98 89 0-25, E-Mail dha@hoerfunkakademie.de, Internet www.hoerfunkakademie.de.

DM: Deutsches Museum, Dr. Marc-Denis Weitze, 80306 München, Telefon 089/21 79-423, Telefax 089/21 79-239, Internet www.deutsches-museum.de, E-Mail m.weitze@deutsches-museum.de.

DWH: Drehbuchwerkstatt Hamburg e.V., Telefon 040/390 37 22, Telefax 040/39 34 79, Internet www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de.

EMA: Evangelische Medienakademie/Journalistenschule, Lebensstraße 3, 10623 Berlin, Telefon 030/31 001-417, Telefax 030/21 001-440, Internet www.evangelische-medienakademie.de, E-mail izimmer@ev-medienakademie.de.

FAZ: F.A.Z. – Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen, Mainzer Landstraße 195, 60326 Frankfurt/Main, Telefon 069/75 91-20 76, Fax 75 91-27 64, E-mail info@faz-institut.de.

FES: Friedrich-Ebert-Stiftung, Journalistenakademie, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn, Telefon 0228/883-325, Telefax 0228/883-695, Internet www.fes.de, E-Mail apbmail@fes.de.

FFFZ: Film Funk Fernseh Zentrum der Evangelischen Kirche im Rheinland, Kaiserswerther Straße 450, Postfach 30 03 43, 40403 Düsseldorf, Telefon 0211/45 80-250, Telefax 0211/45 80-200.

HNS: Henri-Nannen-Schule Berlin, Ritterstraße 3, 10969 Berlin, Telefon 030/79 74-270, Telefax 030/79 74-27 22, E-Mail henrinnanen@yahoo.de, Internet www.hnsberlin.de.

JA: Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner, Postfach 190418, 80604 München, Telefon 089/167 51 06, Telefax 13 14 06, Internet www.journalistenakademie.de.

JHB: Journalistenzentrum Haus Busch/Deutsches Institut für publizistische Bildungsarbeit, 58099 Hagen, Telefon 02331/365-600, Telefax 02331/365-699. Internet: www.hausbusch.de, E-Mail hausbusch@hausbusch.de. Schriftliche Bewerbungen für Multimedia Publishing: Multimedia-Center, Universitätsstraße 11, 58097 Hagen, Telefon 02331/98 47 40, Internet www.mmc-hagen.de.

JSR: Journalistenschule Ruhr, Scherderhofstraße 55–57, 45145 Essen, Telefon 0201/804-19 61 oder -19 62, Telefax 0201/804-19 63, E-mail m.jentsch@journalistenschule-ruhr.de. Internet <http://www.journalistenschule-ruhr.de>.

KFH: Kölner Filmhaus e.V., Maybachstraße 111, 50670 Köln, Telefon 0221/22 27 10-30, Telefax 0221/22 27 10-99, E-Mail seminare@koelner-filmhaus.de, Internet www.koelner-filmhaus.de.

LAG BY: Landesarbeitsgemeinschaft Film Bayern e.V., Walter Stock, Balthasar-Neumann-Straße 22, 97447 Gerolzhofen, Telefon 09382/82 45, Telefax 09382/82 69, E-Mail WStock.LAGFilm@t-online.de.

LAG NiSa: Landesarbeitsgemeinschaft Jugend und Film Niedersachsen, Moorstraße 98, 29664 Walsrode, Telefon 05161/91 14 63,

Telefax 05161/91 14 64, Internet www.lag-film.bkj.de, E-Mail lag.film.nds@t-online.de.

LFD: Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e.V., Simone Schnipp, Postfach 3004, 55020 Mainz, Telefon 06131/14 38 41, E-Mail lfid@uni-mainz.de.

MAK: Medienakademie Köln gGmbH, Im MediaPark 6, 50670 Köln, Telefon 0221/57 43 72 00, Telefax 0221/57 43 72 01, Internet www.medienakademie-koeln.de.

MFG: Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Medienentwicklung, Geschäftsstelle doIT, Breitscheidstraße 4, 70174 Stuttgart, Telefon 0711/907 15-300, Telefax 0711/715-350, Internet www.mfg.de oder www.doIT-online.de, E-Mail medienentwicklung@mfg.de.

MSD: Master School Drehbuch, Linienstraße 155, 10115 Berlin, Telefon 030/308 79 315, Fax 030/308 79 314, www.masterschool.de, E-Mail info@masterschool.de.

MUK: Medien und Kulturarbeit e.V., Friedensallee 7, 22765 Hamburg, Telefon 040/39 90 99 31, Telefax 040/390 95 00, Internet www.medienundkultur.hamburg.de, E-mail medienundkulturarbeit@t-online.de.

UM: Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Journalistisches Seminar, 55099 Mainz, Telefon 06131/39-0. Anmeldung: Workout Media, Hendrik Esser, Wallstraße 11, 55122 Mainz, Telefon 06131/570 29 18, E-Mail presse@workout-media.de.

WF: wannseeFORUM, Wannseeheim für Jugendarbeit, Michael Lange, Hohenzollernstraße 14, 14109 Berlin, Telefon 030/80 68 00, Telefax 030/806 80 70.

Journalismus

Heißt Familie Schluss mit lustig?

RAVENSBURG. Die Stiftung Ravensburger Verlag sucht im Rahmen ihres Medienpreises zum dritten Mal Beiträge über positive Beispiele familiären oder familienähnlichen Zusammenlebens. Ziel dabei ist es, das öffentliche Interesse für alle Themen rund um die nichtinstitutionelle Kinder- und Jugendernziehung zu fördern. Teilnehmen kann, wer in Print, TV, Hörfunk, Serie oder Kleiner Form über die verantwortungsvolle Arbeit von Eltern bzw. Erwachsenen berichtet und seinen entsprechenden Medienbeitrag aus den letzten 12 Monaten

bis zum 30. Juni 2003 einsendet an: Stiftung Ravensburger Verlag, Stichwort Medienpreis, Postfach 1860, 88188 Ravensburg. Das Preisgeld beträgt zusammen 10.000 Euro.

Reportagen aus der Justiz

HEIDELBERG. Herausragende Justizreportagen aller Medien werden auch in diesem Jahr wieder mit dem seit 2000 vergebenen Regio-Preis ausgezeichnet. Namensgeber ist Regio, Abt in Prüm (840 - 915). Die Auszeichnung fördert auch solche Journalisten, die sich nicht nur auf die großen Prozesse stürzen, sondern regelmäßig fundierte Ge-

richtsreportagen liefern. Einsendeschluss für die Kategorie Printmedien, Hörfunkreportage, Fernsehreportage sowie Neue Medien ist der 31. Juli 2003.

Die Auszeichnung wurde von dem Heidelberger Rechtsanwalt Wolfgang Ferner ins Leben gerufen und wird vom Luchterhand-Verlag, Neuwied unterstützt. Schirmherr ist der Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz, der Preis wird jährlich im Oberlandesgericht Koblenz übergeben. Kontakt: Ferner Consulting, Bunsenstr. 18, 69115 Heidelberg, Telefon 06551/981 91 98, Telefax 06551/981 91 99, E-Mail info@regio-preis.de.

Brauchen wir Natur?

FRANKFURT. Brauchen wir Natur? – Diese ebenso banale wie provokative Frage ist Thema eines Schreibwettbewerbs über Zukunftsfragen, den der Petroleumpalast Shell und das Wirtschaftsmagazin „The Economist“ gemeinsam ausschreiben. Ein entsprechendes Essay, das den Spagat zwischen wirtschaftlichen Interessen und der Sicherung unserer Lebensgrundlagen treffend darstellt, soll 2004 veröffentlicht und mit 20.000 US-Dollar prämiert werden. Zwei zweite Preise sind mit je 10.000, fünf dritte Preise mit je 5.000 Dollar dotiert. Die Beiträge müssen in englischer Sprache ein-

gereicht werden. Die Länge der Texte sollte 2000 Wörter nicht überschreiten. Einsendeschluss ist der 22. August 2003. Näheres unter www.shelleconomistprize.com. Kontakt: Christoph Lautenbach / Matthias Adel, Cohn & Wolfe Public Relations GmbH & Co. KG, Kleyerstrasse 25, 60326 Frankfurt am Main, Telefon 069/75 06 15 26, Telefax 069/75 06 15 28, E-Mail: christoph_lautenbach@de.cohn-wolfe.com, www.economist.com.

Preise der Vogel-Stiftung für Wirtschaftsjournalismus

HAGEN. Die Friedrich-und-Isabel-Vogel-Stiftung zeichnet wieder wirtschaftsjournalistische Beiträge in Tageszeitungen und Wirtschaftspresse sowie in Hörfunk und Fernsehen aus. Ein gesonderter Preis wird in der Sparte Wirtschafts-In-

fografiken vergeben. Das Preisgeld beträgt jeweils 3.500 Euro. Außerdem werden zwei Nachwuchspreise als Reisestipendien vergeben. Sie sind mit jeweils 1.250 Euro dotiert. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 31. August 2003. Nähere Informationen im Internet unter www.vogel-stiftung.de oder bei der Geschäftsstelle der Stiftung co Journalisten-Zentrum Haus Busch, 58099 Hagen, Telefon 02373/39 17 01, Telefax 02373/39 16 88, E-Mail info@vogel-stiftung.de.

Helmut-Schmidt-Preis für Verbraucherjournalismus

FRANKFURT. Die Deutsche Direktbank (DiBa) stiftet seit 1995 jedes Jahr den Helmut Schmidt-Journalistenpreis für besonders verbraucherfreundliche Berichterstattung über Wirtschafts- und Finanzthemen.

Die Jury berücksichtigt hierfür Presseartikel, Online-Konzepte sowie Hörfunk- und Fernsehbeiträge aus dem Publikationszeitraum 16. Juli 2002 bis 15. Juli 2003. Drei herausragende journalistische Leistungen werden mit 7.500, 5.000 bzw. 2.500 Euro prämiert. Auch Gemeinschaftsarbeiten können eingereicht werden. Die Zahl der Einsendungen pro Autor ist auf zwei Beiträge begrenzt. Information: Allgemeine Deutsche Direktbank, Dr. Ulrich Ott, Theodor-Heuss-Allee 106, 60486 Frankfurt, Telefon 069/272 22-233, Fax: 069/272 22-116, E-Mail u.ott@diba.de, www.presse.diba.de

Medienpreis Osteoporose

DÜSSELDORF. Osteoporose ist eine Erkrankung, die durch frühzeitiges präventives Handeln oftmals vermieden werden kann. Bereits heute

wird von etwa 6 Millionen Betroffenen alleine in Deutschland gesprochen. Um die Aufklärungsarbeit zu stärken, schreibt der Bundeselbsthilfverband für Osteoporose e.V. (BfO) deshalb einen Medienpreis aus. Noch bis zum 30. Juni können sich Print-, Hörfunk- und Fernsehjournalisten bewerben. Am Wettbewerb teilnehmen können Journalisten bis zum 42. Lebensjahr mit Beiträgen aus den letzten beiden Jahren. Der Preis ist pro Kategorie (Print oder Radio/TV) mit je Euro 2.500 dotiert.

Kontakt: Bundesselbsthilfverband für Osteoporose e.V., Geschäftsstelle, Stichwort: Medienpreis, Kirchfeldstrasse 149, 40215 Düsseldorf, Telefon 0211/31 91 65, Telefax 0211/33 22 02, Internet www.bfo-aktuell.de.

Rundfunk

Campus-Hörfunkpreis

Die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) vergibt zum zweiten Male in Folge den LfM-Campus-Hörfunkpreis als Anerkennung für hochschulbezogene Programmleistungen im nordrhein-westfälischen Campus-Radio. Teilnahmeberechtigt sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Campus-Radios. Ziel des Hörfunkpreises, der als eigenständiger Wettbewerb durchgeführt wird, ist die Förderung der publizistischen Qualität im Universitäts-Hörfunk. Geplant ist die Vergabe von insgesamt drei Preisen für Beiträge in den Kategorien Moderation, Hochschule und Wissenschaft. Die Ausschreibungsunterlagen können unter www.lfm-rw.de/downloads/ausschr-camppreis2003.pdf </> www.lfm-rw.de/downloads/ausschr-camppreis2003.pdf Kontakt bei Rückfragen: Dr. Peter Widlok, Telefon 0211/770 07-141 E-Mail: pwidlok@lfm-nrw.de

LfR-Hörfunkpreis

DÜSSELDORF. Kreative Programmleistungen im privaten Hörfunk zeichnet die Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen erneut mit ihrem LfR-Hörfunkpreis aus. Mitarbeiter nordrhein-westfälischer Lokalradios sowie des Rahmenanbieters radio NRW und alle Bürgerfunkgruppen können bis zum 31. Juli 2003 Beiträge einreichen. Vergaben werden Aus-

zeichnungen in den Bereichen „Redaktionelle Beiträge“, „Bürgerfunkbeiträge“ und „Lokale Werbung“. Der Preis ist insgesamt mit 23.000 Euro dotiert. Ausführliche Ausschreibungsunterlagen bei der LfR, Zollhof 2, 40221 Düsseldorf, Telefon 0211/770 07-0, Fax: 0211/72 71 70, Email: info@lfm-nrw.de

Holtzbrinck-Preis

BERLIN. Für herausragende Reportagen und Analysen aus dem Wirtschaftsleben wird auch in diesem Jahr wieder der mit insgesamt 10.000 Euro dotierte Georg von Holtzbrinck Preis für Wirtschaftspublizistik verliehen. Die eingereichten Reportagen und Analysen sollen wirtschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen insbesondere aus dem Finanz- und Unternehmensbereich für ein breites Publikum greifbar machen. Es wird je ein Preis in den Kategorien Print und elektronische Medien vergeben. Außerdem gibt es einen Nachwuchspreis für Bewerber unter 30 Jahren. Einsendeschluss ist der 1. Juli 2003. Kontakt: Veranstaltungsforum der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck GmbH, Wallstraße 23/24 – Die Wallhöfe, 10179 Berlin, Telefon 030/27 87 18-20, Fax: 030/27 87 18-18, E-Mail wirtschaftspublizistik@vf.holtzbrinck.de, Internet vf-holtzbrinck.de.

Weiterbildungsschein für Medienmacher

Vom Arbeiten mit Redaktionssystemen bis zum Zeitmanagement reicht die Palette der Weiterbildungsseminare, die die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di gemeinsam mit der Journalistenakademie Dr. Hooffacker und Partner ab Oktober 2003 in Nürnberg und München anbietet. In den Sparten Print, Hörfunk, Fernsehen, Bild und Online, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Freie sind bis Juni 2004 18 Tagesseminare im Programm. Jeder Teilnehmer erhält einen Weiterbildungsschein. Ab fünf besuchten Veranstaltungen wird ein Weiterbildungszertifikat ausgestellt. Die Seminare kosten je 149 Euro. Mitglieder der dju, von European Journalists, von connex.av und Studierende zahlen die Hälfte.

In der Seminarreihe „Weiterbildungsschein für Medienmacher“ werden Tagesseminare am Samstag und unter der Woche angeboten. Diese sind in sieben Sparten unterteilt, die jedoch durchlässig sind. Der Printjournalist kann und soll auch an dem für Hörfunkjournalisten konzipierten Rhetorikseminar teilnehmen. Die freie Journalistin kann die Gestaltung von Webseiten lernen, ein fest angestellter Fernsehjournalist kann sich über Existenzgründung informieren.

Informationen und Programm: Journalistenakademie Dr. Hooffacker und Partner, Arnulfstr. 111 – 113, 80634 München, Tel: 089/1675106, Fax 089/13 14 06, www.weiterbildungsschein.de und bei der dju / ver.di in Nürnberg und München.

Film / TV / Video

Wie wir leben

MÜNCHEN. Die Arbeitsgemeinschaft Behinderung und Medien e.V. will mit ihrem Kurzfilmfestival „Wie wir leben“ zum vierten Mal authentische Kurzfilme über den Alltag und die Lebensbedingungen behinderter Menschen fördern. Besonders behinderte Menschen selbst sollen ermutigt werden, sich in Film und Fernsehen für ihre eigenen Anliegen zu engagieren. Zum Festival und damit zum Wettbewerb eingereicht werden können maximal einstündige Film- und Videoproduktionen, die nach dem 1. Januar 2001 entstanden sind.

Die ersten drei Preise sind mit zusammen 8.500 Euro dotiert. Einsendeschluss ist der 15. Juli 2003. Information: Bonner Platz 1/V, 80803 München, Telefon 089/30 79 92-0, Telefax 30 79 92-22, Internet www.abm-medien.de.

Berliner Kurzfilmfestival

BERLIN. Das Internationale Kurzfilmfestival Berlin ruft noch bis zum 18. Juli 2003 zur Teilnahme auf. Rund 100 Filme werden für den internationalen Wettbewerb nominiert. Neben den Preisen Bester Film, Beste Kamera, Beste Animation, Bester Sound und Bester

Impressum

„M – Menschen Machen Medien“
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint monatlich (10 Ausgaben
im Jahr)

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)/Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand:
Frank Bsirske/Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030/69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesvorstand/Redaktion M, Potsdamer Platz 10, Haus 4
10785 Berlin, Fax: 030/69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.
Verlagsanschrift: „M – Menschen Machen Medien“, ver.di e.V., Bundesvorstand, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin.

Anzeigenleitung: Bernd Heußinger, Kornweg 21, D-21445 Wulfsen, Telefon 041 73-5 09 92-0
Telefax 041 73-51 19 12, E-Mail: heussinger@verdi-anzeigen.de
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 8a, gültig ab 1. 1. 2002, anzufordern bei der Anzeigenleitung
Anzeigenschluss: Bitte Terminliste anfordern.

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57
Bildrecherche: Christian v. Polentz
Druck und Vertrieb: W. E. Weinmann Druck + Media GmbH, Raiffeisenstr. 15, 70794 Filderstadt, Postfach 41 60, 70779 Filderstadt

Jahresabonnement: 36 €
einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt, Telefon 07 11/7 00 15 30.
Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk/Film/Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur“ verantwortlich: Burkhard Baltzer 0711/20 97-2 60
„Druck + Papier“ verantwortlich: Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet (inkl. aktuelles Inhaltsverzeichnis von „M“ und ausgewählte Texte, Archiv seit März '96):
www.verdi.de/m

Redaktionsschluss:
„M“ 7–8/2003: 12.05.2003
„M“ 9/2003: 14.07.2003

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Film/TV/Video

Dokumentarfilm werden weitere Preise vergeben in den Wettbewerben Internationale Kinderfilme, Internationale Kurzfilme gegen Gewalt und Intoleranz, Filme aus der Region Berlin-Brandenburg sowie für Filme der „Langen Nacht des abwegigen Films“. Anmeldung und Information: Interfilm Festival, Tempelhofer Ufer 1A, 10961 Berlin, Telefon 0 30/693 29 59, E-Mail interfilm@interfilm.de, Internet www.interfilm.de.

Kurz & Schön
KÖLN. Einen Nachwuchspreis für kürzeste Film- und TV-Stories, „Kurz & Schön 2000“, schreiben die Kunsthochschule für Medien Köln und der WDR aus. Einsendeschluß für die maximal 100 Sekunden lange Spots ist der 14. Juli 2003. Die Kategorien: Corporate ID/Programm Design, Werbung/Social Spot, Freie filmische Erzählung/Trickfilm, Promotion für Rundfunkgebühren, Spots gegen Gewalt von Rechts. Belohnt werden experimentelle Kreativität, Originalität und Verständlichkeit in der internationalen Film- und TV-Produktion. Die Gesamtdotierung beträgt 14.000 Euro. Teilnahmeberechtigt sind Auszubildende und Studierende aus den Bereichen Bewegtbildmedien, Kommunikation und Kunst. Information: Kurz & Schön, Kunsthochschule für Medien Köln, Peter-Welter-Platz 2, 50676 Köln, Telefax 0221/949 96 82, E-Mail info@art2b.net, Internet www.kurzundschoen.khm.de.

Nachwuchspreis eDward
FRANKFURT. Als Sprungbrett zur Karriere in die Filmbranche nutzen können junge Studenten, Agenturjunoren und freie Filmschaffende unter 30 den Nachwuchs-Wettbewerb eDward des Europäischen Festival for Production and Visual Effects. Das Festival eDIT/VES 2003 findet vom 28. bis 30. September 2003 im CineStar Metropolis Frankfurt statt. Bewerber sind aufgerufen, ihr Talent mit einem 30-Sekunden-Film unter Beweis zu stellen, entweder in der Kategorie „Searching for Europe“ oder in der Kategorie „Best eDITing“ ohne Themenbindung. Commercials oder Social Spots können noch bis zum 18. August 2003 eingereicht werden. Anmeldung und Information im Internet unter www.edward.de oder bei der Kongressleitung eDIT/VES 2003, Niddastraße 64, 60329 Frankfurt/Main, Telefon 069/25 66 97-0, Telefax 069/5 66 97-39.

Leute

Dr. **Marco Althaus**, zuletzt Leiter der Pressestelle im niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, zuvor Redakteur bei der „Neuen Presse“ (Hannover), wurde Pressesprecher und Leiter Unternehmenskommunikation der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (Berlin), dem Unternehmensbereich der SPD.

Werner van Bebber, zuletzt im Hauptstadtbüro der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, wechselt als Reporter zurück zum „Tagesspiegel“.

Steve Blame, früherer MTV-Moderator und Programmdirektor von Viva Zwei, gründete die TV School Cologne, in der Nachwuchs-Moderratoren ausgebildet werden sollen.

Mirko Borsche, Michael Ebert und **Timm Klotzek**, früherer beim eingestellten „SZ“-Jugendmagazin „jetzt“, sind bei Gruner + Jahr (Hamburg) Projektleiter für die Entwicklung der Testnummer eines „jungen Magazins“. Zu dem Team gehören auch **Sabine Magerl**, zuvor bei der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, und **Matthias Kalle** („Tagesspiegel“).

„Bravo Screenfun“ (Bauer Verlagsgruppe): Eine Reduktion der Redaktion betraf u.a. den stellvertretenden Chefredakteur **Gerhard Fuhrmann**, Redakteur **Rainer Fellmann**, dessen Ressort Kino & TV von Chefredakteur **Anatol Locker** selbst übernommen wurde, und Redakteurin **Christiane Strobel**. Für das Ressort Handy & Internet ist jetzt **Lisa Brack** zuständig.

Ralf-Dieter Brunowsky, früherer Chefredakteur von „Capital“, wird Herausgeber von „GELDidee“ (Bauer Verlagsgruppe). Da künftig die BrunoMedia in Köln das Wirtschaftsmagazin erstellt, wird die Hamburger Redaktion geschlossen.

Hans-Peter Buschheuer, derzeit Chefredakteur des Kölner „Express“ (M. DuMont Schauberg), wird neuer Chefredakteur des „Berliner Kurier“ (Berliner Verlag). Nach dem Ausscheiden von **Caroline Methner** hatte der stellvertretende Chefredakteur **Jan Schmidt** das Boulevardblatt kommissarisch geleitet.

Tom Curley, Herausgeber der US-amerikanischen Tageszeitung „USA Today“, löst als Vorstandsvorsitzender und Präsident der Nachrichtenagentur AP **Louis Boccardi** ab.

In den dju-Vorstand München wurden gewählt: **Irene Gronegger**, **Thies Marsen**, **Christian Rettermayer**, **Michael Backmund**, **Petra Gerschner**, Dr. **Christian Burchhard**, **Jan Hanika**, **Thomas Volland** und Dr. **Bernd Buchner**.

Markus Dreesen, bisher freier Comedy-Autor, wurde Chef vom Dienst und Leiter On-Air-Promotion bei RTL Radio.

Angela Elis, Moderatorin des Umwelt- und Naturmagazins „ZDF. Umwelt“ sowie des 3sat-Wissenschaftsmagazins „nano“ und der ZDF-Ratgeberausendung „Schlaflos um Mitternacht“, löste zusätzlich als Moderatorin des ZDF-Wirtschaftsmagazins „WISO“ **Michael Jungblut** ab, der in den Ruhestand trat.

Claudia Finger-Erben, bisher schon bei Antenne Bayern, folgte als Korrespondentin für Mittelfranken auf **Alexander Glösslein**.

Fritz Frey, bisher beim SWR Leiter der Abteilung Fernsehen Politik Inland und stellvertretender Chefredakteur, übernimmt die Chefredaktion Fernsehen Rheinland-Pfalz von **Bernhard Nellessen**, der Fernsehredaktion des SWR wird.

Helmut Gebauer, Verleger der Saarländischen Wochenblatt Verlagsgesellschaft, folgte als Präsident des Bundesverbands Deutscher Anzeigenblätter auf **Dieter Schneider**; neuer Vizepräsident ist **Helmut Lanio**, Geschäftsführer der WM Beteiligungs- und Verwaltungen GmbH & Co KG.

„Glamour“ (Condé-Nast): **Andrea Ege**, bisher Objektleiterin für „Max CityGuide online“ (Tomorrow Focus), löst als Chefin vom Dienst **Gaby Milchers** ab. **Markus Carrer**, zuvor Textchef bei „Bild“ und Vize-Chefredakteur bei „Marie Claire“, wird zweiter Textchef neben **Carla Mühlens**. **Peter Hummel**, früherer Textchef bei „Computer Easy“ und Chefreporter von „Weltbild“, wird Leiter des Ressorts Reise und Reportage. Die Ex-„Bunte“-Redakteurinnen **Edith Einhart** und **Barbara Woinke** sind für die Ressorts Liebe und Leben bzw. Stars und Trends zuständig.

Ulf C. Goettges, zuletzt stellvertretender Chefredakteur von „Hörzu“, verlässt das Blatt.

Pit Gottschalk, bisher stellvertretender Chefredakteur von „Sport Bild“, folgte als Chefredakteur auf **Willi Schmitt**.

Leute

Jürgen Haar und **Hans-Jörg Zürn**, bislang Chefs vom Dienst der „Sindelfinger Zeitung/Böbinger Zeitung“, folgten als Chefredakteure des Blatts auf **Winfried Holtmann**, der verstorben ist.

Gunter Haug, dem wegen seines Kriminalromans „Höllenfahrt“ – der angeblich Missstände bei einer öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt mit Sitz in Stuttgart schilderte – vom SWR fristlos gekündigt worden war, hat sich mit dem Sender geeinigt. Nach einer Entschuldigung wird Haug ab Mai wieder vom SWR eingestellt.

Bettina Hildebrand, bisher beim ZDF Redakteurin und Pressereferentin der Talkshow „Berlin Mitte“, ist jetzt für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Instituts für Menschenrechte verantwortlich.

Hermann Kirchmann, bisher als Autor, Berater, Produzent und Geschäftsführer auf dem Feld Film- und Fernsehproduktion tätig, löste als Leiter des Bereichs Serie und Sitcom bei SAT 1 **Jan Kromschroder** ab, dessen Vertrag nicht verlängert wurde.

Stephan Kürthy folgt als Redaktionsleiter von „Am Sonntag“ (Neue Presse Verlags GmbH) auf **Christian Karl**, der Sportredakteur bei der „Passauer Neuen Presse“ wird.

Anke Lehmann, zuletzt Consultant für Politische Kommunikation und PR bei ECC Public Affairs (Berlin), wurde Referentin für den Arbeitsbereich Medienpolitik beim Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT).

Birgit Lehmann, zuletzt in der Internet-Redaktion des WDR (Köln) tätig, folgte als Leiterin der WDR-Fernsehredaktion „Lokalzeit Düsseldorf“ auf **Thomas Nell**, der Leiter der neuen WDR-Fernsehprogrammgruppe Wirtschaft und Recht im Programmbereich Politik und Zeitgeschehen wurde.

Ulrich Manz, bisher Moderator des Radio-Magazins „Der Tag“ auf hr 1, wird Leiter Kommunikation der Deutschen Flugsicherungs GmbH.

Nina Maurischat rückte von der stellvertretenden zur Chefredakteurin des Magazins „Mädchen“ auf, das sie schon zuvor kommissarisch geleitet hatte.

Viktor von Oertzen, Hauptabteilungsleiter „Land und Leute“ in der SWR-Landessenderdirektion Baden-Württemberg sowie stellvertretender Landessenderdirektor, löst zum 1. November als Leiter der SWR-Hauptabteilung Personal, Honorare und Lizenzen **Alfred Grupp** ab, der in den Ruhestand geht.

Alexandra O'Mullan, zuletzt freie Autorin, zuvor Chefreporterin von „Bild“ in Köln, wurde festangestellte Autorin bei der „Bunten“.

Dirk Rauser, zuletzt einer von zwei Geschäftsführern bei RTL Net und Leiter der Unternehmensentwicklung von RTL Newmedia, wurde bei n-tv Chef des neuen Ressorts Business Affairs.

Sabine Rosenblatt, früher Chefredakteurin von „Die Woche“, löste als Chefredakteurin der Monatszeitschrift „Internationale Politik“ (W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld) **Angelika Volle** ab und betreut auch die vier mal pro Jahr erscheinende englische Ausgabe.

Dietrich Sattler, Pastor und Vorsteher des „Rauhen Hauses“, löste als Vorstandsvorsitzender der Hamburgischen Anstalt für neue Medien **Roland Rückel** ab, der zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde.

Klaus Schweinsberg rückte bei „Impulse“ (G+) vom stellvertretenden Chef vom Dienst zum stellvertretenden Chefredakteur auf.

Gert Scobel, bisher Moderator beim ARD-„Morgenmagazin“, wechselte zum ZDF-Magazin „sonntags – TV fürs Leben“. Er präsentiert weiterhin „Kulturzeit“ auf 3sat.

Christian Seidl, früher Redaktionsleiter des Magazins „jetzt“ der „SZ“, wird Textchef von „Gong“.

Michael Spreng, zuletzt Wahlkampfberater von Edmund Stoiber, früher Chefredakteur von „Bild am Sonntag“, wird Redaktionsleiter einer neuen ARD-Talkshow mit **Sandra Maischberger**.

Wolfgang Thaeert löste als Vorsitzender der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten **Norbert Schneider** ab.

Dr. **Ursula Weidenfeld**, Leiterin des Wirtschaftsressorts des „Tagespiegel“ (Berlin) und Kolumnistin,

wechselt mit ihrer Kolumne „Casual Friday“ von der „Financial Times Deutschland“ zum „Handelsblatt“.

Annette Wierner, bisher Leiterin der Bildredaktion des „Handelsblatts“, schied aus und macht sich selbständig.

Frank Wilmes, zuletzt Redakteur bei „Capital“, folgte als Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Unternehmensgruppe TÜV Rheinland Berlin Brandenburg auf **Rainer Strang**.

ZDF: **Anne Reidt**, zuletzt bei „ZDFreporter“, wurde Leiterin des ZDF-Landesstudios Hessen in Wiesbaden. **Günther Neufeldt**, bisher Redaktionsleiter von „drehscheibe Deutschland“, folgt als Redaktionsleiter und Moderator bei „ZDFreporter“ auf **Peter Kunz**, der Leiter des ZDF-Studios in Singapur wurde. Sein Vorgänger **Uwe Kröger** wechselte als Korrespondent nach New York.

Sonja Ziemer, bisher Projektleiterin für Marketeam Publicity (Hamburg), folgte als Leiterin der Presseabteilung beim Senator Film Verleih auf **Rolf Grabner**.

Annerose Zuber wird Hörfunk-Korrespondentin des BR in Hof; **Thomas Viewegh** berichtet aus Bayreuth.

Preise

Prof. **Manfred Bandmann**, u.a. Präsident des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR), wurde vom Verband der Motorjournalisten (VdM) der Goldene VdM-Dieselring 2003 verliehen.

Wolfgang Beckers Erfolgsfilm „Good bye, Lenin“ wurde vom Hauptverband Deutscher Filmtheater die „Goldene Leinwand“ zugesprochen.

Iris Berben wurde wegen ihres Engagements für die Verständigung zwischen Juden und Christen, gegen Antisemitismus und Fremdenhass von der Europa-Ausgabe des „Time“-Magazins zur „Europäischen Heldin 2003“ erkoren. Insgesamt wurde 36 Persönlichkeiten diese Anerkennung zuteil.

Joachim Bublath, Wissenschaftsjournalist beim ZDF, wurde beim 12. Internationalen Filmfestival in Parma/Italien für die Sendereihe „Chaos im Universum“ mit dem Prix Leonardo 2003 für das beste naturwissenschaftliche Fernsehprogramm ausgezeichnet.

Die Kamerafrau **Janne Busse** erhielt für den Spielfilm „Klassenfahrt“ den mit 5000 € dotierten Kamerapreis des internationalen Filmfestivals „femme totale“.

13. Deutsches Kinder-Film & Fernseh-Festival Goldener Spatz/Preise der Kinderjury – Minis: „Backe, backe Kuchen“ (WDR); Informa-

Herbert Riehl-Heyse ein großer Reporter ist tot

Herbert Riehl-Heyse, einer der großen kritischen Journalisten in Deutschland, ist tot. Der leitende Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ in München starb im Alter von 62 Jahren nach einer langen schweren Krebserkrankung in der Nacht zum 23. April. Riehl-Heyse hat mit seinen Reportagen, als Streiflicht- und Buchautor den Stil der „Süddeutschen Zeitung“ maßgeblich mitgeprägt. „Seine Texte waren ironisch, aber nie verletzend“, sagte der stellvertretende SZ-Chefredakteur Ernst Fischer. Er galt als brillanter Schreiber mit einem Hang zum Satirischen.

Riehl-Heyse erhielt zahlreiche Medianauszeichnungen, unter anderem den Egon-Erwin-Kisch-Preis, den Theodor-Wolff-Preis und den Wächterpreis. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter 1979 „CSU – die Partei, die das schöne Bayern erfunden hat“, 1989 „Bestellte Wahrheiten“, 1998 „Ach, Du mein Vaterland“.

Preise

tion/Dokumentation: „Felix und die wilden Tiere“ (BR); Unterhaltung: „KI.KA XL“ (KI.KA); Kurzspielfilm, Serie/Reihe: „Die Pfefferkörner“ (NDR); Animation: „Castillo“ (ZDF); Kino/Fernsehfilm: „Das fliegende Klassenzimmer“ (ZDF); Darsteller: **Ulrich Noethen** („Die rote Jacke“, „Das Sams“, „Bibi Blocksberg“); Moderator: **Pamela Großer** („Tigerenten Club“, SWR); Internet: SWR-Kindernetz. Preise der Fachjury – Regie: **Ben Verbong** für „Das Sams“ (Buch: **Paul Maar, Ulrich Limmer**; ZDF); Vorschulprogramm: „Eins, zwei, drei, Tier“ (Buch: **Nadia Budde, Hardy Hoffmann, Karen Thilo**; Regie: **Karen Thilo**; WDR); Nachwuchspreis der Zeitungsgruppe Thüringen (1000 €): „Johannes Schmid (Merle)“ (Buch/Regie: **Johannes Schmid**; BR/ARTE); Spezialpreis für Innovation/besondere Einzelleistung (2500 €): **Sophie Charlotte Conrad** (Kinderreporterin bei „Logo!“); Buch/Regie: **Simone Grabs**; ZDF); Preis für das beste Buch (7500 €): **Mark Werner** und **David Safier** für „Mein Leben und Ich“ (Regie: **Richard Huber**; RTL).

Kai Dieckmann, Chefredakteur von „Bild“, der TV-Entertainer **Günther Jauch** und die frühere Moderatorin **Susan Stahnke** erhielten für ihre Verdienste um die Darmkrebsvorsorge den Medienpreis der Felix-Burda-Stiftung, der erstmals vergeben wurde.

Dem Historiker und Publizisten **Joachim C. Fest** wurde für sein „Wirken auf dem Gebiet der politischen und zeithistorischen Biografie“ der mit 10000 € dotierte Einhard-Preis 2003 zugesprochen.

FreeLens Layout-Preis 2003 für Veröffentlichungen aus dem Jahr 2002/Kategorie Magazine – 1. Preis: **Maja Siebrecht** („Unheil im Kopf“ in „Das Magazin“, Fotos: Ruth Erdt); 2. Preis: **Daniel Müller-Grote** („An einem Tag in Afrika“ in „GEO“) und **Markus Dixius** („Sibirien“ in „Stern“, Fotos: Gulliver Theis); 3. Preis: **Claudia Bock** („Viva Riva!“ in „Mare“, Fotos: Olaf Tamm). Kategorie Zeitungen und Zeitschriften – 1. Preis: **Heika Hinze** („Charlotte Gainsburg – Ich habe einen Traum“ in „Die Zeit“); 2. Preis: **Bettina Keim** („Schirm mit Charme“ in „FR Magazin“); 3. Preis: **Christian Güntlisberger** („Die Tätowiererin“ in „NZZ“, Fotos: Reto Camenisch). Kategorie Magazine von Unternehmen und Organisationen – 1. Preis: **Anna Clea Skoluda** (Ringzwei); 2. Preis:

Simon Eule (kdh+p); 3. Preis: **Bettina Rosenow** und **Sandra Klostertmeyer** (Büro Hamburg). Kategorie Unternehmensbroschüren – 1. und 2. Preis: **Antonia Henschel** (Sign Kommunikation); 3. Preis: **Michael Sauer**. Sonderpreise für herausragenden Umgang mit dem Medium Fotografie: **Horst Moser** (independent Medien-Design) und **Susanne Söffker** („Stern“).

Katja Heijnen aus der Redaktion Magazine von SWR 1 Rheinland-Pfalz erhielt einen zweiten Preis des Kurt-Magnus-Preises zur Förderung des ARD-Hörfunknachwuchses 2003.

Die Internet-Redaktion des WDR erhält für ihr Internet-Angebot zum Jahrestag der Anschläge vom 11.9.2001 den RIAS-New Media Award.

Der Journalistenpreis 2002 der Pall Mall Foundation stand unter dem Motto „Der Osten macht Karriere(n)“. 1. Preis (5000 €): **Jolf Schneider** und **Dirk Meyer** („Freies Wort“, Suhl); 2. Preis (2500 €): **Daniela Kahls** (MDR info); 3. Preis (1500 €): **Marc-Stefan Andres** („Die Zeit“). Sonderpreis für Volontäre: **Holger Matthies** („Freie Presse“, Chemnitz).

Der Literaturkritikerin **Andrea Köhler** („NZZ“) wird der erstmals ausgelobte, mit 10000 € dotierte Berliner Preis für Literaturkritik verliehen.

Die undotierten Kritikerpreise 2003 des Verbandes der deutschen Kritiker gingen in der Sparte Fernsehen an **Ullrich Kasten** (Berlin) und in der Sparte Film an **Stefanie Sychohl** (München). Ehrenpreise erhielten die Schauspieler **Rolf Boysen** und **Thomas Holtzmann** (beide München).

4. Landshuter Kurzfilmfestival – die Preisträger. Jurypreise – 1. Preis (1600 €): „Der moderne Zyklus“ von **Daniel Nocke** (Hamburg); 2. Preis (900 €): „Ultima Thule“ von **Holger Mandel** (Berlin); 3. Preis (600 €): „Spring“ von **Oli- ver Held** (Kunsthochschule für Medien, Köln). Publikumspreise der Firma BBI – 1. Preis (500 €): „Der Schüler“ von **Edina Kontsek** (Nürnberg); 2. Preis (300 €): „Cuba“ von **Maurus von Scheidt** (HFF München); 3. Preis (200 €): „Opus“ von **Frieder Wittich** (HFF München). Publikumspreise in der Kategorie Junge Filme – 1. Preis (500 €): „Fünfte Erde/Zone 3“ von **Marcus Bartos**; 2. Preis (300 €):

„Der rote Akkord“ von **Florian Kerber**; 3. Preis (200 €): „Currywurst“ von **Gunther Merz**.

Oliver Lauter wird für einen Beitrag in der vom SWR produzierten Reihe „ARD Ratgeber Auto & Verkehr“ der mit 5000 € dotierte Autorenpreis 2003 der Christophorus-Stiftung verliehen.

Dem Wissenschaftsjournalist **Jörg Moll** wurde für seine Dokumentation „Moderne Alchemie – Werkstoffe der Zukunft“ (Wissenschaftsreihe „hitec.die dokumentation“, 3sat) der mit 10000 € dotierte AICHEMA-Fernsehpreis zuerkannt, der nur alle drei Jahre vergeben wird.

Pulitzerpreise 2003 (je 7500 \$) – eine Auswahl der Preisträger. Je drei Preise gingen an die „Washington Post“ und an die „Los Angeles Times“. Weitere Preise erhielten die „New York Times“, das „Wall Street Journal“, die „Chicago Tribune“, „The Sun“ (Baltimore) und der „Seattle-Post-Intelligencer“. In der Kategorie „Dienst an der Öffentlichkeit“ wurde der „Boston Globe“ mit einer Goldmedaille ausgezeichnet.

Antonia Rados (RTL, n-tv) und **Ulrich Tilgner** (ZDF) werden für ihre Berichterstattung über den Irak-Krieg aus Bagdad mit dem Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus 2003 ausgezeichnet. Ein Förderpreis ging an **Eric Friedler** für seine investigativen Filmbeiträge. Rados erhielt außerdem für ihre Dokumentation „Mein Freund Saddam“ (RTL/ARTE) den österreichischen Medienpreis Romy.

Dirk Rohrberg, Redakteur und Moderator bei „WDR 2 Sportzeit“, wurde mit dem Herbert-Zimmermann-Hörfunk-Preis des Verbands Deutscher Sportjournalisten (VDS) in der Kategorie Kommentar/Glosse ausgezeichnet. **Ralf Wiegand**, Redakteur bei der „SZ“, erhielt den Preis in der Sparte Feuilleton. Ein zweiter Preis (5000 €) des VDS-Fair-Play-Preises ging an die RTL-Sportredaktion.

Die Schauspieler/innen **Ann Savo, Gisela Uhlen** und **Fritz Wepper** erhielten „für ihre Verdienste um den deutschen Kriminalfilm“ den Edgar-Wallace-Preis 2003 in Gold.

Harald Schmidt wird „für seine herausragende Leistung im deutschen Fernsehen“ von der Zahn-

ärztekammer mit dem Hildegard-von-Bingen-Preis 2003 ausgezeichnet.

Sejal Shah (Indien) erhielt beim 1. Internationalen Festival des Menschenrechtsfilms für „Joginis“ den Preis der Republik Genf. Der Preis der Weltorganisation gegen die Folter wurde „Against my will“ von **Ayfer Ergün** (Niederlande/Pakistan) zugesprochen.

Dem Autor, Schauspieler und Kabarettist **Emil Steinberger** (Schweiz) wird beim 43. Festival Rose d'Or Montreux 2003 die Goldene Ehrenrose verliehen.

Das Internet-Projekt wahlkampf.de, ein von der Bundeszentrale für politische Bildung betriebenes Wahlkampf-Informationssystem, gewann den Europrix 2002 für die Entwicklung und Gestaltung neuer Medien.

Die wdv Gesellschaft für Medien und Kommunikation gewann mit ihren Gesundheitsmedien beim „BCP Best of Corporate Publishing Award“ 2003, den der Branchenverband Forum Corporate Publishing (FCP) ausschreibt, einmal Gold und zweimal Bronze. Gold in der Kategorie Gesundheit ging an das Magazin „Livingbridges“ der Schering AG.

Wilhelm und Ingeborg Roloff-Preis der Deutschen Lungenstiftung – 1. Preis: **Barbara Kandler-Schmitt**, Redakteurin der Zeitschrift „Gesundheit“ (Baierbrunn); 2. Preise: die Wissenschaftsjournalistin **Denise Maruch** (München) und eine Sendung des NDR-Gesundheitsmagazins „Visite“ (Autorin: **Susanne Behrens**; Redaktion: **Heide Schaar-Jacobi**; Moderation: **Vera Cordes**).

Die Redaktion des „Kölner Stadtanzeigers“ erhält den mit 12000 € dotierten Wächterpreis der Tagespresse 2003 für ihre konsequente und aufdeckende Berichterstattung über den so genannten „Köllner Müllskandal“. Der zweite Preis (8000 €) geht an die Journalisten und Moskaukorrespondenten **Florian Hassel**, „Frankfurter Rundschau“, und **Tomas Avenarius**, „Süddeutsche Zeitung“ für ihre engagierten Berichte vom „vergesenen Krieg“ in Tschetschenien. Der dritte Preis (6000 €) wurde der **Pegnitzer Lokalredaktion des „Nordbayerischen Kurier“**, Bayreuth für die Berichte über den „Auerbacher Schulbuchskandal“ zugesprochen.

Maß geschneidert

Ausgewählte Leistungen
statt Angebote von der Stange



Vorsorgen

Versichern

Finanzieren

Reisen

Kommunizieren

Einkaufen

Beraten/Helfen



Vorteile für **ver.di** Mitglieder

Mitgliederservice

Hotline: 0 18 02-22 22 99* **Fax: 0 18 02-22 22 09***

*6 Cent pro Gespräch

*6 Cent pro Gespräch